

**R+V Allgemeine Versicherung AG**

# **Bericht über Solvabilität und Finanzlage (SFCR)**

## **2021**

# **R+V Allgemeine Versicherung AG**

Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 533-0  
Eingetragen beim Amtsgericht Wiesbaden, HRB 2188, gegründet 1922

## **Bericht über Solvabilität und Finanzlage (SFCR)**

Stichtag: 31.12.2021



<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>4</b>
<b>A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis .....</b>	<b>7</b>
A.1 Geschäftstätigkeit.....	7
A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis.....	10
A.3 Anlageergebnis .....	14
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten .....	16
A.5 Sonstige Angaben.....	16
<b>B Governance-System .....</b>	<b>18</b>
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System .....	18
B.2 Anforderungen an fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit.....	26
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung .....	30
B.4 Internes Kontrollsystem .....	33
B.5 Funktion der internen Revision .....	34
B.6 Versicherungsmathematische Funktion .....	35
B.7 Outsourcing.....	35
B.8 Bewertung des Governance-Systems .....	36
B.9 Sonstige Angaben.....	37
<b>C Risikoprofil.....</b>	<b>38</b>
C.1 Versicherungstechnisches Risiko .....	38
C.2 Marktrisiko.....	42
C.3 Kreditrisiko .....	45
C.4 Liquiditätsrisiko.....	46
C.5 Operationelles Risiko .....	46
C.6 Andere wesentliche Risiken .....	46
C.7 Sonstige Angaben.....	47
<b>D Bewertung für Solvabilitätszwecke .....</b>	<b>48</b>
D.1 Vermögenswerte .....	49
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen .....	56
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten .....	67
D.4 Alternative Bewertungsmethoden.....	69
D.5 Sonstige Angaben.....	70
<b>E Kapitalmanagement.....</b>	<b>71</b>
E.1 Eigenmittel .....	71

E.2	Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung.....	74
E.3	Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung.....	75
E.4	Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen .....	75
E.5	Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung.....	76
E.6	Sonstige Angaben.....	76

## **Abkürzungsverzeichnis.....77**

Aus rechnerischen Gründen können Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben) auftreten.

# Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht stellt die Solvabilitäts- und Finanzlage der R+V Allgemeine Versicherung AG zum 31. Dezember 2021 dar. Er dient der Offenlegung von qualitativen und quantitativen Informationen gemäß Solvency II gegenüber der Öffentlichkeit.

Die R+V Allgemeine Versicherung AG gehört als Unternehmen der R+V der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken an. Sie ist mit einem Beitragsvolumen von 4.653.443 TEuro (2020: 4.513.531 TEuro) der größte Schaden- und Unfallversicherer der R+V.

Die breit diversifizierte Produktpalette der R+V Allgemeine Versicherung AG umfasst im selbst abgeschlossenen Geschäft alle wesentlichen Zweige der Schaden- und Unfallversicherung wie Kraftfahrt, Haftpflicht, Unfall, Rechtsschutz, Kredit und Kautions sowie weitere Sachsparten. Zusätzlich zeichnet die R+V Allgemeine Versicherung AG in geringem Maße übernommenes Geschäft, wobei es sich hauptsächlich um Rückversicherungsgeschäft von Versicherungsgesellschaften aus der R+V Gruppe handelt. Die R+V Allgemeine Versicherung AG betreibt in geringem Umfang Auslandsgeschäft.

Ein Asset-Liability-Management sorgt dafür, dass jederzeit Informationen für eine effiziente Unternehmensleitung vorliegen. Das Asset-Liability-Management ist Element der verabschiedeten und jährlich zu aktualisierenden Risikostrategie der R+V Allgemeine Versicherung AG.

Im Mittelpunkt der Risikostrategie steht die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen. Hierzu verfolgt die R+V eine auf langfristige Stabilität ausgerichtete Unternehmenspolitik. Ein Kernelement ist die Anlagenspolitik, die darauf abzielt, durch Nutzung von Diversifikationseffekten eine hohe Stabilität der bilanziellen Ergebnisbeiträge aus Kapitalanlagen zu gewährleisten.

## Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

Kapitel A des vorliegenden Berichts erläutert die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit der R+V Allgemeine Versicherung AG.

Im Berichtszeitraum erzielte die R+V Allgemeine Versicherung AG ein versicherungstechnisches Bruttoergebnis von -454.771 TEuro (2020: 108.333 TEuro). Das versicherungstechnische Nettoergebnis vor Zuführung zur Schwankungsrückstellung und ähnlichen Rückstellungen betrug 12.168 TEuro (2020: 26.226 TEuro). Nach einer Zuführung zu der Schwankungsrückstellung und ähnlichen Rückstellungen ergab sich ein versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung von -36.413 TEuro (2020: 70.287 TEuro).

Die R+V Allgemeine Versicherung AG erzielte aus ihren Kapitalanlagen ordentliche Erträge von 306.188 TEuro (2020: 243.872 TEuro). Abzüglich ordentlicher Aufwendungen von 82.844 TEuro (2020: 26.458 TEuro) ergab sich ein ordentliches Ergebnis von 223.344 TEuro (2020: 217.414 TEuro). Aus dem Saldo der Zu- und Abschreibungen sowie den Abgangsgewinnen und -verlusten resultierte ein außerordentliches Ergebnis von 94.109 TEuro (2020: 26.717 TEuro). Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen, als Summe des ordentlichen sowie des außerordentlichen Ergebnisses, belief sich für das Geschäftsjahr 2021 auf 317.453 TEuro (2020: 244.131 TEuro). Die Nettoverzinsung lag bei 2,7% (2020: 2,1%).

Der Saldo aus den Sonstigen Erträgen und Aufwendungen, die aus der sonstigen Tätigkeit der Gesellschaft entstanden sind, betrug -45.581 TEuro (2020: -38.620 TEuro).

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit vor Steuern betrug 178.005 TEuro (2020: 190.556 TEuro). Die R+V Allgemeine Versicherung AG führte auf der Grundlage des Ergebnisabführungsvertrages ihren Gewinn nach Steuern von 172.685 TEuro (2020: 187.398 TEuro) an die R+V Komposit Holding GmbH ab.

## Governance-System

Kapitel B erläutert das solide und vorsichtige Management des Geschäfts der R+V Allgemeine Versicherung AG. Die Gesellschaft verfügt über ein angemessenes und wirksames Governance-System. Das Risikomanagement ist integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung und der Governance-Struktur. Es baut auf der vom Vorstand verabschiedeten

Risikostrategie auf, die eng mit der Geschäftsstrategie verzahnt ist. Die Governance-Struktur umfasst die drei miteinander verbundenen und in das Kontroll- und Überwachungssystem integrierten Funktionen der operativen Risikosteuerung, der Risikoüberwachung und der internen Revision. Aufgaben der Risikoüberwachung werden durch die Schlüsselfunktionen Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion und versicherungsmathematische Funktion wahrgenommen.

### **Risikoprofil**

Das Risikoprofil der Gesellschaft wird in Kapitel C beschrieben und quantifiziert. Es wird aufgezeigt, wie Risikominde- rungstechniken eingesetzt werden und wie mögliche Stress-Szenarien auf das Unternehmen wirken könnten. Das Risi- koprofil der R+V Allgemeine Versicherung AG ist in erster Linie durch Marktrisiken und Nichtlebensversicherungstechni- sche Risiken geprägt. Die Ergebnisse der durchgeführten Stresstests zeigen, dass die Risikotragfähigkeit auch unter diesen Szenarien ausreichend sichergestellt ist.

Aus den Kapitalanlagen resultieren insbesondere Zins-, Spread- und Aktienrisiken. Versicherungsunternehmen sind ver- pflichtet, sämtliche Vermögenswerte so anzulegen, dass Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Portfolios als Ganzes sichergestellt werden. Die von der R+V Allgemeine Versicherung AG eingegangenen Marktrisiken spiegeln die im Rahmen der Strategischen Asset Allokation unter Berücksichtigung der individuellen Risikotragfähigkeit und der lang- fristigen Ertragsanforderungen entwickelte Portfoliostruktur der Kapitalanlagen wider.

Das Management des versicherungstechnischen Risikos unterliegt der Zielsetzung des Vorhaltens eines breit diversifi- zierten Portfolios sowie der Weiterentwicklung bestehender und der Konzeption neuer, innovativer Produkte.

Eine gezielte Risikoselektion erfolgt mittels Zeichnungsrichtlinien auf Einzelrisikoebene. Prämien sind nach versiche- rungsmathematischen Grundsätzen so kalkuliert, dass die eingenommenen Prämien zur Deckung der zukünftig anfallen- den Schäden und Kosten ausreichen. Kumul- und große Einzelrisiken werden durch Rückversicherungsverträge be- grenzt.

### **Bewertung für Solvabilitätszwecke**

In Kapitel D werden die in der Solvabilitätsübersicht auszuweisenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dargestellt sowie die für diese Zwecke verwendeten Bewertungsansätze und -verfahren beschrieben. Die Solvabilitätsübersicht zeigt auf, inwieweit die Verpflichtungen, die das Versicherungsunternehmen eingegangen ist, unter gewissen Risikoan- nahmen durch die Vermögenswerte bedeckt sind. In der Solvabilitätsübersicht sind Vermögenswerte und Verbindlichkei- ten grundsätzlich mit Marktwerten oder marktkonsistent zu bewerten.

Unterschiede zwischen der Bilanz gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) und der ökonomischen Solvabilitätsübersicht be- gründen sich im Wesentlichen durch ausweistheoretische Unterschiede sowie durch abweichende Bewertungsmethoden. Beispiele für wesentliche Unterschiede sind hierbei stille Reserven oder Lasten bei der handelsrechtlichen Bewertung der Kapitalanlagen und die nach HGB vorsichtige Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen, die Bewer- tung von Investmentfonds sowie der Ausweis von einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen.

### **Kapitalmanagement**

In Kapitel E werden die Eigenmittel der Gesellschaft und die Solvenzkapitalanforderungen sowie die daraus resultieren- den Bedeckungsquoten dargestellt.

Die R+V Allgemeine Versicherung AG verfügte zum 31. Dezember 2021 über Eigenmittel in Höhe von insgesamt 5.546.418 TEuro. Die Eigenmittel setzten sich zum Stichtag aus 116.603 TEuro Grundkapital, der Kapitalrücklage ge- mäß § 272 VAG in Höhe von 549.814 TEuro, dem Überschussfonds in Höhe von 172.100 TEuro sowie der Ausgleichs- rücklage in Höhe von 4.707.901 TEuro zusammen. Zum Stichtag wurden die gesamten Eigenmittel der R+V Allgemeine Versicherung AG als Tier 1 klassifiziert.

Die Eigenmittel stellen im Wesentlichen den Überschuss der Vermögenswerte der R+V Allgemeine Versicherung AG über ihre Verbindlichkeiten dar und stehen zur Verfügung, um erhöhte Verpflichtungen aufgrund des Eintritts von Risiken zu bedecken.

Bei der Berechnung dieses Solvenzkapitalbedarfs werden alle quantifizierbaren Risiken sowie deren Abhängigkeiten untereinander berücksichtigt. Das Sicherheitsniveau bei dieser Berechnung beträgt 99,5 %.

Die R+V Allgemeine Versicherung AG verfügte zum Stichtag über ausreichend Eigenmittel, um sowohl die Mindestkapitalanforderung (MCR) in Höhe von 1.031.790 TEuro als auch den Solvenzkapitalbedarf (SCR) in Höhe von 3.187.432 TEuro zu decken. Zum 31. Dezember 2021 ergaben sich damit Bedeckungsquoten von 538 % (MCR) beziehungsweise 174 % (SCR). Dabei hat die R+V Allgemeine Versicherung AG keine genehmigungspflichtigen Instrumente wie Übergangsmaßnahmen oder Volatilitätsanpassungen in ihren Berechnungen angesetzt.

### **Auswirkungen des Russland-Ukraine-Konflikts**

Die mit dem Krieg in der Ukraine und anderen großen geopolitischen Spannungen einhergehenden Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft und Finanzmärkte lassen sich nur schwer einschätzen. Sie gehen immer mit erhöhten Unsicherheiten einher, wirken oft wachstumsdämpfend und sind derzeit aufgrund von Energiepreisanstiegen inflationserhöhend.

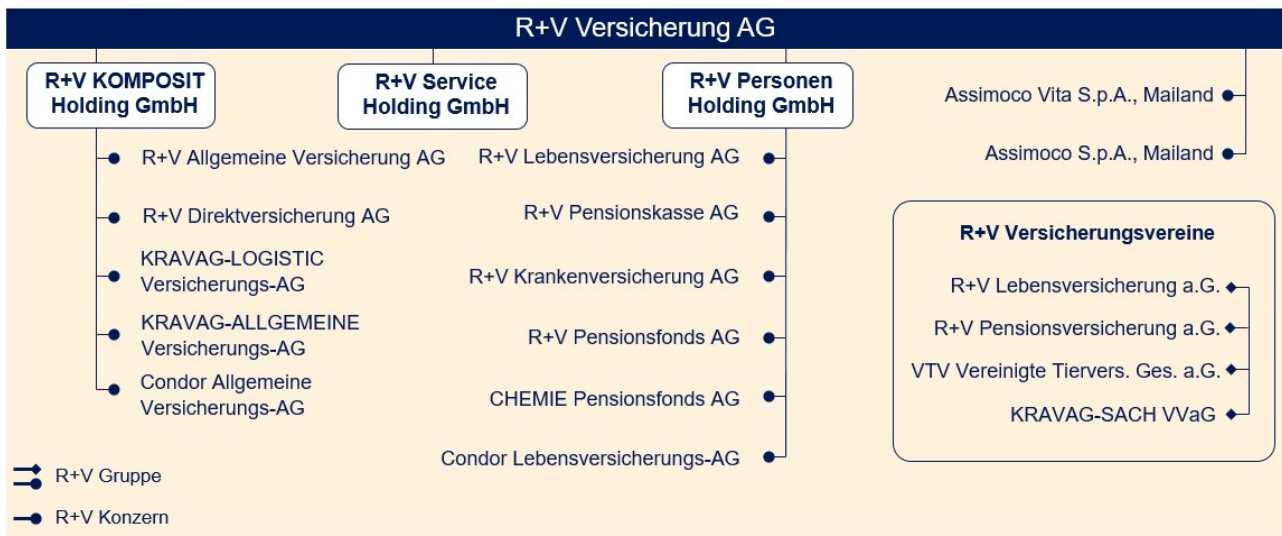
Insbesondere infolge der Sanktionen ist mit Verwerfungen an den Kapitalmärkten zu rechnen, die sowohl die Ertragslage als auch die Bedeckungsquoten negativ beeinflussen können. Die direkten Auswirkungen auf die Versicherungstechnik werden für die Gesellschaft als gering eingeschätzt. Der Bestand an Kapitalanlagen in den betroffenen Ländern ist bei der R+V immateriell.



# A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

## A.1 Geschäftstätigkeit

### R+V Gruppe – Vereinfachte Darstellung



### Rechtsform und Konzernzugehörigkeit

Die R+V Allgemeine Versicherung AG (RVA), gegründet 1922, eingetragen beim Amtsgericht Wiesbaden unter HRB 2188, gehört als Unternehmen der R+V Gruppe der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken an.

Die Anteile der RVA werden zu 94,5 % von der R+V KOMPOSIT Holding GmbH gehalten. Die R+V KOMPOSIT Holding GmbH wiederum ist eine 100 %ige Tochter der R+V Versicherung AG (RVV). Die R+V Versicherung AG fungiert als Obergesellschaft des R+V Konzerns.

### Halter qualifizierter Beteiligungen

	Anteil am Kapital
R+V Versicherung AG, Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden	0,5%
R+V KOMPOSIT Holding GmbH, Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden	94,5%
R+V Lebensversicherung a.G., Wilhelmstrasse 1, 65343 Eltville	2,8%
R+V Pensionsversicherung a.G., Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden	2,2%

Die R+V Versicherung AG befindet sich über direkt und indirekt gehaltene Anteile mehrheitlich im Besitz der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank (DZ BANK AG), Frankfurt am Main. Weitere Anteile werden von Genossenschaftlichen Verbänden und Instituten gehalten. Der Vorstand der R+V Versicherung AG trägt die Verantwortung für das gesamte Versicherungsgeschäft innerhalb des DZ BANK Konzerns.

Die Vorstände der Gesellschaften der R+V sind teilweise in Personalunion besetzt. Der R+V Konzern wird geführt wie ein einheitliches Unternehmen. Die einheitliche Leitung des R+V Konzerns findet ihren Niederschlag darüber hinaus in den zwischen den Gesellschaften abgeschlossenen umfangreichen internen Ausgliederungsvereinbarungen.

Das obige Schaubild zeigt die R+V Gruppe. Diese setzt sich zusammen aus dem R+V Konzern sowie den Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit.

Die RVA hält folgende Anteile an verbundenen Unternehmen:

#### Name und Sitz der Gesellschaft

	Anteil am Kapital
IZD Beteiligung S.à.r.l., Luxembourg	66,7%
R+V Erste Anlage GmbH, Wiesbaden	100,0%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - RV TF 2 Infra Debt, Luxembourg	8,6%
RV AIP SCS SICAV-SIF - RV TF Acquisition Financing, Luxembourg	6,0%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - TF 3 Primaries 2), Luxembourg	3,0%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - TF 4 Secondaries 2), Luxembourg	3,0%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - TF 5 Co- Investments 2), Luxembourg	3,0%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - RV TF 6 Infra Debt II 2), Luxembourg	12,4%
RV AIP S.C.S. SICAV-SIF - RV TF 7 Private Equity 3), Luxembourg	11,1%

#### Geschäftsbereiche und Regionen

Die breit diversifizierte Produktpalette der RVA umfasst im selbst abgeschlossenen Geschäft alle wesentlichen Zweige der Schaden- und Unfallversicherung wie Kraftfahrt, Haftpflicht, Unfall, Rechtsschutz, Kredit und Kautions sowie weitere Sachsparten. Zusätzlich zeichnet die RVA in geringem Maße übernommenes Geschäft, wobei es sich hauptsächlich um Rückversicherungsgeschäft von Versicherungsgesellschaften aus der R+V-Gruppe handelt. Die RVA betreibt in geringem Umfang Auslandsgeschäft.

Die RVA ist mit einem Bruttobeitragsvolumen von 4.653.443 TEuro der größte Schaden- und Unfallversicherer der R+V-Gruppe. Auf Basis der gebuchten Bruttobeiträge per 31. Dezember 2021 ergab sich folgende Verteilung auf die wesentlichen Geschäftsbereiche:

#### Geschäftsbereich

	Anteile in %
Feuer- und andere Sachversicherungen	31,1%
Allgemeine Haftpflichtversicherung	15,2%
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	14,8%
Sonstige Kraftfahrtversicherung	11,3%
Kredit- und Kautionsversicherung	9,9%
Berufsunfähigkeitsversicherung	5,4%
Versicherung mit Überschussbeteiligung	3,9%
Übrige	8,4%
<b>Summe</b>	<b>100,0%</b>

## Aufsichtsbehörde und externer Abschlussprüfer

Das Unternehmen und die R+V Gruppe unterliegen mit ihren vielfältigen Aktivitäten im Versicherungsgeschäft und im Asset Management einer umfassenden Regulierung und Überwachung. Die Beaufsichtigung obliegt der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auf der Grundlage des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG).

Anschrift der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht:

Graurheindorfer Straße 108  
53117 Bonn

alternativ:

Postfach 1253  
53002 Bonn

Kontaktdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht:

Fon: 0228 / 4108 – 0  
Fax: 0228 / 4108 – 1550

E-Mail: [poststelle@bafin.de](mailto:poststelle@bafin.de) oder  
De-Mail: [poststelle@bafin.de-mail.de](mailto:poststelle@bafin.de-mail.de)

Außerdem ist das Unternehmen als Teil des DZ BANK Finanzkonglomerats in die Beaufsichtigung des Finanzkonglomerats nach Maßgabe der aktuell geltenden gesetzlichen Vorschriften einbezogen. Der Koordinator für die Aufsicht des Finanzkonglomerats ist die Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main.

Der für das Unternehmen und die R+V Gruppe zuständige Abschlussprüfer ist die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrich-Ebert-Anlage 35-37, 60327 Frankfurt am Main. Sie war erstmals für die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2021 verantwortlich. Auch die im SFCR enthaltene Solvabilitätsübersicht unterliegt nach § 35 Absatz 2 VAG der Prüfung durch den Abschlussprüfer.

## Wesentliche Entwicklungen mit Einfluss auf die Geschäftsentwicklung

Zwischen der RVA und der R+V KOMPOSIT Holding GmbH besteht seit dem Jahr 2006 ein Ergebnisabführungsvertrag.

Im Jahr 2021 hat die R+V das Anfang 2017 gestartete Programm „Wachstum durch Wandel“ in die Strategie WIR@R+V überführt. Die Folgestrategie WIR@R+V besteht aus den drei Kernelementen Wachstum, Innovation und Rentabilität, kurz WIR, und trägt den schwieriger gewordenen Umfeldfaktoren Rechnung. Die Strategie fokussiert auf vier Ziele: Kundenbegeisterung, Steigerung der Ertragskraft, Wachstum gestalten und Erhaltung der Kapitalstärke. Ziel ist es, den erfolgreich eingeleiteten Transformationsprozess fortzuführen und die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der R+V nachhaltig zu sichern und zu steigern. Die Strategie bringt Wachstum und Ertrag in eine neue Balance, verbunden mit einem Wandel im Zeichnungs- wie auch im Anlageverhalten. Dabei ist Nachhaltigkeit ein fester Bestandteil der neuen Strategie.

In den nachstehenden Erläuterungen zum Geschäftsverlauf sowie zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bis zum 31. Dezember 2021 sind die aktuell bekannten Auswirkungen der Corona-Pandemie in der Bewertung der Kapitalanlagen und der Versicherungstechnik enthalten.

Innerhalb der Aufwendungen für Versicherungsfälle kam es aufgrund der unterschiedlichen Betroffenheit der einzelnen Sparten durch die Corona-Pandemie sowohl zu Schadenbe- als auch -entlastungen im abgelaufenen Geschäftsjahr. Den Umständen der Corona-Pandemie wurde bei der Bemessung der versicherungstechnischen Rückstellungen, dem Vorsichtsprinzip folgend, Rechnung getragen.

Das zurückliegende Geschäftsjahr stand darüber hinaus auch im Zeichen eines noch nie dagewesenen Naturkatastrophen geschehens.

Soweit sich in einzelnen Versicherungssparten wesentliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf im Kontext der Corona-Pandemie oder der Elementarschadenereignisse ergeben haben, werden diese in den nachfolgenden Berichtsteilen spezifiziert.

## A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis

### Versicherungstechnisches Ergebnis im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum erzielte die RVA ein versicherungstechnisches Bruttoergebnis von - 454.771 TEuro (2020: 108.333 TEuro). Das versicherungstechnische Nettoergebnis vor Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlichen Rückstellungen betrug 12.168 TEuro (2020: 26.226 TEuro). Nach einer Zuführung zu der Schwankungsrückstellung und ähnlichen Rückstellungen ergab sich ein versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung von - 36.413 TEuro (2020: 70.287 TEuro).

Im Folgenden werden die wesentlichen Größen, gebuchte Bruttobeiträge, die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten (SRK) sowie die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb, dargestellt.

Versicherungstechnisches  
Ergebnis

## Versicherungstechnische Ergebnisgrößen (brutto)

	2021			2020		
	Gebuchte Beiträge	Aufwendungen für Versiche- rungsfälle in- klusive SRK	Aufwendungen für den Versicherungs- betrieb	Gebuchte Beiträge	Aufwendungen für Versiche- rungsfälle in- klusive SRK	Aufwendungen für den Versicherungs- betrieb
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Berufsunfähigkeitsversicherung	251.196	114.818	79.819	246.166	111.367	80.628
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	686.937	471.671	125.729	688.846	526.003	121.102
Sonstige Kraftfahrtversicherung	524.263	477.550	99.083	524.411	416.457	94.768
See-, Luftfahrt- und Transport- versicherung	42.759	21.738	12.430	44.937	36.981	13.114
Feuer- und andere Sachversiche- rungen	1.445.688	1.574.943	427.979	1.372.381	865.130	405.757
Allgemeine Haftpflichtversicherung	709.406	523.444	202.836	674.900	472.515	191.188
Kredit- und Kautionsversicherung	461.654	139.790	124.128	426.863	314.370	112.608
Rechtsschutzversicherung	189.473	126.837	52.533	180.714	135.588	49.765
Verschiedene finanzielle Verluste	125.902	128.706	30.803	132.726	96.458	33.786
nichtproportionale Krankheitsrückversi- cherung	339	286	8	288	-13	7
nichtproportionale Unfallrück- versicherung	1.925	9.139	367	1.475	4.159	214
nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	1.789	12.614	534	1.678	13.810	398
nichtproportionale Sachrück- versicherung	29.367	56.064	1.693	22.469	11.721	3.276
Versicherungen mit Überschuss- beteiligung	182.743	322.921	17.723	195.678	211.805	20.566
Renten aus Nichtlebensversicherungs- verträgen, die mit Verpflichtungen der Krankenversicherung in Zusammen- hang stehen	0	23.148	0	0	19.831	0
Renten aus Nichtlebensversicherungs- verträgen, die mit Verpflichtungen au- ßerhalb der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen	0	10.690	0	0	7.741	0
Lebensrückversicherung	0	-41	0	0	613	0
<b>Gesamt</b>	<b>4.653.443</b>	<b>4.014.318</b>	<b>1.175.665</b>	<b>4.513.531</b>	<b>3.244.538</b>	<b>1.127.179</b>

Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen im abgelaufenen Geschäftsjahr um 3,1 % und beliefen sich auf insgesamt 4.653.443 TEuro (2020: 4.513.531 TEuro).

Als größter Geschäftsbereich trugen die Feuer- und anderen Sachversicherungen mit 31,1 % (2020: 30,4 %), gefolgt von der Allgemeinen Haftpflichtversicherung mit 15,2 % (2020: 15,0 %), der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung mit 14,8 % (2020: 15,3 %), der Sonstigen Kraftfahrtversicherung mit 11,3 % (2020: 11,6 %), der Kredit- und Kautionsversicherung mit 9,9 % (2020: 9,5 %) sowie der Berufsunfähigkeitsversicherung mit 5,4 % (2020: 5,5 %) und der Rechtsschutzversicherung 4,1 % (2020: 4,0 %) zu den gebuchten Bruttobeiträgen bei.

Im Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherungen wurde im Berichtsjahr ein Beitragswachstum von 5,3 % auf 1.445.688 TEuro verzeichnet (2020: 1.372.381 TEuro). In der verbundenen Wohngebäudeversicherung konnte eine Erhöhung des gebuchten Beitrags erzielt werden. Treiber für diese Entwicklung waren unter anderem die Indexanpassung, ein weiterer Bestandsanbau und tarifliche Zusatzbausteine sowie die Tariflinie Mitglieder-Plus. Beitragssteigernd wirkte ferner eine seit der Jahresmitte deutlich gestiegene Nachfrage nach Elementarabsicherungen. Auch in allen wesentlichen Sparten der Feuer- und andere Sachversicherungen konnten Beitragssteigerungen erzielt werden.

Die gebuchten Bruttobeiträge in der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung beliefen sich auf 686.937 TEuro. Dies bedeutete einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 0,3 % (2020: 688.846 TEuro).

In der Sonstige Kraftfahrtversicherung lagen die gebuchten Bruttobeiträge mit 524.263 TEuro nahezu unverändert auf dem Niveau des Vorjahres (2020: 524.411 TEuro). Während in der Kraftfahrzeugvollkaskoversicherung ein Beitragswachstum generiert werden konnte, kam es in der Kraftfahrzeugteilkaskoversicherung zu einem Rückgang der gebuchten Bruttobeiträge.

In der Allgemeinen Haftpflichtversicherung konnten die gebuchten Bruttobeiträge um 34.506 TEuro (5,1 %) auf 709.406 TEuro gesteigert werden (2020: 674.900 TEuro). Wachstumsträger war das Geschäft mit Gewerbe- und Firmenkunden. In der Sparte Vermögensschadenhaftpflicht war das Wachstum unter anderem auf eine Steigerung der Durchschnittsbeiträge zurückzuführen. Auch die Sparte Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung trug primär aus Beitragsanpassungen zum Wachstum bei.

Unter dem Begriff der „Kredit- und Kautionsversicherung“ werden die Versicherungszweige Kautionsversicherung, Warenkreditversicherung, Konsumentenkreditversicherung, Investitionsgüterkreditversicherung und Hypothekendarlehenskreditversicherung zusammengefasst. In der Kredit- und Kautionsversicherung verbesserten sich die gebuchten Bruttobeiträge im Geschäftsjahr 2021 um 8,2 % auf 461.654 TEuro (2020: 426.863 TEuro). Die Beitragssteigerung resultierte aus einer erhöhten Nachfrage nach Absicherung aufgrund der Corona-Pandemie in der Warenkreditversicherung und aus verkaufsfördernden Maßnahmen sowie Produktanpassungen in der Kautionsversicherung.

Die Geschäftsbereiche Berufsunfähigkeitsversicherung und Versicherung mit Überschussbeteiligung bilden das Segment der Unfallversicherung ab. Unter der Versicherung mit Überschussbeteiligung wird der Sparanteil der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr ausgewiesen, die sonstigen Unfallversicherungen und der Risikoanteil der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr werden unter der Berufsunfähigkeitsversicherung ausgewiesen.

In der Unfallversicherung wurde im Neu- und Ersatzgeschäft ein über Vorjahresniveau liegendes Ergebnis erzielt. Die gebuchten Bruttobeiträge in der Berufsunfähigkeitsversicherung lagen mit 251.196 TEuro über dem Vorjahresniveau (2020: 246.166 TEuro). Die gebuchten Bruttobeiträge in der Versicherung mit Überschussbeteiligung lagen hingegen mit 182.743 TEuro unter dem Wert des Vorjahres (2020: 195.678 TEuro). Dieser Beitragsrückgang resultierte aus dem geplanten Rückgang in der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr während in der Risiko-Unfallversicherung ein Beitragswachstum zu verzeichnen war.

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt 4.014.318 TEuro (2020: 3.244.538 TEuro).

Das zurückliegende Geschäftsjahr stand im Zeichen eines noch nie dagewesenen Naturkatastrophengeschehens. Insgesamt verzeichnete die RVA einen Brutto-Geschäftsjahres-Schadenaufwand aus Elementarereignissen von 949,8 Mio. Euro (2020: 143,6 Mio. Euro). Aus der Unwetterserie im Juni/Juli mit den Ereignissen Volker, Wolfgang, Xero und Bernd wurde die Gesellschaft mit 810,3 Mio. Euro brutto belastet. Prägendes Ereignis dabei war die Jahrhundert-Flut Bernd mit einem Brutto-Geschäftsjahres-Schadenaufwand von 652,9 Mio. Euro.

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten steigerten sich im Geschäftsbe- reich Feuer und andere Sachversicherungen um 82,1 % auf 1.574.943 TEuro (2020: 865.130 TEuro). In den Feuerspar- ten insgesamt kam es gegenüber dem Vorjahr zu einem Anstieg der Brutto-Geschäftsjahres-Schadenaufwendungen. Der Brutto-Geschäftsjahres-Schadenaufwand innerhalb der verbundenen Hausratversicherung erhöhte sich elementar- schadenbedingt deutlich gegenüber dem Vorjahr. Die verbundene Gebäudeversicherung verzeichnete einen im Ver- gleich zum Beitragsvolumen überproportionalen Anstieg des Brutto-Geschäftsjahres-Schadenaufwands. Ursächlich hier- für war die hohe Belastung aus Elementarschäden insbesondere aus den Unwetterereignissen im Juni/Juli.

In der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung reduzierten sich die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten bedingt durch die Corona-Pandemie um 10,3 % auf 471.671 TEuro (2020: 526.003 TEuro).

Die Brutto-Geschäftsjahres-Schadenaufwendungen erhöhten sich in der Sonstigen Kraftfahrtversicherung aufgrund der Elementarschadenbelastung im Vergleich zum Vorjahr. Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten stiegen um 14,7 % auf 477.550 TEuro (2020: 416.457 TEuro).

Versicherungstechnisches  
Ergebnis

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten stiegen in der Allgemeinen Haftpflichtversicherung überproportional zum Beitragsanstieg um 10,8 % auf 523.444 TEuro (2020: 472.515 TEuro).

In dem Geschäftsbereich Kredit- und Kautionsversicherung sanken die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten gegenüber dem Vorjahr um 55,5 % auf 139.790 TEuro (2020: 314.370 TEuro). Haupttreiber war eine Teilauflösung der Vorsorge für drohende Insolvenzen in der Kautionsversicherung, welche im Jahr 2020 gebildet wurde. Nach staatlichen Unterstützungsmaßnahmen und gesetzlichen Erleichterungen (unter anderem Liquiditätsbeihilfen, Kurzarbeitergeld und die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht) wurden insgesamt zum Bilanzstichtag weniger Insolvenzen registriert als in den Vorjahren. In der Warenkreditversicherung wirkte zusätzlich die bis zum 30. Juni 2021 verlängerte Garantie des Bundes, die entsprechend der getroffenen Regelung vereinfacht dargestellt, für den abgesicherten Zeichnungszeitraum die Beitragsabgabe von 90 Prozent und eine Schadenübernahme von 90 Prozent innerhalb des Garantierahmens durch den Bund vorsah. Zum Ausgleich seiner Kosten erhielt der Versicherer eine Provision von pauschal 35 Prozent auf 90 Prozent der Beiträge vom Bund. Die bilanzielle Abbildung der Garantie des Bundes erfolgte nach Art der abgegebenen Rückversicherung.

In der Unfallversicherung stiegen die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle überproportional zur Beitragssteigerung im Wesentlichen durch einen Anstieg der Aufwendungen für Rückkäufe und Rückgewähr in der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr um 35,5 % auf 437.738 TEuro (2020: 323.172 TEuro).

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb erhöhten sich im Geschäftsjahr 2021 bei einer positiven Beitragsentwicklung um 4,3 % auf 1.175.665 TEuro (2020: 1.127.179 TEuro). Dabei zeigte sich in allen wesentlichen Geschäftsbereichen ein gleiches Bild. Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb in dem Geschäftsbereich Feuer- und andere Sachversicherungen stiegen um 5,5 % auf 427.979 TEuro (2020: 405.757 TEuro). Auch in der Allgemeinen Haftpflichtversicherung kam es zu einem Anstieg der Bruttoaufwendungen um 6,1 % auf 202.836 TEuro (2020: 191.188 TEuro). In der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung stiegen die Bruttoaufwendung für den Versicherungsbetrieb ebenfalls um 3,8 % auf 125.729 TEuro (2020: 121.102 TEuro). Auch in der Sonstige Kraftfahrtversicherung (Steigerung um 4,6 % auf 99.083 TEuro, 2020: 94.768 TEuro) und in der Kredit- und Kautionsversicherung (Steigerung um 10,2 % auf 124.128 TEuro, 2020: 112.608 TEuro) kam es zu steigenden Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb. Demgegenüber kam es bei der Berufsunfähigkeitsversicherung und Versicherung mit Überschussbeteiligung (Reduzierung um 3,6 % auf 97.542 TEuro, 2020: 101.194 TEuro) zu sinkenden Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb.

## In- und Auslandsgeschäft

Die RVA betreibt in geringem Umfang Auslandsgeschäft, das jedoch keinen wesentlichen Anteil darstellt. Zum Stichtag 31. Dezember 2021 verteilten sich die gebuchten Bruttobeiträge, die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungskosten und die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb wie folgt auf die Länder:

### In- und Auslandsgeschäft (brutto)

	2021			2020		
	Inland	Österreich	Italien	Inland	Österreich	Italien
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Gebuchte Beiträge	4.611.374	38.106	3.962	4.475.765	33.958	3.808
Aufwendungen für Versicherungsfälle inklusive SRK	3.986.375	26.369	1.574	3.188.057	54.896	1.586
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	1.162.988	11.341	1.336	1.115.690	10.210	1.279

## A.3 Anlageergebnis

### Anlageergebnis im Geschäftsjahr

Das Kapitalanlageergebnis nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) setzt sich aus dem ordentlichen und dem außerordentlichen Ergebnis zusammen. Das ordentliche Ergebnis umfasst auf der Ertragsseite Zins-, Dividenden- und Mieteinnahmen und wird auf der Aufwandsseite insbesondere um die Verwaltungskosten und die planmäßigen Immobilienabschreibungen vermindert. Im außerordentlichen Ergebnis werden Gewinne und Verluste aus Abgängen von Kapitalanlagen sowie Abschreibungen aufgrund von Wertminderungen sowie Zuschreibungen aufgrund von Wertaufholungen saldiert. Nachstehende Tabelle zeigt die verschiedenen Quellen des Anlageergebnisses:

#### Anlageergebnis im Geschäftsjahr

	2021	2020
	in TEuro	in TEuro
Ordentliche Erträge	306.188	243.872
Ordentliche Aufwendungen	82.844	26.458
Abgangsgewinne	92.776	40.921
Abgangsverluste	9	314
Zuschreibungen	3.058	953
Abschreibungen	1.716	14.843
<b>Summe</b>	<b>317.453</b>	<b>244.131</b>

Die RVA erzielte aus ihren Kapitalanlagen ordentliche Erträge von 306.188 TEuro. Abzüglich ordentlicher Aufwendungen von 82.844 TEuro ergab sich ein ordentliches Ergebnis von 223.344 TEuro (2020: 217.414 TEuro).

Bei den Kapitalanlagen der RVA ergaben sich Abschreibungen von 1.716 TEuro. Aufgrund von Wertaufholungen wurden 3.058 TEuro zugeschrieben. Durch Veräußerungen von Vermögenswerten erzielte die RVA Abgangsgewinne von 92.776 TEuro sowie Abgangsverluste von 9 TEuro. Aus dem Saldo der Zu- und Abschreibungen sowie den Abgangsgewinnen und -verlusten resultierte ein außerordentliches Ergebnis von 94.109 TEuro (2020: 26.717 TEuro).

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen, als Summe des ordentlichen sowie des außerordentlichen Ergebnisses, belief sich damit für das Geschäftsjahr 2021 auf 317.453 TEuro gegenüber 244.131 TEuro im Vorjahr. Die Nettoverzinsung lag bei 2,7% (2020: 2,1%).

In der folgenden Tabelle ist die Aufschlüsselung der verschiedenen Ertrags- und Aufwandsquellen nach Vermögenswertklassen dargestellt:



## Anlageergebnis

## Ertrags- und Aufwandsquellen nach Vermögenswertklassen

	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Abgangsgewinne	Abgangsverluste	Zuschreibungen	Abschreibungen	Summe
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Derivate	8.824	54.041	0	0	0	0	-45.217
Staatsanleihen	34.466	444	859	0	0	0	34.881
Unternehmensanleihen	73.388	1.083	16.212	8	205	0	88.713
Aktien	23.829	2.147	10.948	1	2.703	1.523	33.810
Investmentfonds	92.156	2.058	64.757	0	151	189	154.816
Strukturierte Schuldtitel	9.034	121	0	0	0	0	8.913
Besicherte Wertpa- piere	987	37	0	0	0	0	949
Einlagen	302	27	0	0	0	0	276
Darlehen und Hy- potheken	29.076	7.156	0	0	0	4	21.916
Immobilien	34.127	15.730	0	0	0	0	18.396
Sonstige Anlagen	0	0	0	0	0	0	0
<b>Summe</b>	<b>306.188</b>	<b>82.844</b>	<b>92.776</b>	<b>9</b>	<b>3.058</b>	<b>1.716</b>	<b>317.453</b>

Die Verteilung der ordentlichen Kapitalanlageerträge von 306.188 TEuro auf die einzelnen Anlageklassen verdeutlicht die hohe Gewichtung der Anlagen in Zinsträgern. So wiesen die Anlageklassen Staats- und Unternehmensanleihen sowie Darlehen und Hypotheken einen Gesamtertrag von 136.931 TEuro auf. Die Position Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge mit einem ordentlichen Ertrag von 92.156 TEuro im Jahr 2021 umfasste Rentenanlagen im Fondsbestand sowie die in Fonds gehaltenen Substanzwerte der Anlageklassen Aktien und Immobilien.

Die ordentlichen Aufwendungen aus Kapitalanlagen in Höhe von 82.844 TEuro verteilten sich größtenteils auf die Position Immobilien (15.730 TEuro), welche die planmäßigen Immobilienabschreibungen in Höhe von 8.775 TEuro enthält, sowie auf die Position Derivate (54.041 TEuro).

Abgangsgewinne und Abgangsverluste entstehen durch Handelsaktivitäten im Zuge der Portfoliosteuerung und -optimierung. Mit 64.757 TEuro im Jahr 2021 wies die Position Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge den höchsten Abgangsgewinn auf.

Die im Jahr 2021 vorgenommenen Zuschreibungen sind insbesondere auf die Wertaufholung bei Aktien in Höhe von 2.703 TEuro zurückzuführen.

Von den im Jahr 2021 vorgenommenen Abschreibungen entfielen 1.523 TEuro auf Aktien und 189 TEuro auf index- und fondsgebundene Verträge.

Die RVA erstellt den Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB. Daher werden Gewinne und Verluste aus Kapitalanlagen nicht direkt im Eigenkapital erfasst.

Das Verbriefungsportfolio der RVA bestand zum Berichtsstichtag vollständig aus Collateralized Debt Obligations. Der beizulegende Zeitwert belief sich auf 105.365 TEuro. Die zugrundeliegenden Forderungen stammten überwiegend aus Europa (75,3 %). Der Rest stammte aus den Vereinigten Staaten. Zum 31. Dezember 2021 entfiel das gesamte Exposure auf die beiden höchsten Ratingklassen (AAA bis AA). In der Risikomessung wurden Verbriefungen im Spreadrisiko berücksichtigt. Die Kapitalanforderung hierfür ergab sich mithilfe eines Faktoransatzes auf Grundlage des relevanten Kreditvolumens. Die Höhe des Stressfaktors wird durch das Titel-Rating und die modifizierte Duration der Anlage bestimmt.

## A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

### Sonstiges Ergebnis

Die Sonstigen Erträge beliefen sich auf 1.082.551 TEuro (2020: 991.625 TEuro). Einen wesentlichen Bestandteil bildeten die Erträge aus Dienstleistungen. Diesen standen Sonstige Aufwendungen von 1.128.132 TEuro (2020: 1.030.245 TEuro) gegenüber. Sie beinhalten neben Aufwendungen für Dienstleistungen unter anderem auch Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen. Der Saldo aus den Sonstigen Erträgen und Aufwendungen betrug - 45.581 TEuro (2020: - 38.620 TEuro).

#### Sonstiges Ergebnis

	2021	2020
	in TEuro	in TEuro
<b>Sonstige nichtversicherungstechnische Erträge</b>	<b>1.082.551</b>	<b>991.625</b>
Erträge aus Dienstleistungen	1.043.606	958.423
Übrige	38.945	33.202
<b>Sonstige nichtversicherungstechnische Aufwendungen</b>	<b>1.128.132</b>	<b>1.030.245</b>
Aufwendungen aus Dienstleistungen	1.026.350	943.744
Aufwendungen für das VU als Ganzes	48.772	42.241
Übrige	53.010	44.260
<b>Sonstiges Ergebnis</b>	<b>-45.581</b>	<b>-38.620</b>

### Geschäftsergebnis

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit vor Steuern betrug 178.005 TEuro (2020: 190.556 TEuro). Die RVA führte auf der Grundlage des Ergebnisabführungsvertrages ihren Gewinn nach Steuern von 172.685 TEuro (2020: 187.398 TEuro) an die R+V Komposit Holding GmbH ab.

### Operating-Leasing-Verträge

Die RVA ist Leasingnehmer bei Verträgen für Büro- und Geschäftsräume, IT-Ausstattung, Softwareprodukte sowie für eine Dienstwagenflotte.

Im IT-Bereich bestehen unterschiedliche Verlängerungsoptionen für diverse Verträge. Verträge verlängern sich beispielsweise automatisch um drei Monate beziehungsweise ein Jahr, wenn sie nicht drei beziehungsweise sechs Monate vor Ende der Vertragslaufzeit gekündigt werden. Auch im Bereich der Anmietung von Büro- und Geschäftsräumen bestehen grundsätzlich Verlängerungsoptionen.

Im Immobilienbereich ist die RVA bei standardisierten gewerblichen Mietverträgen grundsätzlich Leasinggeber.

### Finanzierungs-Leasing-Verträge

Finanzierungs-Leasing-Verträge lagen zum Stichtag 31. Dezember 2021 nicht vor.

## A.5 Sonstige Angaben

Die mit dem Krieg in der Ukraine und anderen großen geopolitischen Spannungen einhergehenden Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft und Finanzmärkte lassen sich nur schwer einschätzen. Sie gehen immer mit erhöhten Unsicherheiten einher, wirken oft wachstumsdämpfend und sind derzeit aufgrund von Energiepreisanstiegen inflationserhöhend.

Sonstige Angaben

Darüber hinaus sind im Berichtszeitraum keine weiteren Vorgänge zu verzeichnen, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der RVA von Bedeutung wären.

## B Governance-System

### B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

#### Vorstand

Dem Vorstand der RVA gehören die folgenden Mitglieder an:

**Dr. Edgar Martin – Vorsitzender**

Ressorts Vorstandsvorsitz und Ausgliederungsbeauftragter Compliance-Funktion, bis 31.12.2021

**Dr. Klaus Endres – Vorsitzender**

Ressorts Vorstandsvorsitz und Ausgliederungsbeauftragter Compliance-Funktion, ab 01.01.2022

**Jens Hasselbacher**

Ressort Vertrieb

**Tillmann Lukosch**

Ressorts Zentrale Informationssysteme/Digitale Transformation und Ausgliederungsbeauftragter Risikomanagement-Funktion

**Julia Merkel**

Ressort Personal und Konzerndienstleistungen

**Marc René Michallet**

Ressorts Finanzen, Rechnungswesen/Steuern und Ausgliederungsbeauftragter Interne Revisions-Funktion

Die RVA ist Teil der R+V Gruppe und daher in das gesamte Governance- und Steuerungssystem der R+V Gruppe integriert. Die Geschäftsorganisation der R+V wird von vier ineinandergreifenden Grundsätzen geprägt:

- › Einheitliche Leitung bei der R+V
- › Horizontale und vertikale Delegation
- › Steuerung nach Ressorts
- › Organisation nach dem Gedanken des Gemeinschaftsbetriebs.

Die R+V-Gesellschaften werden grundsätzlich wie ein einheitliches Unternehmen geführt. Die R+V Versicherung AG ist die leitende Konzern- bzw. Gruppenobergesellschaft. Sie koordiniert die Zusammenarbeit bei der R+V. Alle wesentlichen strategischen und operativen Entscheidungen werden – im Rahmen der gesellschaftsrechtlichen Zulässigkeit – durch den Vorstand der R+V Versicherung AG getroffen und durch die Tochtergesellschaften umgesetzt. Die einheitliche Leitung wird auch durch die personelle Besetzung der Vorstände und Aufsichtsräte der R+V-Gesellschaften sichergestellt. Die Vorstände der größeren R+V-Gesellschaften setzen sich ganz oder teilweise aus Vorstandsmitgliedern der R+V Versicherung AG zusammen. Der Vorstandsvorsitzende der R+V Versicherung AG ist zudem regelmäßig Aufsichtsratsvorsitzender ihrer größeren Tochtergesellschaften. Die einheitliche Leitung wird darüber hinaus durch bestehende Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträge gewährleistet. Die R+V Versicherung AG hat jeweils einen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag mit der R+V KOMPOSIT Holding GmbH und der R+V Service Holding GmbH abgeschlossen. Die R+V KOMPOSIT Holding GmbH verfügt ihrerseits über Ergebnisabführungsverträge mit der R+V Allgemeine Versicherung AG, der R+V Direktversicherung AG und der Condor Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft. Die R+V Personen Holding GmbH hat einen Ergebnisabführungsvertrag mit der R+V Lebensversicherung AG sowie mit der Condor Lebensversicherungs-AG abgeschlossen. Die R+V Service Holding GmbH verfügt über Ergebnisabführungsverträge mit der R+V Service Center GmbH und der PASCON GmbH. Der Organisationsgrundsatz der einheitlichen Leitung ist zudem auch in die Geschäftsordnungen der Vorstände der R+V-Gesellschaften eingeflossen.

Die Verteilung der Verantwortlichkeiten erfolgt nach dem Prinzip der horizontalen und vertikalen Delegation. Auf Ebene des Vorstands der R+V Versicherung AG erfolgt eine horizontale Zuordnung von Verantwortlichkeiten durch die Zuwei-

---

**Allgemeine Angaben zum  
Governance-System**


---

sung von Ressortzuständigkeiten. Die Ressortzuweisung erfolgt durch den Geschäftsverteilungsplan, den sich der Vorstand der R+V Versicherung AG auf Grundlage seiner Geschäftsordnung und mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegeben hat. Die nach Ressortzuständigkeit horizontal zugeordneten Kompetenzen werden innerhalb des Ressorts vertikal an Organisationseinheiten bzw. Mitarbeitende zugewiesen, die unmittelbar an das jeweilige Vorstandsmitglied berichten.

Die R+V stellt hierbei sicher, dass die Aufgaben und Zuständigkeiten in Einklang mit der Geschäftsstrategie des Unternehmens zugewiesen, abgegrenzt und koordiniert sowie in den Beschreibungen der Aufgaben und Zuständigkeiten konkret dokumentiert werden. Im Zuge der Zuweisung wird eine Vermeidung von potentiellen Interessenkonflikten gewährleistet. Insbesondere wird dafür Sorge getragen, dass Personen, die für den Aufbau von Risikopositionen zuständig sind, nicht auch mit der Kontrolle dieser Risikopositionen betraut werden. Die R+V trägt diesen Anforderungen sowohl im Rahmen der horizontalen als auch im Rahmen der vertikalen Delegation der Verantwortlichkeiten Rechnung. Bereits im Rahmen der horizontalen Delegation wird sichergestellt, dass die risikoinitierenden Ressorts grundsätzlich organisatorisch getrennt von den Mitarbeitenden sind, die risikokontrollierende Aufgaben wahrnehmen. Diese organisatorische Funktionstrennung wird unter dem Aspekt der Sachgerechtigkeit aber teilweise durch ressortübergreifend organisierte Aufgabenwahrnehmung mit zentralen und dezentralen Komponenten überlagert, insbesondere bei den zentral / dezentral aufgebauten Schlüsselfunktionen „Risikomanagement“ und „Compliance“. Soweit risikoinitierende und risikokontrollierende Mitarbeitende innerhalb eines Ressorts tätig sind, wird der Grundsatz der Funktionstrennung durch die Schaffung sonstiger angemessener organisatorischer Rahmenbedingungen sichergestellt, die Interessenkonflikte ausschließen (bspw. Funktionstrennung auf Abteilungsebene oder Ausschluss von Vorbefassung). Wesentliche strategische Neuausrichtungen werden organisatorisch jenseits der Linienorganisation in zeitlich begrenzten Projekten oder Programmen erledigt.

Diese horizontale und vertikale Delegationskette wird (unter dem Organisationsgedanken des Gemeinschaftsbetriebes) ergänzt durch die Ausgliederung und Zentralisierung der Geschäftstätigkeit auf die mitarbeiterführenden Gesellschaften. Die Aufgaben aller Unternehmen sind R+V-intern bei einzelnen Gesellschaften zentralisiert, die diese Tätigkeiten dann als Dienstleister für die anderen R+V-Gesellschaften erbringen. Die Aufgaben werden primär bei der R+V Versicherung AG, der R+V Lebensversicherung AG und der R+V Allgemeine Versicherung AG konzentriert sowie bei verschiedenen Dienstleistungsgesellschaften, die der R+V Service Holding GmbH untergeordnet sind. Die übrigen R+V-Gesellschaften sind überwiegend mitarbeiterlos. Vertragliche Grundlage dieser Zentralisierung sind 4 übergreifende Ausgliederungsverträge, die durch zahlreiche Neben- bzw. Sub-Vertragswerke und Service Level Agreements ergänzt und konkretisiert werden. Die Organisation nach dem Gemeinschaftsbetrieb gewährleistet eine klare, transparente Organisationsstruktur und ermöglicht zum Nutzen der Versicherungsnehmer eine effiziente und kostengünstige Wahrnehmung aller Aufgaben.

Die Vorstände und Aufsichtsräte stehen in angemessener Interaktion mit den eingesetzten Ausschüssen, den Schlüsselfunktionen und den anderen Führungskräften des Unternehmens. Diese angemessene Interaktion umfasst vor allem einen Informationsfluss aus allen Bereichen des Unternehmens an den Vorstand. Die regelmäßigen und anlassbezogenen Informationen an den Vorstand werden durch entsprechende Informations- und Beratungspflichten der anderen Stellen sichergestellt. Neben den geforderten Prozessen zur Übermittlung von Informationen und Berichten aus allen Unternehmensbereichen an die Geschäftsleitung umfasst die angemessene Interaktion auch Prozesse, die sicherstellen, dass die bearbeitenden Stellen über die getroffenen Entscheidungen der Geschäftsleitung informiert werden.

Einen Teilaspekt der Aufbau- und Ablauforganisation stellt das Vorhandensein eines übergreifenden Verhaltenskodex für das gesamte Personal, einschließlich der Geschäftsleitung und der Führungskräfte, dar. Die R+V hat bereits im Jahr 2004 die Richtlinie „Verhaltensgrundsätze für den Geschäftsverkehr“ verabschiedet. Sie gilt für die gesamte Mitarbeiterschaft und sämtliche Führungskräfte unterhalb des Vorstandes und enthält bspw. Regelungen zum Umgang mit Interessenkonflikten, Insiderwissen oder zur Annahme von Zuwendungen. Die Mitglieder der Vorstände haben sich im Wege von Selbstverpflichtungserklärungen Verhaltensgrundsätze auferlegt, die den Inhalten dieser Richtlinie entsprechen.

## Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat und seine etwaigen Ausschüsse überwachen die Geschäftsführung des Vorstands nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften fortlaufend, begleiten diese beratend und entscheiden über die vorgelegten zustimmungspflichtigen Geschäfte. Die Überwachungsaufgabe des Aufsichtsrats bezieht sich insbesondere auch auf die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems sowie des internen Revisionssystems. Der Aufsichtsrat setzt sich zum Stichtag aus den folgenden Personen zusammen:

## Aufsichtsrat

Dr. Norbert Rollinger Vorsitzender	Vorsitzender des Vorstands, R+V Versicherung AG, Wiesbaden
Dr. Annette Krause Stellv. Vorsitzende	Vorsitzende des Betriebsrats, stellvertretende Gesamtbetriebsratsvorsitzende, R+V Allgemeine Versicherung AG, Filialdirektion Berlin/ Bezirksdirektion Makler Berlin, Baruth
Joachim Blank	(Syndikus-)Rechtsanwalt und Abteilungsdirektor Konzern-Recht, R+V Versicherung AG, Wiesbaden
Ulrike Brouzi	Mitglied des Vorstands, DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main
Dr. Henning Ehlers	Hauptgeschäftsführer, Deutscher Raiffeisenverband e.V., Berlin
Heiko Frohnwieser	Mitglied des Vorstands, Raiffeisenbank Oldenburg eG, Oldenburg
Horst Futter	Vorsitzender des Betriebsrats, R+V Allgemeine Versicherung AG, Filialdirektion Heilbronn, Gerabronn
Andreas Helber	Mitglied des Vorstands, BayWa AG, München
Uwe Köster	Vorsitzender des Betriebsrats Innendienstbetrieb Hannover, R+V Allgemeine Versicherung AG, Hannover
Ingo Ossa	Vorsitzender des Betriebsrats VH-Betrieb Direktion Wiesbaden, R+V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden
Joachim Rukwied	Präsident, Deutscher Bauernverband e.V., Berlin
Anette Sauer	Fachsekretärin Finanzdienstleistungen, ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Landesbezirk Baden-Württemberg, Stuttgart
Armin Schmidt	Fachsekretär Finanzdienstleistungen, ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Bezirk Wiesbaden, Wiesbaden
Eberhard Spies	Vorsitzender des Vorstands, VR Bank Schwäbisch Hall-Crailsheim eG, Schwäbisch Hall
Michael Teymurian	Vorsitzender des Betriebsrats, R+V Allgemeine Versicherung AG, Direktionsbetrieb Frankfurt, Frankfurt am Main
Maik Wandtke	Sprecher des Vorstands, EDEKABANK AG, Hamburg

Der Aufsichtsrat wird grundsätzlich durch den Vorstand informiert.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat einen Prüfungsausschuss, einen Personalausschuss, einen Vermittlungsausschuss und einen Anlageausschuss gebildet.

Die Berichterstattung der Bereichsleiter der internen Revision, des Rechnungswesens, des Konzern-Risikomanagements, der Compliance-Funktion sowie die Berichterstattung des Verantwortlichen Aktuars erfolgt (als ausschließliche oder zusätzliche Berichterstattung) direkt an den Prüfungsausschuss.

## Ausschüsse und Kommissionen des Vorstands

Wesentliches Element der R+V Governance-Struktur sind auch die Konzernausschüsse und -kommissionen. Der Vorstand der R+V Versicherung AG als Konzernobergesellschaft hat verschiedene Ausschüsse und Kommissionen eingesetzt. Diese sind jeweils mit mindestens einem Mitglied des Vorstands besetzt. Ausschüsse entscheiden für den Vorstand und sind daher mehrheitlich mit Vorstandsmitgliedern besetzt; die übrigen Mitglieder haben kein Stimmrecht. Kommissionen dienen vorwiegend der Koordination einer Ressortverantwortlichkeit, die auch andere Ressorts betrifft. Die Leitung der Kommission liegt daher beim jeweils federführenden Ressort. Die Ausschüsse und Kommissionen bereiten Beschlussfassungen des Vorstandes vor. Darüber hinaus berichten sie mindestens jährlich an den Vorstand und stellen somit eine wichtige Informationsquelle des Vorstands im Sinne einer angemessenen Interaktion dar. Die Berichterstattung über die Arbeit der Ausschüsse und Kommissionen obliegt dabei dem bzw. der jeweiligen Vorsitzenden. Die in den Ausschüssen und Kommissionen vertretenen Vorstandsmitglieder unterrichten ihrerseits die übrigen Ausschuss- bzw. Kommissionsmitglieder. Zuständigkeiten, Zusammensetzung und Verfahrensabläufe der Ausschüsse und Kommissionen sind in ihren Geschäftsordnungen geregelt.

Allgemeine Angaben zum  
Governance-System

Nachfolgend sind die wesentlichen Ausschüsse und Kommissionen beschrieben:

### Finanzausschuss (bis 31.03.2021)

Der Finanzausschuss wurde zum 31.03.2021 aufgelöst. Er stand als Vorstandsausschuss in der Entscheidungshierarchie zwischen der Entscheidungskompetenz des Ressortvorstands Finanzen (ggfs. unter Einbindung des Investmentkomitees) und der Entscheidungskompetenz des Gesamtvorstands. Die Aufgaben des Finanzausschusses gingen zum 01.04.2021 teilweise auf die Geschäftsleitung selbst über, teilweise auf das Investmentkomitee, ein Governance-Gremium innerhalb des Ressorts Finanzen.

### Rückversicherungsausschuss

Der Rückversicherungsausschuss entscheidet über die Rückversicherungspolitik und den Abschluss bestimmter Rückversicherungsgeschäfte, die ihm durch die Zeichnungsrichtlinie der aktiven Rückversicherung zugewiesen sind. Er steht zwischen der Entscheidungskompetenz des Ressortvorstands Rückversicherung und der Entscheidungskompetenz des Gesamtvorstands. Der Rückversicherungsausschuss bereitet ferner die Beschlussfassung des Vorstands über die Grundsätze der Rückversicherungspolitik und ihrer Änderung vor. Des Weiteren obliegt ihm die regelmäßige Überprüfung der Auswirkungen von Rückversicherungsentscheidungen und der Ableitung von Rückversicherungsstrukturen und Haftungstrecken auf die Risikotragfähigkeit der R+V Gruppe sowie der Einzelgesellschaften. Weitere Zuständigkeiten hat der Rückversicherungsausschuss im Kontext der Empfehlung zum Einkauf von Rückversicherungsprodukten, der Auswahl der Risikoparameter, der Kündigung von Rückversicherungsschutz, der Überwachung der Risiken, die aus dem Risikotransfer mittels Rückversicherung entstehen und der Entgegennahme bestimmter rückversicherungsbezogener Berichterstattungen. Der Rückversicherungsausschuss tagt halbjährlich.

### Investitionskommission

Die Investitionskommission tritt mindestens vierteljährlich zusammen und entscheidet über bestimmte Investitionsprojekte ab einem definierten Gesamtbetrag von 500 TEuro. Diese bedürfen der Zustimmung der Investitionskommission. Investitionsprojekte ab einem Gesamtbetrag von 3.000 TEuro bedürfen zusätzlich der Zustimmung des Vorstands der R+V Versicherung AG. Diese Beschlussfassung wird von der Investitionskommission vorbereitet. Darüber hinaus bereitet die Investitionskommission auch Beschlussfassungen des Vorstands der R+V Versicherung AG über die Grundsätze der Investitionspolitik vor. Ferner obliegt ihr die Festlegung, fortlaufende Kontrolle und Anpassung des Projektportfolios und des Investitionscontrollingverfahrens sowie die Überprüfung und Kommunikation von wesentlichen Nutzen- oder Kostenänderungen an den Vorstand der R+V Versicherung AG.

### Omnikanal- und Produktkommission

Im Herbst 2021 wurde die bisherige Produktkommission zur Omnikanal- und Produktkommission (OPK) umgestaltet. Hintergrund der Umgestaltung ist die angestrebte Entwicklung hin zu einem Omnikanalmodell, das alle Vertriebskanäle (digital und persönlich) miteinander vernetzt und es dem Kunden ermöglicht, friktionsfrei zwischen den Kanälen zu wechseln. Diese Ausrichtung soll bei der Produktneu- und -weiterentwicklung berücksichtigt werden.

Die OPK tagt mindestens vierteljährlich und bereitet die Ausrichtung der Produktentwicklung bzw. der omnikanischen Produktstrategie für die Entscheidung im Vorstand der R+V Versicherung AG vor. Ferner prüft sie, ob eine Entscheidung der Investitionskommission, der Kundenkommission oder des Vorstands der R+V Versicherung AG erforderlich ist. Des Weiteren bereitet sie die Beschlussfassung über neue Produkte, Anpassungen bestehender Produkte, Tarife und Bedingungen, Produkteinstellungen sowie die omnikanale Angebotsgestaltung vor, soweit sie nach der Geschäftsordnung der OPK einer Beschlussfassung der Investitionskommission oder des Holding-Vorstandes bedürfen.

Die OPK legt ferner den Produkt-Management-Prozess (PMP) fest und verantwortet seine Anwendung auf die PMP-relevanten Geschäftsvorfälle. Des Weiteren bereitet sie die Beschlussfassung des Vorstands über die Festlegung von Zielgruppen vor und nimmt Nutzenberichte (ein und zwei Jahre nach Produkteinführung) sowie die ABC-Analysen entgegen.

## Risikokommission

Die Risikokommission bearbeitet die ressortübergreifenden Fragestellungen und Themen im Zusammenhang mit dem Risikomanagementsystem und dem operativen Risikomanagement. In diesem Kontext wurden ihr zahlreiche Aufgaben zugewiesen. Beispielsweise behandelt die Risikokommission einmal jährlich die gesellschaftsindividuellen Limite für die Risikotragfähigkeit zur Vorbereitung der Beschlussfassung durch den Vorstand, gibt die Risikostrategie für die Beschlussfassung durch den Vorstand frei, unterstützt den Vorstand im ORSA-Prozess (regulär und ad hoc) und bereitet die Ergebnisse des ORSA-Prozesses zur Beschlussfassung durch die Geschäftsleitungsorgane vor. Neben zahlreichen weiteren Aufgaben unterstützt die Risikokommission auch die Risikomanagement-Funktion bei der übergeordneten Einschätzung der jederzeitigen Risikotragfähigkeit (regulatorisch, ökonomisch) sowie der indikatorbasierten Risikoeinschätzung pro Gesellschaft und für die Gruppe.

## Weitere Governance-Gremien

Neben den genannten Ausschüssen und Kommissionen existieren weitere Gremien, die wichtige Governance-Aufgaben wahrnehmen. Besondere Bedeutung haben dabei die Führungskreise, das Kapitalkomitee, die Nachhaltigkeitskommission, das Komitee der versicherungsmathematischen Funktionen (VMF-Komitee), die Compliance-Konferenz sowie die Sicherheits- und BCM-Konferenz (SBK).

## Schlüsselfunktionen

Die Solvency II-Governance-Vorgaben enthalten spezifische Organisationsanforderungen für vier aus aufsichtsrechtlicher Sicht besonders wichtige Bereiche des Versicherungsunternehmens. Die Organisationseinheiten, denen die Aufgaben dieser vier Themengebiete zugewiesen sind, werden als Schlüsselfunktionen bezeichnet: Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion, interne Revision sowie versicherungsmathematische Funktion.

Unter einer Funktion ist dabei primär der Mitarbeitendenkreis zu verstehen, der die jeweiligen Aufgaben wahrnimmt. Funktionen bestehen aus einer Organisationseinheit, einem Teil dieser Organisationseinheit oder sind aus mehreren Organisationseinheiten oder mehreren Teilen von Organisationseinheiten zusammengesetzt. Für jede Schlüsselfunktion ist eine verantwortliche Person festgelegt, der die Letztverantwortung für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben ihrer Schlüsselfunktion zukommt.

Die RVA hat die vier Schlüsselfunktionen eingerichtet und in die Aufbau- und Ablauforganisation integriert.

In der R+V Gruppe sind die Schlüsselfunktionen auf einzelne R+V-Gesellschaften ausgegliedert worden, die diese Schlüsselfunktionsaufgaben für die anderen betroffenen R+V-Unternehmen als Dienstleister erbringen. Die Schlüsselfunktionen „Risikomanagement“, „Compliance“ und „interne Revision“ sind bei der RVV angesiedelt, die diese Schlüsselfunktionsaufgaben für sich selbst sowie als Dienstleister für die anderen deutschen R+V-Versicherungsunternehmen erbringt. Die versicherungsmathematische Funktion erbringt die RVV hingegen nur für sich selbst, nicht als Dienstleister für andere Gesellschaften. Die versicherungsmathematischen Funktionen der R+V-Kompositgesellschaften sind bei der R+V Allgemeine Versicherung AG angesiedelt bzw. auf diese ausgegliedert, die versicherungsmathematischen Funktionen für die Gesellschaften des Ressorts Personenversicherung sind bei der R+V Lebensversicherung AG angesiedelt bzw. auf diese ausgegliedert. Alle Schlüsselfunktionen sind organisatorisch direkt unter den jeweiligen Vorstandsressorts angesiedelt.

Für die Governance-Struktur der R+V nehmen die Schlüsselfunktionen eine wichtige Stellung im Konzept der drei Verteidigungslinien (3 lines of defence-concept) ein. Das Konzept dient der Sicherstellung eines funktionsfähigen Überwachungs- und Kontrollsystems im Unternehmen. Die erste Verteidigungslinie umfasst die Risikokontrolle und -steuerung der operativen Einheiten selbst. Die zweite Verteidigungslinie bilden die Risikomanagementfunktion, die Compliance-Funktion und die versicherungsmathematische Funktion. Eine prozessunabhängige Letztprüfung erfolgt durch die interne Revision, die als dritte Verteidigungslinie für die nachgelagerte Prüfung der operativen Tätigkeiten, aber auch der Tätigkeit der anderen drei Schlüsselfunktionen zuständig ist.

In aufbauorganisatorischer Hinsicht stellt die R+V sicher, dass jede Schlüsselfunktion eine angemessene Stellung innerhalb der Aufbauorganisation sowie klar festgelegte Zuständigkeiten und Befugnisse besitzt. Dies wird in den internen R+V-Leitlinien der vier Schlüsselfunktionen festgelegt, in denen die Stellung der jeweiligen Schlüsselfunktion im Unternehmen, ihre Kompetenzen sowie ihre organisatorische Einbindung festgelegt ist. Wesentlicher Aspekt ist hierbei die



---

**Allgemeine Angaben zum  
Governance-System**

---

direkte Berichterstattung gegenüber dem Vorstand, die turnusmäßig mindestens einmal jährlich in gesonderten schriftlichen Berichten sowie darüber hinaus ad hoc bei besonderem Anlass erfolgt.

Auch die Ablauforganisation der Schlüsselfunktionen sowie die Sachverhalte, die an die jeweilige Schlüsselfunktion zu melden sind, werden in der jeweiligen internen Leitlinie festgelegt.

Die Risikomanagementfunktion ist zentral / dezentral organisiert. Die zentrale Risikomanagement-Stelle ist organisatorisch bei der RVV angesiedelt und wird dort vom Bereich „Gesamtrisikomanagement“ wahrgenommen. Sie führt die Risikomanagement-Aufgaben kooperativ mit den dezentralen Risikomanagement-Stellen der jeweiligen Ressorts aus. Zentrales Koordinations-, Entscheidungs- und Informationsgremium ist die Risikokommission. Die übrigen deutschen R+V Versicherungsunternehmen haben die Risikomanagement-Funktion an die RVV ausgegliedert. Die Risikomanagementfunktion unterstützt den Vorstand und die anderen Funktionen bei einer effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems und überwacht sowohl dieses als auch das Risikoprofil. Sie ist für die Identifikation, Analyse und Bewertung der Risiken im Rahmen des Risikomanagementprozesses sowie für die Durchführung des ORSA verantwortlich. Dies schließt die Früherkennung, vollständige Erfassung und interne Überwachung aller wesentlichen Risiken ein. Dabei macht die Risikomanagementfunktion grundlegende Vorgaben über die für alle Gesellschaften der R+V Versicherungsgruppe anzuwendenden Risikomessmethoden. Damit soll ein konsistentes Risikomanagement sichergestellt werden. Darüber hinaus berichtet das Risikomanagement die Risiken an die Risikokommission, den Vorstand und den Aufsichtsrat. Die Inhaberin der Risikomanagementfunktion berichtet unmittelbar an den Vorstand.

Die Compliance-Funktion ist zentral/dezentral organisiert. Die zentrale Compliance-Stelle ist organisatorisch bei der R+V Versicherung AG eingerichtet und wird dort vom Bereich Konzern-Recht wahrgenommen, bei dem auch die zentrale Rechtsabteilung angesiedelt ist. Die Compliance-Tätigkeit wird von der zentralen Stelle in Kooperation mit den dezentralen Compliance-Stellen der Vorstandsressorts durchgeführt. Zentrales Koordinations-, Informations- und Entscheidungsgremium der Compliance-Funktion ist die Compliance-Konferenz. Die übrigen deutschen R+V Versicherungsunternehmen haben die Compliance-Funktion an die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Die Aufgabe der Compliance-Funktion liegt vorrangig in der Überwachung der Einhaltung der externen Anforderungen sowie in der Sicherstellung der Rechtmäßigkeit interner Verfahren und Vorgaben. Darüber hinaus berät sie den Vorstand in Bezug auf die Einhaltung der für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts geltenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften, beurteilt die möglichen Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfeldes für das Unternehmen und identifiziert und beurteilt das mit der Verletzung der rechtlichen Vorgaben verbundene Risiko (Compliance-Risiko). Der Inhabende der Compliance-Funktion berichtet unmittelbar an den Vorstand und ist organisatorisch direkt dem bzw. der Vorstandsvorsitzenden der R+V Versicherung AG zugeordnet.

Die Schlüsselfunktion interne Revision ist bei der RVV angesiedelt und wird dort vom Bereich Konzern-Revision ausgeübt. Die übrigen deutschen R+V Versicherungsunternehmen haben die interne Revision an die RVV ausgegliedert. Die interne Revision prüft die Einhaltung der internen Regelungen, insbesondere auch des Risikomanagementsystems, und deren Wirksamkeit. Die Konzern-Revision ist eine von den operativen Geschäftsbereichen losgelöste, unabhängige und organisatorisch selbständige Funktion. Sie ist der Geschäftsleitung unterstellt und organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der RVV zugeordnet. Zur Behebung festgestellter Defizite werden Maßnahmen vereinbart und von der Konzern-Revision nachgehalten.

Die versicherungsmathematische Funktion der RVA wird durch Mitarbeiter im Zentralen Aktuariat Komposit wahrgenommen. Die R+V Direktversicherung AG, die Condor Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, die KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-AG, die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG, die KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG sowie die Vereinigte Tierversicherung Gesellschaft a.G. haben die versicherungsmathematische Funktion auf die R+V Allgemeine Versicherung AG ausgegliedert, die für diese Gesellschaften ebenfalls von Mitarbeitern im Zentralen Aktuariat Komposit erbracht wird. Die versicherungsmathematische Funktion ist in erster Linie mit Kontrollaufgaben im Hinblick auf die ordnungsgemäße Bildung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht betraut. Im Einzelnen koordiniert sie die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen, gewährleistet die Angemessenheit der Berechnung zugrundeliegenden Annahmen, Methoden und Modelle. Darüber hinaus bewertet sie die Qualität der bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen verwendeten Daten und Informationstechnologiesysteme. Mindestens einmal jährlich berichtet die versicherungsmathematische Funktion schriftlich an den Vorstand. Darüber hinaus gibt die versicherungsmathematische Funktion eine Stellungnahme zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik und zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen ab.

## Wesentliche Änderungen am Governance-System

### Auflösung des Finanzausschusses zum 31.03.2021

Der Finanzausschuss wurde zum 31.03.2021 aufgelöst. Er stand als Vorstandsausschuss in der Entscheidungshierarchie zwischen der Entscheidungskompetenz des Ressortvorstands Finanzen (ggfs. unter Einbindung des Investmentkomitees) und der Entscheidungskompetenz des Gesamtvorstands. Die Aufgaben des Finanzausschusses gingen zum 01.04.2021 teilweise auf die Geschäftsleitung selbst über, teilweise auf das Investmentkomitee, ein Governance-Gremium innerhalb des Ressorts Finanzen.

In Abhängigkeit der Risikorelevanz bedürfen bestimmte Geschäfte der Zustimmung des Investmentkomitees, weniger risikorelevante Geschäfte sind berichtspflichtig. Das Investmentkomitee entscheidet darüber hinaus über Maßnahmen zur Steuerung von ökonomischen, bilanziellen und regulatorischen Risiken sowie über die Eignung von Kapitalanlagen mit Bezug auf Nachhaltigkeit in Grenzfällen. Das Investmentkomitee tritt monatlich zusammen.

Zum Berichtsstichtag lagen keine weiteren wesentlichen Änderungen am Governance-System vor.

### Vergütungspolitik und -system

Die europäischen und nationalen Solvency II-Vorgaben legen allgemeine Grundsätze und konkrete Anforderungen an die Vergütungssysteme von Versicherungsunternehmen fest.

Für die Vergütung aller Mitarbeitenden werden allgemeine Grundprinzipien vorgegeben, die folgende Kernelemente der Vergütungspolitik der R+V definieren:

- › Einklang mit der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie des Unternehmens, seinem Risikoprofil, seinen Zielen, seinen Risikomanagementpraktiken sowie den langfristigen Interessen und der langfristigen Leistung des Unternehmens als Ganzes
- › Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten
- › Förderung eines soliden und wirksamen Risikomanagements und keine Ermutigung zur Übernahme von Risiken, die die Risikotoleranzschwellen des Unternehmens übersteigen
- › Keine Gefährdung der Fähigkeit des Unternehmens, eine angemessene Kapitalausstattung aufrechtzuerhalten.

### Aufsichtsrat

Die Vergütung des Aufsichtsrates wurde durch Beschluss der Hauptversammlung als Fixvergütung festgelegt. Da der Aufsichtsrat die Leitung des Unternehmens durch den Vorstand überwachen soll, wird keine an die Erreichung von Zielen gekoppelte variable Vergütung für den Aufsichtsrat vorgesehen. Soweit vorhanden ist für die Tätigkeit in einem Ausschuss ein zusätzlicher Vergütungsanspruch festgelegt. Daneben besteht ein Anspruch auf Sitzungsgeld als pauschale Aufwandsentschädigung und konkret verauslagte Reisekosten. Aktien oder Aktienoptionen werden als Teil der Vergütung nicht gewährt. Zusatzrenten- oder Vorruhestandsregelungen existieren nicht.

### Vorstand

Das Vergütungssystem für den Vorstand fördert eine angemessene, transparente und auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Vergütungsentscheidung durch den Aufsichtsrat. Es ist mit dem Steuerungssystem der R+V verknüpft. Die Ableitung der Ziele für die variable Vorstandsvergütung erfolgt aus der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie. Nachhaltigkeitsrisiken wird durch Einbeziehung in das Risikomanagementsystem Rechnung getragen, das mit der Verzielung des Vergütungssystems verknüpft ist. ‚Nachhaltigkeitsrisiko‘ ist ein Ereignis oder eine Bedingung in den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung, dessen beziehungsweise deren Eintreten tatsächlich oder potenziell negative Auswirkungen auf den Wert der Investition oder auf den Wert der Verbindlichkeit haben könnte. Eine Berücksichtigung in den Zielvorgaben für den Bonus erfolgt. Die Ziele werden aus der operativen Planung in einem rollierenden mehrjährigen Planungsprozess abgeleitet. Bei der Vergütung des Vorstands achtet der Aufsichtsrat auf ein angemessenes Verhältnis der Vergütung zu den Aufgaben und Leistungen des Vorstandes sowie zur Lage des Unternehmens. Außerordentlichen Entwicklungen werden durch eine feste Obergrenze der variablen Vergütung Rechnung getragen. Unter Berücksichtigung bestehender vertraglicher Ansprüche überprüft der Aufsichtsrat das Vergütungssystem und die Vergütungshöhe regelmäßig auf ihre Angemessenheit.

---

**Allgemeine Angaben zum  
Governance-System**

---

Der Vorsitzende bzw. die Mitglieder des Vorstands der RVA sind sämtlich auch Mitglied im Vorstand der R+V Versicherung AG und erhalten für die Organtätigkeit bei der RVA keine gesonderte Vergütung.

Aktienoptionen oder Aktien werden nicht als Teil der Vergütung gewährt. In den vertraglichen Vereinbarungen verpflichten sich die Vorstandsmitglieder während des gesamten Zeitraums, keine persönlichen Hedging Strategien zu verfolgen und nicht auf vergütungs- oder haftungsbezogene Versicherungen zurückzugreifen, die die in den Vergütungsregelungen verankerten Risikoanpassungseffekte unterlaufen würden.

### **Vergütung nichtleitender und leitender Mitarbeitender**

Die Vergütung der nichtleitenden Mitarbeitenden im Innendienst richtet sich grundsätzlich nach der aktuellen Fassung des Manteltarifvertrages und des Gehaltstarifvertrages der Versicherungswirtschaft. Die R+V-internen Vergütungsvorgaben für leitende und nichtleitende Mitarbeitende sind in separaten internen Leitlinien für den Innendienst und für den Außendienst festgelegt. Die Vergütungsleitlinien stellen insbesondere sicher, dass die Vergütungsvorgaben im Einklang mit der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie des Unternehmens sowie mit seinem Risikoprofil stehen und dass die Erfolgskriterien, nach denen sich die variable Vergütung bemisst, keine Interessenkonflikte schaffen und nicht zur Übernahme von Risiken ermutigen, die die Risikotoleranzschwellen des Unternehmens übersteigen.

Das Jahreszielgehalt der nichtleitenden Mitarbeitenden im Innendienst setzt sich für Tarifmitarbeitende aus dem Jahresgrundgehalt und den Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) zusammen. Bei nichtleitenden Mitarbeitenden mit variabler Vergütung und leitenden Angestellten im Innendienst besteht das Jahreszielgehalt aus dem Jahresgrundgehalt und dem Anteil der variablen Vergütung bei 100%iger Zielerreichung.

Den überwiegenden Anteil der Vergütung des Innendienstes bildet generell das fixe Grundgehalt. Die variable Vergütung setzt sich aus einer Tantieme sowie einer Bonifikation zusammen. Die Höhe der Tantieme hängt von der Erreichung bestimmter Unternehmensziele ab, wobei 75% der Zieltantieme fix sind. Die Höhe der Bonifikation richtet sich nach dem Grad der Erreichung individueller und gegebenenfalls auch auf die Organisationseinheit bezogener Ziele.

Auch im Außendienst setzt sich die variable Vergütung aus einer Tantieme sowie einer Bonifikation zusammen. Die Höhe der Tantieme hängt von der Erreichung bestimmter Unternehmensziele ab, wobei 75% der Zieltantieme fix sind. Die Höhe der Bonifikation richtet sich nach dem Grad der Erreichung individueller und gegebenenfalls auch auf die Organisationseinheit bezogener Ziele. Im Außendienst werden als zusätzlicher variabler Vergütungsbestandteil Provisionen ausgelobt. Die Höhe der Provisionen richtet sich nach dem Umfang vermittelter neuer Versicherungsverträge und der Erweiterung bestehender Versicherungsverträge.

Ansprüche auf Aktienoptionen oder Aktien, die mit der Erreichung individueller oder kollektiver Erfolgskriterien verbunden wären, werden als Teil der Vergütung nicht gewährt. Lediglich die Höhe bzw. der Zielerreichungsgrad der variablen Vergütungsbestandteile ist an die Erreichung individueller und kollektiver Erfolgskriterien gekoppelt. Die Ableitung der Ziele für die variable Vergütung der nichtleitenden und leitenden Mitarbeitender erfolgt aus der Geschäfts- und Risikomanagementstrategie. Die Ziele werden aus der operativen Planung in einem rollierenden, mehrjährigen Planungsprozess abgeleitet. Das Vergütungssystem der nichtleitenden und leitenden Mitarbeitenden ist mit dem Vergütungssystem des Vorstands verknüpft. Soweit möglich und sachgerecht werden identische oder vergleichbare Konzernziele ausgewählt. Insbesondere bei der Vergütung der leitenden Mitarbeitenden achtet der Vorstand auf ein angemessenes Verhältnis der Vergütung zu den Aufgaben und Leistungen sowie zur Lage des Unternehmens. Außerordentlichen Entwicklungen wird unter anderem auch durch eine feste Obergrenze der variablen Vergütung Rechnung getragen.

### **Risk-Taker, Inhaber der Schlüsselfunktionen und Hauptbevollmächtigte**

Die Risk-Taker, Inhaber der Schlüsselfunktionen sowie die Hauptbevollmächtigten erhalten ein Jahreszielgehalt, das neben fixen Gehaltsbestandteilen auch variable Gehaltsbestandteile – Tantieme und Bonifikation - enthält. Diese variable Vergütung hängt von der Erreichung quantitativer und qualitativer Ziele ab. Um im Sinne einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung der Art und dem Zeithorizont der Geschäftstätigkeit des Unternehmens Rechnung zu tragen, wird im April des Folgejahres nicht die komplette Summe aus tatsächlicher Tantieme und individueller Bonifikation ausbezahlt. Die Auszahlung eines wesentlichen Teils der variablen Vergütung in Höhe von 40% (bei Verträgen vor dem 1.1.2017 30%) wird um drei Jahre aufgeschoben und erfolgt im April des dem dritten Jahr folgenden Jahres. Die Höhe der Auszahlung des aufgeschobenen variablen Teils richtet sich nach der Entwicklung des Unternehmenswertes nach drei Jahren. Falls dieser Wert nicht erreicht wird, kann der Auszahlungsbetrag gekürzt werden oder entfallen. Aktien oder

Aktienoptionen werden als Teil der Vergütung nicht gewährt. Zusatzrenten- oder Vorruhestandsregelungen bestehen nicht.

### **Wesentliche Transaktionen**

Im Berichtszeitraum sind keine Geschäfte im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB mit nahestehenden Unternehmen und Personen getätigt worden.

## **B.2 Anforderungen an fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit**

Personen, die ein Versicherungsunternehmen tatsächlich leiten und Personen, die andere Schlüsselaufgaben innehaben, müssen gewisse Anforderungen an die fachliche Eignung und die persönliche Zuverlässigkeit erfüllen – die sogenannten Fit & Proper-Anforderungen (§ 24 Abs. 1 VAG).

Insbesondere folgende Personen unterliegen den Fit & Proper-Anforderungen:

- › Mitglieder des Vorstands
- › Mitglieder des Aufsichtsrats
- › die für Schlüsselfunktionen verantwortlichen Personen
- › die in Schlüsselfunktionen tätigen Personen

Über die vier Schlüsselfunktionen hinaus wurden unternehmensintern keine weiteren sonstigen Schlüsselaufgaben oder Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten, identifiziert.

### **Anforderungen an Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde**

#### **Vorstand**

Die individuelle fachliche Eignung jedes Vorstandsmitglieds muss dieses in die Lage versetzen, eine solide und umsichtige Leitung des Unternehmens zu gewährleisten. Hierzu muss das Mitglied über vertiefte theoretische und praktische Kenntnisse in den wesentlichen Themenbereichen seiner Ressortzuständigkeit, angemessene theoretische und praktische Kenntnisse im Versicherungsgeschäft, versicherungsspezifische Kenntnisse im Risikomanagement und der Informationstechnologie, ausreichende Kenntnisse aller Geschäftsbereiche, um eine gegenseitige Kontrolle zu gewährleisten sowie über Leitungserfahrung verfügen, die über einen angemessenen Zeitraum auf einer höheren Verantwortungsebene erworben wurde. Einschlägige Erfahrungen in anderen Finanzsektoren und anderen Unternehmen werden berücksichtigt.

Neben der individuellen Eignung und Zuverlässigkeit einer Person, die als Vorstandsmitglied bestellt werden soll, ist entsprechend der EIOPA-Governance-Leitlinie 11 auch zu prüfen, ob der Vorstand als Gesamtgremium zumindest in fünf Themenkomplexen über angemessene Qualifikationen, Erfahrungen und Kenntnisse verfügt („kollektive Qualifikation“):

- › Versicherungs- und Finanzmärkte
- › Geschäftsstrategie und Geschäftsmodell
- › Governance-System
- › Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse sowie
- › Regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen.

#### **Aufsichtsrat**

Die Prüfung der fachlichen Eignung eines zu bestellenden Aufsichtsratsmitglieds umfasst die Prüfung der individuellen fachlichen Eignung der Person. Die fachliche Eignung von Aufsichtsratsmitgliedern muss diese befähigen, ihre Kontrollfunktion wahrnehmen, die Geschäftstätigkeit des Unternehmens überwachen und die Entwicklung des Unternehmens aktiv begleiten zu können. Hierzu müssen Aufsichtsratsmitglieder über versicherungsspezifische Grundkenntnisse im Risikomanagement und ausreichende theoretische und praktische Kenntnisse aller Geschäftsbereiche verfügen. Einschlägige Erfahrungen in anderen Finanzsektoren und anderen Unternehmen werden berücksichtigt.

---

**Anforderungen an fachliche  
Qualifikation und  
persönliche Zuverlässigkeit**


---

Darüber hinaus ist im Wege einer Gesamtschau zu prüfen, ob durch die Bestellung der Person auch die kollektive Eignung des Aufsichtsrats als Gesamtgremium sichergestellt ist. Eine Kollektivqualifikation muss (in Übereinstimmung mit den Vorgaben des BaFin-Merkblatts „Aufsichtsrat VA“) mindestens in den Themenfeldern Kapitalanlage, Versicherungstechnik und Rechnungslegung gegeben sein. Zudem muss mindestens ein Mitglied des Aufsichtsrates über Sachverstand auf dem Gebiet Rechnungslegung und mindestens ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrates über Sachverstand auf dem Gebiet Abschlussprüfung verfügen. Zudem müssen die Mitglieder in ihrer Gesamtheit mit dem Versicherungssektor vertraut sein.

### Schlüsselfunktions-Inhaber und Mitarbeitende in der Schlüsselfunktion

Obgleich lediglich die beabsichtigte Bestellung von Schlüsselfunktions-Inhabern einer Anzeigepflicht unterliegt, gelten die versicherungsaufsichtsrechtlichen Anforderungen an Eignung und Zuverlässigkeit für Schlüsselfunktions-Inhaber und Mitarbeitende in den Schlüsselfunktionen grundsätzlich gleichermaßen.

Bei der R+V werden die Anforderungen an die fachliche Eignung von Schlüsselfunktions-Inhabern und Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden im Profil der jeweiligen Stelle niedergelegt, das von der zuständigen Führungskraft festzulegen ist.

#### Schlüsselfunktions-Inhaber

Die R+V stellt an die Schlüsselfunktions-Inhaber folgende spezifischen Anforderungen hinsichtlich der fachlichen Qualifikationen:

##### Risikomanagementfunktion:

- › Abgeschlossenes Studium der Wirtschaftswissenschaften, Volkswirtschaft, Mathematik, Physik oder vergleichbaren Abschluss in einem mathematisch/naturwissenschaftlich orientierten Studiengang
- › Mehr als 8 Jahre Berufserfahrung im Risikomanagement eines Finanzdienstleistungsunternehmens oder Beratungsunternehmens, vertiefte Kenntnisse der Solvency II Anforderungen und Beherrschung der Zusammenhänge der Geschäfts-/ Risikomodellierung von Versicherungen, nachgewiesene Führungserfahrung

##### Compliance-Funktion:

- › Abgeschlossenes 2. Juristisches Staatsexamen sowie mehrjährige Berufserfahrung in einem juristisch ausgerichteten Bereich eines Versicherungsunternehmens, in einer verantwortlichen Compliance- oder Revisions-Funktion.
- › Erfahrung in der Durchführung von Risk-Assessments sowie nachgewiesene Führungserfahrung.

##### Versicherungsmathematische Funktion:

- › Inhaber der versicherungsmathematischen Funktion können weitreichende Kenntnisse der Versicherungs- und der Finanzmathematik vorweisen, idealerweise durch einen thematisch ausgerichteten Studienabschluss (Mathematik, Wirtschaftswissenschaften, etc.).
- › Zusätzlich sind erforderlich: mehr als 8 Jahre Berufserfahrung im Aktuariat einer Versicherung oder langjährige erfolgreiche Wahrnehmung einer verantwortlichen Funktion im finanzmathematischen Umfeld einer Versicherung.

##### Interne Revision:

- › Abgeschlossenes wirtschaftswissenschaftliches, juristisches oder vergleichbares Studium oder abgeschlossene Versicherungs- oder Bankausbildung mit erheblicher berufsbegleitender Weiterqualifizierung.
- › Mehrjährige Berufserfahrung in der Versicherungswirtschaft in mehreren leitenden Funktionen.
- › Kenntnisse der Revisions-Prüfungsstandards sowie der aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen.

#### Mitarbeitende in Schlüsselfunktionen

Die Eignungsanforderungen an die Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden setzen sich aus grundlegenden, auf die jeweilige Schlüsselfunktion bezogenen Anforderungen sowie aus den individuellen Anforderungen für die individuelle Stelle (festgelegt in der jeweiligen Stellenbeschreibung) zusammen.

#### **Risikomanagementfunktion:**

- › Ausbildung oder Studium mit Bezug zu den Aufgaben der Risikomanagementfunktion
- › Erfüllung der individuellen Vorgaben des jeweiligen Stellen-Funktionsprofils
- › Tiefere praktische Erfahrungen im Risikomanagement (nur für leitende Mitarbeiter der Risikomanagementfunktion)

#### **Compliance-Funktion:**

- › Vertrautheit mit dem Versicherungsgeschäft
- › Vertrautheit mit den für den Zuständigkeitsbereich relevanten externen und internen Vorschriften
- › Erfahrung in der Durchführung von Risikoanalysen
- › Führungserfahrung (nur für die Leitungspersonen der dezentralen Compliance-Stellen)
- › Abgeschlossenes 1. und 2. juristisches Staatsexamen (nur für die Mitarbeitende der zentralen Compliance-Stelle)

#### **Versicherungsmathematische Funktion:**

- › Ausbildung oder Studium mit Bezug zu den Aufgaben der versicherungsmathematischen Funktion
- › Erfüllung der individuellen Vorgaben des jeweiligen Stellen-Funktionsprofils
- › Tiefere praktische Erfahrungen in versicherungsmathematischen Themengebieten

#### **Interne Revision:**

- › Ausbildung oder Studium mit Bezug zu den Aufgaben der internen Revision, der Betriebsorganisation oder wesentlicher Tätigkeiten und Aufgaben in einem Versicherungsunternehmen
- › Erfüllung der individuellen Vorgaben des jeweiligen Stellen-Funktionsprofils
- › Führungserfahrung (nur für leitende Mitarbeiter der internen Revision)

### **Bewertung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit**

#### **Vorstand**

Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat bestellt. Letzterer ist daher für die Prüfung und Sicherstellung von Eignung und Zuverlässigkeit der zu bestellenden Person verantwortlich. Bei der Prüfung der Zuverlässigkeit und der fachlichen Eignung wird der Aufsichtsrat durch den Bereich Konzern-Recht unterstützt, der eine Vorprüfung durchführt und den Aufsichtsrat – über den Aufsichtsratsvorsitzenden – vor seiner Entscheidung über etwaige Auffälligkeiten informiert.

Der Aufsichtsrat trifft die Entscheidung, ob die Person fachlich geeignet und zuverlässig ist sowie die Entscheidung, ob die kollektive Qualifikation des Gesamtvorstandes weiterhin gegeben ist, inzident mit der Entscheidung zur Bestellung des Vorstandsmitglieds.

Wird ein Umstand bekannt, der eine Neubeurteilung der fachlichen Eignung oder der Zuverlässigkeit eines amtierenden Vorstandsmitglieds gebietet, ist der Vorsitzende des Aufsichtsrates zu informieren. Von diesem ist unverzüglich eine Neuprüfung der Eignung oder der Zuverlässigkeit durch den Aufsichtsrat einzuleiten.

#### **Aufsichtsrat**

Bei der Prüfung der fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit wird der Aufsichtsrat durch den Bereich Konzern-Recht unterstützt, der eine Vorprüfung durchführt und den Aufsichtsrat – über den Aufsichtsratsvorsitzenden – vor seiner Entscheidung über etwaige Auffälligkeiten informiert.

Die Entscheidung über die fachliche Eignung und die Zuverlässigkeit der zu bestellenden Person sowie über das Fortbestehen der Kollektivqualifikation des Gesamtgremiums erfolgt inzident im Empfehlungsbeschluss an die Hauptversammlung.

---

**Anforderungen an fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit**


---

Sofern eine Gesellschaft den Vorgaben des MitbestG oder des DrittelbG unterliegt, erfolgt die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer durch Wahl. In diesem Fall findet die Überprüfung der Eignung und der Zuverlässigkeit nach Amtsantritt durch den Bereich Konzern-Recht statt.

Wird dem Aufsichtsrat ein Umstand bekannt, der eine Neubeurteilung der Eignung und/oder der Zuverlässigkeit eines amtierenden Aufsichtsratsmitglieds gebietet, ist vom Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. (sofern der Aufsichtsratsvorsitzende betroffen ist) seinem Stellvertreter unverzüglich eine Neuprüfung der Eignung und/oder der Zuverlässigkeit durch den Aufsichtsrat einzuleiten.

### Schlüsselfunktions-Inhaber und Mitarbeitende in der Schlüsselfunktion

Obgleich lediglich die beabsichtigte Bestellung von Schlüsselfunktions-Inhabern einer Anzeigepflicht unterliegt, gelten die versicherungsaufsichtsrechtlichen Anforderungen an Eignung und Zuverlässigkeit für Schlüsselfunktions-Inhaber und Mitarbeitende in den Schlüsselfunktionen grundsätzlich gleichermaßen.

#### Eignung

Bei der R+V werden die Anforderungen an die fachliche Eignung von Schlüsselfunktions-Inhabern und Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden im Profil der jeweiligen Stelle niedergelegt, das von der zuständigen Führungskraft in Abstimmung mit dem Bereich Personal zu erstellen ist. Im Rahmen der Prüfung der fachlichen Eignung wird daher untersucht, ob die jeweilige Person die Anforderungen der konkreten Stellenbeschreibung erfüllt. Dabei legt die Führungskraft insbesondere den Lebenslauf, Qualifikationsnachweise und etwaige Arbeitszeugnisse der Person zugrunde.

Im laufenden Beschäftigungsverhältnis wird die Eignung der Schlüsselfunktions-Inhaber und der Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden durch eine jährliche Beurteilung der Person und ihre fortlaufende, aufgabenbezogene Qualifizierung gewährleistet.

Der Bedarf zur fachlichen Weiterbildung wird jährlich anhand der fachlichen Anforderungen gemäß der jeweiligen Stellenbeschreibung geprüft. Etwaigen Qualifizierungserfordernisse wird durch die Festlegung von Fortbildungs- bzw. Schulungsmaßnahmen Rechnung getragen. Die Qualifizierungsmaßnahmen werden von der Führungskraft in Abstimmung mit dem Schlüsselfunktions-Inhaber bzw. mit dem Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden im Online-Entwicklungsplan dokumentiert.

#### Zuverlässigkeit

Die Zuverlässigkeit muss nicht positiv nachgewiesen werden, sondern wird vermutet, sofern keine Anhaltspunkte vorliegen, die gegen eine Zuverlässigkeit sprechen. Im Rahmen der Zuverlässigkeitsprüfung von Schlüsselfunktions-Inhabern und Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden werden bei der R+V die Person und ihr Werdegang daher auf solche, die Zuverlässigkeit kontraindizierende Aspekte untersucht. Hierzu dienen insbesondere der Lebenslauf der Person sowie ein von der Person auszufüllender Selbstauskunftsbogen, der inhaltlich im Wesentlichen der Selbstauskunft entspricht, die von der BaFin bei der Anzeige eines Schlüsselfunktionsinhabers verlangt wird. Die Zuverlässigkeitsprüfung wird von der Personalabteilung durchgeführt.

Die Zuverlässigkeit der Schlüsselfunktions-Inhaber und der Schlüsselfunktions-Mitarbeitenden wird von der zuständigen Führungskraft und dem Bereich Personal dauerhaft sichergestellt, indem bei Auffälligkeiten, die Indikatoren gegen eine Zuverlässigkeit sein könnten, unverzüglich eine Neuprüfung der Zuverlässigkeit durchgeführt wird.

Des Weiteren fordert der Bereich Personal in einem Turnus von fünf Jahren vom jeweiligen Schlüsselfunktions-Inhaber bzw. der in der Schlüsselfunktion mitarbeitenden Person eine Prüfung der im Selbstauskunftsbogen vorgenommenen Angaben.

## B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

### Ziel des Risikomanagements

Unter einem Risikomanagementsystem ist die Gesamtheit der Regelungen, die einen strukturierten Umgang mit Chancen und Risiken im Unternehmen sicherstellt, zu verstehen.

Aus der Risikokultur, der Unternehmensstrategie und den Unternehmenszielen werden die Ziele des Risikomanagementsystems abgeleitet und in der Risikostrategie formuliert.

Ziel des Risikomanagements ist es, für die gesamte Geschäftstätigkeit die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungen und hierbei insbesondere die Solvabilität sowie die langfristige Risikotragfähigkeit, die Bildung ausreichender versicherungstechnischer Rückstellungen, die Anlage in geeignete Vermögenswerte, die Einhaltung der kaufmännischen Grundsätze einschließlich einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und die Einhaltung der übigen finanziellen Grundlagen des Geschäftsbetriebs zu gewährleisten.

Risiken ergeben sich aus nachteiligen Entwicklungen für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage und bestehen in der Gefahr von zukünftigen Verlusten.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und damit auch für ein angemessenes und wirksames Risikomanagement. Das Risikomanagement ist gemäß Geschäftsverteilungsplan einem Vorstand zugeordnet. Der Gesamtvorstand benennt den Inhaber der Risikomanagementfunktion und muss ihn eigeninitiativ, angemessen und zeitnah über alle Tatsachen informieren, die für seine Aufgabenerfüllung erforderlich sein können.

Die Risikomanagementfunktion ist so strukturiert, dass die Umsetzung des Risikomanagementsystems maßgeblich befördert wird. Bei den R+V-Gesellschaften setzt sie sich aus dem Inhaber der Risikomanagementfunktion sowie aus der zentralen (Gesamtrisikomanagement) und den dezentralen Risikomanagementeinheiten (Ressort-Risikomanagement) zusammen, die die Aufgabe der Risikomanagementfunktion wahrnehmen.

Der Risikomanagementfunktion obliegen folgende Aufgaben:

- › die Unterstützung des Vorstands und anderer Funktionen bei der effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems,
- › die Förderung des Risikobewusstseins der vom Risikomanagementsystem betroffenen Mitarbeiter,
- › die Überwachung des Risikomanagementsystems,
- › die Überwachung des allgemeinen Risikoprofils des Unternehmens,
- › die Berichterstattung über wesentliche Risikoexponierungen, das Risikoprofil sowie die Angemessenheit des Risikomanagementsystems und die Beratung des Vorstands in Fragen des Risikomanagements und
- › die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems.

Die Risikomanagementfunktion arbeitet bei der Erstellung der Solvabilitätsübersicht sowie bei der Bewertung von Risiken eng mit der versicherungsmathematischen Funktion zusammen.

### Risikostrategie

Die vom Vorstand festgelegte Risikostrategie wird aus der Geschäftsstrategie abgeleitet und umfasst Aussagen zu Art, Umfang und Komplexität der Risiken sowie zur Risikotragfähigkeit. Die Risikokommission bereitet die Beschlussfassung des Vorstands zur Risikostrategie inkl. der Limite für die Risikotragfähigkeit vor. Eine Beschlussfassung über die Risikostrategie erfolgt jährlich.

Bei der Entscheidung über die Geschäftsstrategie wird das Ergebnis der vorausschauenden Beurteilung der unternehmenseigenen Risiken berücksichtigt. In der Risikostrategie sind Strategien zur Steuerung der wesentlichen Risiken und deren Auswirkungen auf den Solvenzkapitalbedarf (SCR), den Gesamtsolvabilitätsbedarf (Overall Solvency Needs, OSN), die Eigenmittel sowie Maßnahmen (Kapitalunterlegung und/oder Risikominderungsstechniken) entsprechend dem Risikoprofil enthalten.



---

**Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung**


---

Die Steuerung basiert auf der vorausschauenden Beurteilung von Erfolgsfaktoren sowie auf der Ableitung von Zielgrößen für die RVA und deren Unternehmensbereiche. Im Rahmen des jährlichen strategischen Planungsprozesses wird die Strategische Planung für die kommenden vier Jahre unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit sowie der Rahmendaten der DZ BANK vorgenommen.

## Risikomanagementprozess

Im Folgenden wird der Ablauf der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, ORSA) dargestellt. Die Begriffe Risikomanagementprozess und ORSA-Prozess sind synonym zu verwenden.

Der ORSA-Prozess ist integraler Bestandteil des Risikomanagements. Die Rahmenbedingungen des Risikomanagementprozesses, das heißt die Risikogrundsätze, die Festlegung der methodischen Grundlagen, die organisatorische Struktur, die Abgrenzung der zu betrachtenden Unternehmensbereiche und die Zuordnung von Verantwortlichkeiten und Aufgaben, werden vom Vorstand vorgegeben.

Bezugspunkt der ORSA-Durchführung ist der 31. Dezember eines Geschäftsjahres. Der Vorstand betrachtet ORSA als wichtiges Instrument, um ein umfassendes Bild über die Risiken vermittelt zu bekommen, denen die RVA ausgesetzt ist oder in Zukunft ausgesetzt sein könnte.

Der ORSA wird einmal pro Jahr vollständig durchgeführt. Unterjährig wird mindestens zu den Quartalsstichtagen die Risikosituation im Rahmen der Risikokommission analysiert. Die Durchführung des ORSA ist im ersten Halbjahr des darauffolgenden Geschäftsjahres vorgesehen.

Aufgrund der ablauforganisatorischen Regelungen mit einer vierteljährlich stattfindenden Risikokommission ist eine dauerhafte Auseinandersetzung mit der Risikosituation – einschließlich der Sicherstellung einer ausreichenden Solvenz – gewährleistet. Darüber hinaus ist der nicht-reguläre ORSA etabliert. Der nicht-reguläre ORSA ist gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderung anlassbezogen immer dann durchzuführen, wenn sich das Risikoprofil des Unternehmens wesentlich verändert hat. Hierfür wurden Auslöser definiert. Somit ist die Überwachung der jederzeitigen Risikotragfähigkeit gewährleistet.

Die Vorgaben zur Einhaltung der Datenqualität werden durch das Grundsatzdokument „Risikodaten-Qualitätsmanagement“ beschrieben. Das Ziel dieses Grundsatzdokuments ist es, einen einheitlich gültigen Standard für die Sicherstellung der Datenqualität zu definieren.

## Risikoidentifikation

Die Identifikation der Risiken ist aufgrund der sich ständig ändernden Verhältnisse und Anforderungen eine kontinuierliche Aufgabe. Sie ist bei der R+V in die alltäglichen Arbeitsabläufe integriert. Die Integration fördert das Risikobewusstsein bei den Mitarbeitern und reduziert zugleich den Umsetzungsaufwand. Alle Risiken im Unternehmen sind strukturiert und systematisch unternehmensweit zu definieren und zu erfassen. Die Risikoidentifikation wird einmal jährlich vollumfänglich im Rahmen der Risikoinventur durchgeführt.

Ziel der Risikoidentifikation ist es, eine vollständige Übersicht über die wesentlichen Risiken im Unternehmen zu erhalten. In einem ersten Schritt erfolgt bei der Risikoinventur eine Identifikation und Dokumentation aller Risiken inklusive Beschreibung der Risikomerkmale und Risikotreiber. Sämtliche Risiken werden anhand des Wesentlichkeitskonzepts eingeteilt. Die Auflistung, Beschreibung und Einteilung stellt im Ergebnis das Risikoprofil dar.

## Risikobewertung und -analyse

Aufbauend auf den Ergebnissen der Risikoidentifikation erfolgt eine Analyse und Bewertung der wesentlichen Risiken anhand quantitativer und qualitativer Methoden. Wesentliche Risiken, die bereits in anderen Risikokategorien berücksichtigt werden, sind nicht zwingend einer separaten Analyse und Bewertung zu unterziehen. Die Risikomesung erfolgt mittels der Standardformel gemäß den Vorgaben von Solvency II. Die Ermittlung der Risikokapitalanforderung beruht auf dem Risikomaß Value-at-Risk (VaR) zum Konfidenzniveau 99,5 % über einen Zeithorizont von einem Jahr. Die Ergebnisse der Risikobewertungen sind zum einen das SCR gemäß der Säule 1 von Solvency II und zum anderen der OSN

gemäß den Anforderungen der Säule 2. Diesen Kapitalanforderungen stehen die anrechenbaren ökonomischen Eigenmittel gegenüber.

Die generelle Grundlage zur Bestimmung der Kapitalanforderungen ist eine ökonomische Betrachtung der Finanz- und Risikosituation des Versicherungsunternehmens, die in einem Gesamtbilanzansatz erfolgt.

Im ersten Schritt müssen Versicherungsunternehmen eine Solvabilitätsübersicht aufstellen, welche ökonomische Werte aller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten enthält. Aus der Differenz dieser Werte ergeben sich die vorhandenen ökonomischen Eigenmittel. Im zweiten Schritt ist auf Basis der Risiken in allen Aktiv- und Passivpositionen (risikobasierter Ansatz) der Kapitalbedarf zu bestimmen, das SCR. Ausreichende Solvabilität ist gegeben, wenn die ökonomischen Eigenmittel das SCR übersteigen.

Die im Rahmen der Standardformel vorgeschlagene Modellierung und Parametrisierung soll grundsätzlich ein „durchschnittliches“ europäisches Versicherungsunternehmen abbilden. Daher kann es sein, dass die spezifische Risikosituation nicht bzw. nicht angemessen abgebildet wird. Explizites Ziel im Rahmen der Umsetzung der Solvency II-Anforderungen ist die angemessene Abbildung und Bewertung des spezifischen Risikoprofils. Die in diesem Zusammenhang eingesetzte Angemessenheitsprüfung verfolgt das Ziel, die aus der Standardformel abgeleitete Modellierung und Parametrisierung zu überprüfen.

Sofern die aus den Anforderungen an die Standardformel abgeleiteten Bewertungsansätze die spezifische Risikosituation der RVA nicht abbilden, sind für diese Bewertungsansätze interne Weiterentwicklungen erforderlich, um die korrekte interne Sicht auf die Solvabilitätsanforderung zu gewährleisten.

Eine Überprüfung der zur Risikoberechnung angewendeten Modelle und Methoden findet im Rahmen der operativen Prozesse statt. Ziel der Validierung ist die Erfüllung aufsichtsrechtlicher, konzern- und unternehmensinterner Vorgaben und damit ein Verständnis über die Qualität und die Stärken und Schwächen der zur Risikoberechnung eingesetzten Modelle. Es wird untersucht, ob die zur Risikoberechnung eingesetzten Modelle geeignet sind, die Risiken von der R+V angemessen zu quantifizieren. Ergebnis der Validierungshandlungen ist damit eine Aussage darüber, ob die Modelle für den Einsatzzweck geeignet sind und ob sie die gestellten Anforderungen erfüllen.

Die von der R+V regelmäßig durchgeführten Stresstests setzen sich aus makroökonomischen und hypothetischen Stresstests zusammen.

Zusätzlich werden neben dem Basisfall definierte Szenarien (z.B. Risikoszenario) über den Planungshorizont projiziert und analysiert.

## **Risikosteuerung**

Unter Risikosteuerung ist die operative Umsetzung der Risikostrategie in den risikotragenden Geschäftseinheiten zu verstehen. Die Risikosteuerung erfolgt gemäß den in der Risikostrategie beschriebenen Verfahren. Die verantwortlichen Geschäftseinheiten treffen Entscheidungen zur bewussten Übernahme oder Vermeidung von Risiken. Dies geschieht unter Berücksichtigung vorgegebener Rahmenbedingungen und Risikolimitierungen bzw. der vereinbarten Schwellenwerte. Die operative Umsetzung erfolgt auch durch die jeweiligen Zeichnungs- und Anlagerichtlinien.

Die Anwendung von Risikominderungstechniken ist Teil der Risikostrategie. Die Leitlinie „Rückversicherung und andere Risikominderungstechniken“ beinhaltet die zentralen Vorgaben, die Aufbauorganisation sowie die wesentliche Ablauforganisation für den Einsatz von Rückversicherung zu Zwecken der Risikominderung und den Einsatz weiterer Risikominderungstechniken.

Die Ergebnisse des ORSA und die während der ORSA-Durchführung gewonnenen Einblicke werden im Kapitalmanagement (siehe auch Kapitel E.1), in der geschäftlichen Planung und bei der Entwicklung und Konzeption neuer Produkte berücksichtigt.

Der Produktmanagement-Prozess der R+V beschreibt den Prozess, der bei der Entwicklung, Konzeption und Einführung neuer Versicherungsprodukte einzuhalten ist. Dabei ist ein Bestandteil des Produktmanagement-Prozesses der R+V die Risikobeurteilung neuer Produkte. Für die Einführung neuer Finanzprodukte ist ebenfalls ein expliziter Prozess ("Neue-Produkte-Prozess") festgelegt, bei dem die mit dem neuen Finanzprodukt verbundenen Risiken beurteilt werden.

## Risikoüberwachung

Zur Risikoauslastung wird die SCR- bzw. OSN-Bedeckungsquote der RVA anhand von Schwellenwerten (< 150 % Steuerungsmaßnahmen sind zu ergreifen, < 125 % aufsichtsrechtliche Schritte sind einzuleiten) bewertet und quartalsweise bzw. jährlich in der Risikokommission der R+V berichtet. Die Auswirkungen von Rückversicherungsentscheidungen, Rückversicherungsstrukturen und Haftungsstrecken auf die Risikotragfähigkeit wird regelmäßig überprüft. Durch Projektion des OSN bzw. SCR und der Eigenmittel der RVA wird vorausschauend betrachtet, ob die gesetzten Limits im Planungszeitraum eingehalten werden.

## Risikoberichtswesen

Bei wesentlichen Veränderungen von Risiken sind Meldungen an den Vorstand vorgesehen. Die risikorelevanten Unternehmensinformationen werden den zuständigen Aufsichtsgremien vierteljährlich sowie bedarfsweise ad hoc zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der Durchführung des ORSA-Prozesses wird pro Einzelgesellschaft und für die R+V Gruppe ein ORSA-Bericht verfasst. Die R+V übermittelt die internen ORSA-Berichte nach Freigabe durch den Vorstand als externe ORSA-Berichte an die BaFin.

Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen des ORSA werden nach Abnahme durch den Vorstand an die Bereichsleiter von der R+V und die Mitglieder der Risikokommission übermittelt, die diese im Rahmen der dezentralen Verantwortung an ihre Mitarbeiter weitergeben.

## Inhaltliche Verknüpfung der Unternehmenssteuerung mit den Ergebnissen des ORSA

Der Vorstand betrachtet ORSA als wichtiges Instrument, um ein umfassendes Bild über die Risiken vermittelt zu bekommen, denen die R+V ausgesetzt ist oder in Zukunft ausgesetzt sein könnte. Die Ergebnisse des ORSA und die während der ORSA-Durchführung gewonnenen Einblicke werden im Kapitalmanagement, in der geschäftlichen Planung und bei der Entwicklung und Konzeption neuer Produkte berücksichtigt. Bei der R+V findet daher eine inhaltliche Verknüpfung der Unternehmenssteuerung mit den Ergebnissen des ORSA statt.

Bestehende Gremien werden genutzt, um die ORSA-Ergebnisse zu hinterfragen. Dies erfolgt u.a. zu einem Großteil im Rahmen der Vorstandsklausuren. Im Rahmen dieser Klausuren und regulärer Vorstandssitzungen werden die Ergebnisse des ORSA diskutiert.

Durch den ORSA wird der Vorstand von der R+V in die Lage versetzt, zu beurteilen, wie sich die Risiken im Kapitalbedarf widerspiegeln. Die Mitglieder des Vorstandes sorgen für eine angemessene Ausgestaltung des ORSA und steuern dessen Durchführung.

Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem ORSA genehmigt der Vorstand die lang- und kurzfristige Kapitalplanung unter Beachtung der von ihm festgelegten Geschäfts- und Risikostrategie im Rahmen der Vorstandsklausurtagungen der R+V Versicherung AG im Frühjahr und Herbst. Dieser Plan umfasst Alternativen, um sicherzustellen, dass die Kapitalanforderungen selbst unter unerwartet ungünstigen Umständen erfüllt werden können.

## B.4 Internes Kontrollsystem

### Beschreibung des internen Kontrollsystems

Das interne Kontrollsystem (IKS) der R+V ist die Gesamtheit aller organisatorischen und technischen Maßnahmen, Kontrollen und Funktionen, die dazu dienen, die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit zu unterstützen und sicherzustellen, dass alle zu beachtenden Gesetze und Verordnungen sowie alle aufsichtsbehördlichen Anforderungen und internen Vorgaben eingehalten werden. Das IKS soll ebenfalls sicherstellen, dass die im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit stehenden Informationen an interne oder externe Adressaten vollständig und zutreffend sind. Das IKS umfasst alle Unternehmensebenen und auch ausgegliederte Bereiche und Prozesse.

Das IKS stellt konzeptionell ein Element des gesamten integrierten Kontroll- und Steuerungssystems im Sinne des Modells der drei Verteidigungslinien dar, in dem die Zuständigkeiten und Kontrollaktivitäten aller Organisationseinheiten und der Schlüsselfunktionen ineinandergreifen.

Zur Einrichtung und Durchführung interner Kontrollen sind durch die R+V-interne Leitlinie „Interne Kontrollsysteme (IKS)“ alle Unternehmensbereiche verpflichtet. Die IKS-Leitlinie richtet sich an Mitarbeitende und Führungskräfte. Sie legt die Vorgaben an die risikoorientierte Prüfung der Ablauforganisation, die daran anknüpfende Einrichtung und Dokumentation angemessener Kontrollmaßnahmen fest sowie die regelmäßige und anlassbezogene Überprüfung dieser Risikoeinschätzungen und der Angemessenheit der Kontrollmaßnahmen. Darüber hinaus regelt die IKS-Leitlinie die Durchführung und Dokumentation der vorgesehenen Kontrollmaßnahmen, den Umgang mit etwaig festgestellten Defiziten sowie die diesbezüglichen Melde- und Berichtswege, insbesondere auch an die Schlüsselfunktionen. Die Kontrollprozesse sind integraler Bestandteil der Aufbau- und Ablauforganisation bei der R+V.

Die interne Revision der R+V überprüft die Angemessenheit und Wirksamkeit des gesamten IKS. Dies geschieht durch unabhängige und objektive Prüfung der vorgelagerten Verteidigungslinien.

## Compliance-Funktion

Die Aufgabe der Compliance-Funktion liegt vorrangig in der Überwachung der Einhaltung der externen Anforderungen und in der Sicherstellung der Rechtmäßigkeit interner Vorgaben und Verfahren. Darüber hinaus berät sie den Vorstand in Bezug auf die Einhaltung der für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts geltenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften, beurteilt die möglichen Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfeldes für das Unternehmen und identifiziert und beurteilt das mit der Verletzung der rechtlichen Vorgaben verbundene Risiko (Compliance-Risiko).

Die Compliance-Funktion wird wegen der übergreifenden Organisation der Geschäftsprozesse unternehmensübergreifend durch eine zentrale Compliance-Stelle in Kooperation mit dezentralen Compliance-Stellen der Vorstandsressorts der R+V Versicherung AG wahrgenommen. Die zentrale Compliance-Stelle ist bei der R+V Versicherung AG und dort beim Bereich Konzern-Recht angesiedelt. Die übrigen deutschen R+V Versicherungsunternehmen haben die Compliance-Funktion an die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Die Mitarbeitenden der zentralen Compliance-Stelle nehmen auch Aufgaben im Rahmen der allgemeinen Rechtsberatung wahr, wobei die Vermeidung von potenziellen Interessenkonflikten sichergestellt wird. Die Mitarbeitenden in den dezentralen Compliance-Stellen sind teilweise auch mit Aufgaben des Risikomanagements oder allgemeiner Rechtsberatung betraut, wobei auch insoweit potenzielle Interessenkonflikte vermieden werden.

Zentrales Koordinations-, Entscheidungs- und Berichtsgremium der Compliance-Funktion ist die vierteljährlich stattfindende Compliance-Konferenz. Dort werden die Aktivitäten der zentralen Compliance-Stelle und der dezentralen Compliance-Stellen berichtet und koordiniert sowie relevante Vorfälle behandelt. In der Compliance-Konferenz finden zudem Informationsaustausch und Interaktion mit den anderen Schlüsselfunktionen statt, deren Inhabende als Gäste mit Rede-recht zu jeder Sitzung geladen werden. Bei besonders gravierenden Verstößen sind Ad-hoc-Meldungen auch jenseits der Compliance-Konferenz an die zentrale Compliance-Stelle vorgesehen.

Inhabende Person der Compliance-Funktion ist die Leitungsperson des Bereichs Konzern-Recht. Sie berichtet unmittelbar an den Vorstand und ist organisatorisch direkt dem bzw. der Vorstandsvorsitzenden der R+V Versicherung AG zugeordnet.

## B.5 Funktion der internen Revision

§ 30 VAG verpflichtet Versicherungsunternehmen eine Interne Revision einzurichten. Im Rahmen des sogenannten „Three-lines-of-defence“-Konzepts nimmt die Interne Revision ihre Aufgaben auf der dritten Verteidigungslinie wahr. Die übrigen drei Schlüsselfunktionen – die Compliance-Funktion, die Risikomanagement-Funktion sowie die versicherungsmathematische Funktion – gehören der zweiten Verteidigungslinie an.

Die Revisionsfunktion wird durch die Konzern-Revision der R+V Versicherung AG wahrgenommen. Sie ist eine von den operativen Geschäftsprozessen losgelöste, unabhängige und organisatorisch selbstständige Funktion zur Überwachung aller Unternehmensbereiche. Sie ist der Geschäftsleitung unmittelbar unterstellt und organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden zugeordnet. Die Konzern-Revision hat zur Wahrung ihrer Aufgaben ein uneingeschränktes Informationsrecht. Der Leiter der Konzern-Revision ist verantwortlicher Inhaber der Schlüsselfunktion Interne Revision.

Die Revisionsfunktion erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie unterstützt die Organisation bei der Erreichung ihrer Ziele, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Effektivität des Risikomanagements, der Kontrollen sowie der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet und diese zu verbessern hilft.

Das Hauptziel der Revisionsfunktion ist, das Unternehmen vor Vermögensverlusten zu schützen. Die Aufgaben sowie die Aufbau- und Ablauforganisation der Internen Revision werden durch verschiedene deutsche und europäische Normen sowie verschiedene Prüfungs- und Revisionsstandards vorgegeben. Die Handlungsweisen der Revisionsfunktion orientieren sich zudem an den berufsständischen deutschen (Deutsches Institut für Interne Revision - DIIR) und internationalen Standards (Institute of Internal Auditors - IIA).

Die Revisionsplanung erfolgt risikoorientiert und wird jährlich, so auch 2021, im Revisionssystem aktualisiert. Sie beinhaltet die Prüfungsgebiete, die eine Kombination der Prüfungsthemen mit allen zu prüfenden Bereichen und Prozessen (Prüfungsuniversum) darstellen. Im Zuge der Planung werden auch Kapazitäten für außerplanmäßige Revisionsprüfungen vorgehalten.

Anti-FRAUD-Management, die Abwehr strafbarer und arglistiger Angriffe auf das Gesellschaftsvermögen, hat auch in der R+V Gruppe Bedeutung. Seitens der Konzern-Revision wird das Thema Anti-FRAUD-Management seit mehreren Jahren koordiniert und im Unternehmen vorangetrieben.

## B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die versicherungsmathematische Funktion (VMF) ist in erster Linie mit Kontrollaufgaben im Hinblick auf die ordnungsgemäße Bildung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht betraut. Neben dieser Kontrolltätigkeit nimmt die VMF weitere Aufgaben wahr. Dies umfasst unter anderem eine Stellungnahme zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik sowie zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen und die Unterstützung der Risikomanagementfunktion im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung.

Die VMF erstellt einmal pro Jahr einen schriftlichen Bericht über die wesentlichen Erkenntnisse ihrer Aufgaben, der dem Vorstand vorgelegt wird. Zusätzlich berichtet die VMF bei Bedarf anlassbezogen an den Vorstand.

Die VMF ist so eingerichtet, dass sie frei von Einflüssen ist, die eine objektive, faire und unabhängige Aufgabenerfüllung beeinträchtigen können. Sie verfügt über eigene Mitarbeiter, die nur der verantwortlichen Person für die VMF unterstellt sind.

Die VMF ist gleichrangig und gleichberechtigt neben den anderen Schlüsselfunktionen, ohne dass diese gegenseitig weisungsbefugt sind. Um die geforderte Trennung von Berechnung und Validierung der versicherungstechnischen Rückstellungen sicherzustellen, ist die Durchführung der Validierung der versicherungstechnischen Rückstellungen durch die VMF jeweils organisatorisch von der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen getrennt.

Zur Abstimmung von gruppenweiten Vorgaben besteht ein gemeinsames Gremium der Versicherungsmathematischen Funktionen der R+V Gruppe („VMF-Komitee“). Daneben finden regelmäßig Gespräche mit der Funktion der internen Revision, der Compliance-Funktion sowie der Risikomanagementfunktion statt.

## B.7 Outsourcing

Das Solvency II-Recht enthält aufsichtsrechtliche Anforderungen für bestimmte Dienstleistungsverträge, mit denen das Unternehmen Tätigkeiten an andere Unternehmen auslagert. Welche Pflichten für den jeweiligen Ausgliederungsvorgang zu erfüllen sind, hängt davon ab, in welche Kategorie der Vertrag einzuordnen ist. Aufsichtsrechtlich relevant sind nur ein Teil der Ausgliederungsvorgänge, also nur Verträge über die Ausgliederung einer „Funktion“ oder „wichtigen Funktion“, einer „Versicherungstätigkeit“ oder „wichtigen Versicherungstätigkeit“ oder einer „Schlüsselfunktion“. Für Verträge, die eine Funktion bzw. Versicherungstätigkeit ausgliedern, werden bestimmte Pflichtinhalte in die Ausgliederungsverträge aufgenommen (u.a. Weisungs- und Kontrollrechte des ausgliedernden Unternehmens und der Aufsicht) und die Verträge ins Risikomanagement mit einbezogen. Bei Ausgliederung einer Schlüsselfunktion wird zusätzlich ein Ausgliederungsbeauftragter bestimmt, der den Dienstleister überwacht sowie Eignung und Zuverlässigkeit der betroffenen Mitarbeiter des Dienstleisters sichergestellt.

Die interne und externe Ausgliederung von Tätigkeiten bietet Qualitäts- und Kostenvorteile. Dabei zieht die Ausgliederung aber auch verschiedene, ausgliederungsspezifische Risiken nach sich, die identifiziert, analysiert und von einem angemessenen Risikomanagement begleitet werden.

Der Ausgliederungsprozess besteht – sowohl für externe als auch für interne Ausgliederungsvorgänge – aus vier Phasen:

- › Prüfungs- und Auswahlphase
- › Verhandlung und Vertragsabschluss
- › Laufender Vertrag
- › Beendigung und Abwicklung

In jeder dieser Phasen sind Vorgaben definiert, die zum großen Teil davon abhängen, wie der Ausgliederungsvertrag aufsichtsrechtlich zu klassifizieren ist.

Für die RVA wurden folgende wichtige Funktionen bzw. Versicherungstätigkeiten extern ausgegliedert:

- › Betrieb der Telekommunikations- und Teile der IT-Infrastruktur
- › Bereitstellung Cloudlösung Microsoft 365
- › Bereitstellung Cloudlösung CRM Softwareplattform Salesforce

Darüber hinaus wurden folgende wichtige Funktionen bzw. Versicherungstätigkeiten der RVA intern an Gesellschaften der R+V Gruppe ausgegliedert:

- › Vermögensanlage inklusive zentraler Gelddisposition/Finanzclearing, Vermögensverwaltung, Finanzplanung
- › Aktuarielle Dienstleistungen im Rahmen der Unfallversicherung
- › Gesellschaftsübergreifende Koordination des Rechnungswesens
- › Gesellschaftsübergreifendes Controlling (einschließlich zentralem Ausgliederungscontrolling für ausgegliederte Schlüsselfunktionen)
- › Rückversicherungsbetreuung
- › Compliance Funktion
- › Interne Revision
- › Risikomanagement-Funktion
- › Ausgliederung der Schadenbearbeitung in der Sparte Rechtsschutz

Die Dienstleister sind in der Bundesrepublik Deutschland ansässig.

## B.8 Bewertung des Governance-Systems

In der Governance-Leitlinie „Interne Revision (Einzelgesellschaften)“ hat der Vorstand die Konzern-Revision beauftragt, eine Überprüfung der Geschäftsorganisation (Governance) im Rahmen von § 23 Abs. 2 VAG durchzuführen. Der Umfang der Überprüfung richtet sich insbesondere nach den Anforderungen der §§ 23 – 32 VAG (auf Gruppenebene jeweils in Verbindung mit § 275 VAG). Die Überprüfung der Geschäftsorganisation (Governance) nach § 23 Abs. 2 VAG wurde in 2021 durch die Konzern-Revision vorgenommen. Der Revisionsbericht wurde an alle Vorstände der deutschen Versicherungsgesellschaften der R+V-Gruppe verteilt.

Die Ergebnisse aus der revisionsseitigen Überprüfung der Geschäftsorganisation (Governance) ließen auf ein angemessenes und wirksames Governance-System schließen. Aus der zusammenfassenden Bewertung aller Erkenntnisquellen ergab sich für die Revision, dass im geprüften Zeitraum die Geschäftsorganisation und die Unternehmenssteuerung im Einklang mit der Geschäftsstrategie und der Risikostrategie des Unternehmens standen.

Die von der BaFin im Rahmen von § 23 Abs. 2 VAG geforderte zukunftsgerichtete Gesamtbewertung des Governance-Systems (inkl. der Konzern-Revision als dessen Bestandteil) erfolgte durch den Vorstand. Der Vorstand kam bei dieser zukunftsgerichtete Gesamtbewertung des Governance-Systems, auch gestützt auf die Prüfungsergebnisse der Revision, zu dem Ergebnis, dass die Geschäftsorganisation und die Unternehmenssteuerung im Einklang mit der Geschäftsstrategie und der Risikostrategie des Unternehmens waren.

---

**Sonstige Angaben**

---

## **B.9 Sonstige Angaben**

Im Berichtszeitraum lagen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

## C Risikoprofil

Im Risikoprofil der RVA werden die Risiken erfasst, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist.

Ausgangspunkt ist die Identifikation und Dokumentation sämtlicher für das Unternehmen vorhandener Risiken. Alle identifizierten Risiken werden im Rahmen der Wesentlichkeitsprüfung anhand qualitativer Kriterien eingeschätzt und als wesentlich oder nicht wesentlich eingestuft.

Die Ergebnisse der Risikoidentifikation und der Wesentlichkeitseinstufung werden im Risikoprofil dargestellt. Das Risikoprofil enthält somit alle wesentlichen und unwesentlichen Risiken.

Die RVA bewertet ihre Risiken zur Messung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen mittels der Standardformel (siehe Kapitel E.2). Das Modell folgt einem Value-at-Risk Ansatz über einen einjährigen Horizont zu einem Sicherheitsniveau von 99,5%.

Die regelmäßig durchgeführten Stresstests setzen sich aus zwei verschiedenen Stresstestarten zusammen. Es werden makroökonomische Stresstests und hypothetische Stresstests berechnet. Bei den makroökonomischen Stresstests handelt es sich um risikoartenübergreifende Stresstests, in denen mehrere Risikofaktoren und Bewertungsparameter in verschiedenen Risikoarten simultan verändert werden. Die hypothetischen Stresstests hingegen sind sogenannte risikoartenspezifische Stresstests, in denen jeweils nur ein Risikoparameter verändert wird.

Nachfolgend ist die Risikoexponierung der RVA zum Stichtag gemäß den aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen dargestellt:

### SCR / MCR

	BRUTTO 2021	NETTO 2021
	in TEuro	in TEuro
Marktrisiko	2.009.697	1.946.434
Gegenparteiausfallrisiko	76.494	75.565
Lebensversicherungstechnisches Risiko	27.743	16.243
Krankenversicherungstechnisches Risiko	212.469	212.469
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	3.056.912	3.056.912
Diversifikation	-1.251.572	-1.221.432
Risiko immaterielle Vermögenswerte	0	0
<b>Basissolvenzkapitalanforderung</b>	<b>4.131.743</b>	<b>4.086.192</b>
Operationelles Risiko		174.625
Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	-45.551	
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern		-1.073.384
<b>Solvenzkapitalanforderung</b>		<b>3.187.432</b>
<b>Mindestkapitalanforderung</b>		<b>1.031.790</b>

### C.1 Versicherungstechnisches Risiko

#### Risikoexponierung

Die RVA ist ein Mehrspartenversicherer im Bereich Schaden-/Unfallversicherungen. Aufgrund dieses Geschäftsmodells wurde für die Gesellschaft das Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko mit allen Submodulen identifiziert. Da die Submodule Prämien- und Reserverisiko sowie Katastrophenrisiko Nichtleben als wesentlich eingestuft werden, ist das Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko der RVA gesamthaft als wesentlich einzustufen.



---

**Versicherungstechnisches Risiko**


---

## Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko

### Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko

Risiken	Beschreibung	Einstufung
<b>Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko</b>	Das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko bezeichnet die Gefahr, die sich aus der Übernahme von Nicht-Lebensversicherungsverpflichtungen ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts.	<b>Wesentlich</b>
Prämien- und Reserverisiko	Das Prämien- und Reserverisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse und in Bezug auf das Eintreten und den Betrag der Schadenabwicklung ergibt.	Wesentlich
Katastrophenrisiko Nichtleben	Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer signifikanten Ungewissheit in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Rückstellungsbildung für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse ergibt.	Wesentlich
Stornorisiko	Das Stornorisiko beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Storno-, Kündigungs-, Verlängerungs- und Rückkaufsrate von Versicherungspolice ergibt.	Nicht wesentlich

#### Prämien- und Reserverisiko

Prämien sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen so kalkuliert, dass die eingenommenen Prämien zur Deckung der zukünftig anfallenden Schäden und Kosten ausreichen. Um die zukünftigen Verpflichtungen für bereits im Bestand befindliche Verträge darzustellen, werden mit Hilfe aktuarieller Verfahren Prämienrückstellungen gebildet. Zur Darstellung der zukünftigen Verpflichtungen aus bereits eingetretenen Schadenfällen werden Schadenrückstellungen gebildet.

Die Möglichkeit der zufälligen Abweichung von den Annahmen bei der Preisfestlegung wie auch bei der Bildung der Schadenrückstellungen ist ein inhärentes Risiko eines Schaden-/Unfallversicherers. Aus diesem Grund wird das Prämien- und Reserverisiko der RVA als wesentlich eingestuft.

#### Katastrophenrisiko Nichtleben

Ein Katastrophenereignis bei einem Versicherungsunternehmen ist dadurch charakterisiert, dass ein Schadenereignis im Gegensatz zu Einzelschadenfällen sehr viele Versicherungsnehmer gleichzeitig trifft. Beim Katastrophenrisiko Nichtleben werden die folgenden Risiken unterschieden:

- › Naturkatastrophenrisiko: Dieses kann sich in allen Versicherungszweigen realisieren, die eine Elementardeckung anbieten. Die Gefahren Sturm, Hagel, Erdbeben und Überschwemmung sind bei der RVA potentiell risikoreiche Gefahren
- › Von Menschen verursachte Katastrophen (Man-Made-Risiko): Für das Risikoprofil der RVA sind Man-Made-Risiken aus den Geschäftsbereichen Kraftfahrt-Haftpflicht, Haftpflicht, Luftfahrt, Feuer, Seefahrt sowie Kredit und Kautions relevant
- › Sonstige Katastrophen
- › Katastrophen aus nicht-proportionalen Sachrückversicherung

Die RVA ist ein Mehrspartenversicherer und aufgrund der Vielfalt der Geschäftssegmente diesen Risiken ausgesetzt. Durch den oben beschriebenen Charakter eines Katastrophenereignisses kann der dadurch entstehende Schaden in ungünstigen Fällen immens sein. Aufgrund der potentiell hohen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis wird das Katastrophenrisiko als wesentliches Risiko eingestuft.

#### Krankenversicherungstechnisches Risiko

Die RVA ist ein Schaden-/Unfallversicherer und betreibt die Versicherungszweige Unfallversicherung mit und ohne Beitragsrückgewähr. Daher wurde für die Gesellschaft das Krankenversicherungstechnische Risiko identifiziert. Da die Submodule Krankenversicherungstechnisches Risiko nAd Nichtleben und Katastrophenrisiko Krankenversicherung als wesentlich eingestuft werden, ist das Krankenversicherungstechnische Risiko der RVA auch gesamthaft als wesentlich einzustufen.

## Krankenversicherungstechnisches Risiko

Risiken	Beschreibung	Einstufung
<b>Krankenversicherungstechnisches Risiko</b>	Das Krankenversicherungstechnische Risiko bezeichnet die Gefahr, die sich aus der Übernahme von Kranken- und Unfallversicherungsverpflichtungen ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts.	<b>Wesentlich</b>
Krankenversicherungstechnisches Risiko nAd Leben	Das Krankenversicherungstechnische Risiko nAd Leben bezeichnet die Gefahr, die sich aus der Übernahme von Kranken- und Unfallversicherungsverpflichtungen nach Art der Lebensversicherung ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts.	Nicht wesentlich
Krankenversicherungstechnisches Risiko nAd Nichtleben	Das Krankenversicherungstechnische Risiko nAd Nichtleben bezeichnet die Gefahr, die sich aus der Übernahme von Kranken- und Unfallversicherungsverpflichtungen nach Art der Schadenversicherung ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts.	Wesentlich
Katastrophenrisiko Krankenversicherung	Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer signifikanten Ungewissheit in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Rückstellungsbildung für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse ergibt.	Wesentlich

### Krankenversicherungstechnisches Risiko nAd Nichtleben

Aus dem Risikoteil der oben genannten Versicherungszweige können Schäden resultieren, die keine anerkannten Rentenfälle sind. Diese ähneln in ihren Eigenschaften nichtlebensversicherungstechnischen Verbindlichkeiten und sind gleichartigen Risiken ausgesetzt. Für die RVA wird daher das Krankenversicherungstechnische Risiko nAd Nichtleben identifiziert.

Als Bestandteile sind die folgenden Risiken ausgemacht worden:

- › Prämien- und Reserverisiko
- › Stornorisiko

Die Möglichkeit der zufälligen Abweichung von den Annahmen bei der Preisfestlegung wie auch bei der Bildung der Schadenrückstellungen ist ein inhärentes Risiko für Schaden-/Unfallversicherer.

Das Risikopotential einzelner Verträge geht maßgeblich mit der Vertragslaufzeit einher. Verträge mit einer einjährigen Laufzeit unterliegen nur einem geringen Stornorisiko, insbesondere im Vergleich zu Mehrjahresverträgen. Die RVA hat mehrheitlich Unfallversicherungsverträge mit einer Laufzeit von maximal einem Jahr im Portfolio.

Das Krankenversicherungstechnische Risiko nAd Nichtleben wird insgesamt als wesentlich eingestuft.

### Katastrophenrisiko Krankenversicherung

Ein Katastrophenereignis bei einem Versicherungsunternehmen ist dadurch charakterisiert, dass ein Schadenereignis im Gegensatz zu Einzelschadenfällen sehr viele Versicherungsnehmer gleichzeitig treffen kann. Es werden die Risiken Massenunfallrisiko und Unfallkonzentrationsrisiko unterschieden.

Die RVA ist aufgrund des Risikoteils der Unfallversicherung mit und ohne Beitragsrückgewähr diesen Risiken ausgesetzt. Durch den beschriebenen Charakter eines Katastrophenereignisses kann der dadurch entstehende Schaden in ungünstigen Fällen immens sein. Aufgrund der potentiell hohen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis wird das Katastrophenrisiko Krankenversicherung als wesentliches Risiko eingestuft.

## Lebensversicherungstechnisches Risiko

Das Lebensversicherungstechnische Risiko wird für die RVA identifiziert und als nicht wesentlich eingestuft. Es wurden das Sterblichkeits-, das Langlebigkeits-, das Storno-, das Lebensversicherungskatastrophen-, das Lebensversicherungskosten- und das Revisionsrisiko für die RVA identifiziert. Da alle Submodule als nicht wesentlich eingestuft werden, ist das Lebensversicherungstechnische Risiko der RVA auch gesamthaft als nicht wesentlich einzustufen.

---

**Versicherungstechnisches Risiko**


---

## Risikominderungstechniken / Risikosteuerung

Die Steuerung des Prämien- und Reserverisikos erfolgt durch eine gezielte Risikoselektion, eine risikogerechte Tarif- und Produktgestaltung sowie durch ertragsorientierte Zeichnungsrichtlinien. Zur Aufrechterhaltung eines ausgewogenen Risikoprofils achtet die RVA bei großen Einzelrisiken auf adäquaten Rückversicherungsschutz. Durch den Einsatz von Planungs- und Steuerungsinstrumenten wird das Management frühzeitig in die Lage versetzt, unerwartete oder gefährliche Bestands- und Schadenentwicklungen zu erkennen und mit entsprechenden Maßnahmen der veränderten Risikosituation begegnen zu können. Um die genannten Risiken beherrschbar zu machen, unterliegt die Preisfindung einer genauen Kalkulation unter Verwendung mathematisch-statistischer Modelle.

Zur Risikominderung in der Versicherungstechnik kauft die RVA obligatorischen und fakultativen Rückversicherungsschutz ein, formuliert Risikoausschlüsse und gestaltet risikogerechte Selbstbehalt-Modelle. Im Zusammenhang mit Rückversicherungsentscheidungen erfolgt eine regelmäßige Überwachung der Risikotragfähigkeit. Daraus leiten sich Rückversicherungsstrukturen und Haftungsstrecken ab.

## Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen entstehen durch das Eingehen von einzelnen Risiken oder stark korrelierten Risiken, welche durch ein hohes Schaden- und Ausfallpotenzial gekennzeichnet sind.

Gegenstand regelmäßiger Analysen des Versicherungsbestands, die unter anderem mit Hilfe des Geoinformationssystems ZÜRS durchgeführt werden, sind Risikokonzentrationen und deren Veränderung im Zeitablauf. Die Nutzung geografischer Diversifikation und der Einsatz von Zeichnungsrichtlinien bilden die Basis der Steuerung des Risikos aus Naturkatastrophen.

Durch ein prospektives Limitsystem prüft die RVA, ob vorgegebene Limite für das Risiko aus Naturkatastrophen eingehalten werden.

## Risikosensitivitäten/-stresse

Für das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko erfolgt eine Stressbetrachtung der erwarteten Inflation in der Schadenabwicklung. Im Prämien- und Reserverisiko sind die Rückstellungen der treibende Input zur Berechnung des Risikos. Aus diesem Grund wird für den hypothetischen Stresstest der Versicherungstechnik bei der Schadenerwartung eine zusätzliche Schadeninflation pro Jahr angenommen.

Im versicherungstechnischen Stresstest (Inflation) sinkt das Stornorisiko um 11.832 TEuro, das Prämien- und Reserverisiko steigt um 40.848 TEuro an. Insgesamt steigt das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko um 31.947 TEuro. Das SCR steigt deutlicher um 125.245 TEuro an, im Wesentlichen aufgrund eines Rückgangs der Risikoabsorption durch latente Steuern. Die versicherungstechnischen Rückstellungen steigen um 313.728 TEuro, sodass die Eigenmittel sich um -202.825 TEuro verändern.

Zusätzlich zu dem genannten Stresstest wird ein Naturkatastrophenstress simuliert. Es handelt sich hierbei um einen Stress der Sach-Versicherungssummen im Naturkatastrophenrisiko anhand des Baupreisindex.

Im versicherungstechnischen Stresstest (Naturkatastrophen) steigt das Katastrophenrisiko um 563.479 TEuro, das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko steigt um insgesamt 466.196 TEuro. Das SCR steigt in Folge um 428.035 TEuro. Die versicherungstechnischen Rückstellungen steigen um 43.845 TEuro, sodass sich die Eigenmittel um insgesamt um -30.004 TEuro verändern.

Im Ergebnis sinkt die Risikotragfähigkeit in beiden Stresstests um 13 %- bzw. 21 %-Punkte. Die Risikotragfähigkeit der RVA ist auch unter diesen Szenarien ausreichend sichergestellt ist.

## Bedeckungsquote im Stresstest

	Vor Stress	Inflation	Naturkatastrophen
31.12.2021			
<b>Bedeckungsquote</b>	174,0%	161,3%	152,6%

Im Rahmen der Stresstestberechnungen wurden keine weitergehenden risikoreduzierenden oder eigenmittelerhöhenden Maßnahmen berücksichtigt, welche die Gesellschaft bei Eintritt eines solcher Szenarien ergreifen würde. Grundsätzlich ist aktuell keine Gefährdung der Risikotragfähigkeit zu erkennen, sodass keine Maßnahmen erforderlich sind.

## C.2 Marktrisiko

### Risikoexponierung

#### Risikoexponierung

Risiken	Beschreibung	Mapping zu den Solvency II- Modulen	Einstufung
<b>Marktrisiko</b>	Das Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, die sich aus Schwankungen in der Höhe oder in der Volatilität der Marktpreise von Finanzinstrumenten ergibt, die den Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unternehmens beeinflussen. Es spiegelt zudem die strukturelle Inkongruenz zwischen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten insbesondere im Hinblick auf deren Laufzeit wider.		<b>Wesentlich</b>
Zinsrisiko	Das Zinsrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Zinskurve oder in Bezug auf die Volatilität der Zinssätze.	Zinsrisiko	Wesentlich
Aktienrisiko	Das Aktienrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Aktien.	Aktienrisiko	Wesentlich
Immobilienrisiko	Das Immobilienrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Immobilien.	Immobilienrisiko	Wesentlich
Spreadrisiko	Das Spreadrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Credit-Spreads über der risikofreien Zinskurve. Dabei setzt sich dieser Spread im Allgemeinen aus verschiedenen Komponenten zusammen (z.B. Prämien für potentielle Ausfälle, steuerliche Aspekte und eingeschränkte Liquidität/Fungibilität).	Spreadrisiko	Wesentlich
Währungsrisiko	Das Währungsrisiko beschreibt die Sensitivität der Werte von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Wechselkurse.	Währungsrisiko	Wesentlich
Beteiligungsrisiko	Beteiligungsrisiko bezeichnet das Risiko, dass sich aus Wertveränderungen des Beteiligungsportfolios ergibt.	Aktienrisiko	Wesentlich
Nicht-Erreichen der vereinbarten Bestandsverzinsung (Zinsgarantierisiko)	Das Zinsgarantierisiko bezeichnet das Risiko, dass die bei Vertragsabschluss vereinbarte garantierte Mindestverzinsung nicht dauerhaft auf dem Kapitalmarkt erwirtschaftet werden kann.	Marktrisiko	Wesentlich

Die RVA stellt mit fast 12 % des Kapitalanlagevolumens eine bedeutende Gesellschaft der R+V dar.

Die Anlagepolitik der Gesellschaft trägt durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen dem Ziel der Risikoverminderung in besonderem Maße Rechnung. Dies führt in der Folge dazu, dass bei der RVA alle im Marktrisiko auftretenden Submodule in signifikantem Umfang vorhanden sind. Einen besonderen Anlageschwerpunkt bilden Kapitalanlagen in festverzinsliche Wertpapiere.

Für die Gesellschaft spielt das Zinsrisiko im Vergleich zu den versicherungstechnischen Risiken eine eher untergeordnete Rolle. Der in der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr zu erwirtschaftende Garantiezins kann bei einem anhaltenden Zinstief und engen Credit-Spreads die R+V vor zusätzliche Herausforderungen stellen. Daher wird dieses Risiko für die RVA als wesentlich eingestuft.

Bei der RVA werden Aktien im Rahmen einer langfristigen Anlagestrategie zur Sicherstellung der Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern genutzt. Es besteht nicht der Anspruch, aus den kurzfristigen Schwankungen durch Realisierungen Gewinne zu erzielen.

Währungsrisiken aus in Fremdwährungen gehaltenen Kapitalanlagen und Immobilienrisiken sind für die RVA ebenfalls aufgrund der absoluten und relativen Höhe dieser Investments als wesentlich einzustufen.

**Marktrisiko**

Als bedeutende Konzerngesellschaft hält die RVA auch Anteile an strategischen Beteiligungen des Konzerns.

Das Beteiligungsrisiko der RVA ist aufgrund der absoluten und der relativen Höhe der von der Gesellschaft gehaltenen Beteiligungen als wesentlich einzustufen.

Für Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr, die eine Garantieverzinsung beinhalten, besteht das Risiko, dass die bei Vertragsabschluss vereinbarte garantierte Mindestverzinsung nicht dauerhaft auf dem Kapitalmarkt erwirtschaftet werden kann (Zinsgarantierisiko). Aufgrund der langen Vertragsdauern ergibt sich das Risiko negativer Abweichungen von den Kalkulationsannahmen über die Laufzeit der Verträge. Wesentliche Ursachen sind dabei die Änderung des gesamten Kapitalmarktumfelds sowie die Laufzeitinkongruenz von Kapitalanlagen und Versicherungsverträgen.

## Risikominderungstechniken / Risikosteuerung

Die Steuerung der Risiken aus der Kapitalanlage erfolgt innerhalb der von EIOPA vorgegebenen Leitlinien, der Vorschriften des VAG, der aufsichtsrechtlichen Rundschreiben und der internen Anlagerichtlinien. Die Einhaltung der internen Regelungen in der Risikomanagement-Leitlinie für das Anlagerisiko sowie der weiteren aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze und Regelungen wird bei der RVA durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kontrollverfahren, eine perspektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen sichergestellt. Dabei umfasst die Steuerung der Risiken sowohl ökonomische als auch bilanzielle Aspekte. Auf organisatorischer Ebene begegnet die RVA Anlagerisiken durch eine strikte funktionale Trennung von Anlage, Abwicklung und Controlling.

Die RVA nimmt fortlaufend Erweiterungen und Verfeinerungen des Instrumentariums zur Risikoidentifikation, -bewertung und -analyse bei der Neuanlage und der Beobachtung des Anlagebestands vor, um den Veränderungen an den Kapitalmärkten zu begegnen und Risiken frühzeitig zu erkennen, zu begrenzen oder zu vermeiden.

Kapitalanlagerisiken begegnet die RVA grundsätzlich durch Beachtung des Prinzips einer möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität, um die Qualität des Portfolios zu gewährleisten. Durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen trägt die Anlagepolitik der RVA dem Ziel der Risikoverminderung in besonderem Maße Rechnung.

Bei der R+V werden regelmäßige Untersuchungen zum Asset-Liability-Management durchgeführt. Mithilfe von Stresstests und Szenarioanalysen wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft. Insbesondere werden Auswirkungen eines lang anhaltenden niedrigen Zinsniveaus sowie volatiler Kapitalmärkte systematisch geprüft.

## Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen sind Ansammlungen von Einzelrisiken, die aufgrund hoher Abhängigkeiten bzw. verwandter Wirkungszusammenhänge mit deutlich erhöhter Wahrscheinlichkeit gemeinsam schlagend werden. Die Abhängigkeiten und die Verwandtschaft der Wirkungszusammenhänge offenbaren sich teilweise erst in Krisensituationen.

Nach § 124 VAG müssen Versicherungsunternehmen ihre gesamten Vermögenswerte nach dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht anlegen. Zu den gesetzlichen Anforderungen dieses Grundsatzes gehört auch:

- › Anlagen sind in angemessener Weise so zu mischen und zu streuen, dass eine übermäßige Abhängigkeit von einem bestimmten Vermögenswert oder Emittenten oder von einer bestimmten Unternehmensgruppe oder einem geografischen Raum und eine übermäßige Risikokonzentration im Portfolio als Ganzem vermieden werden und
- › Vermögensanlagen bei demselben Emittenten oder bei Emittenten, die derselben Unternehmensgruppe angehören, dürfen nicht zu einer übermäßigen Risikokonzentration führen.

Die R+V hat diese Anforderungen aus dem VAG weiter konkretisiert in ihrer Risikomanagementleitlinie für das Anlagerisiko. Dort sind insbesondere die quantitativen Beschränkungen zur Mischung sowie die schuldnerbezogenen Beschränkungen zur Streuung festgelegt.

Im Sinne einer weiteren Detaillierung werden die Grundsätze aus der Risikomanagementleitlinie für das Anlagerisiko durch spezielle Richtlinien ergänzt, die Vorgaben und Bestimmungen zu einzelnen Anlageklassen beinhalten. Im Rahmen dieser speziellen Richtlinien sind weitere spezifische quantitative und schuldnerbezogene Beschränkungen für die jeweilige Anlageform definiert.

Die Umsetzung dieser Normen bei Kapitalanlagen führt dazu, dass das Versicherungsunternehmen eine weitgehende Diversifizierung der Anlagerisiken beachtet und somit Risikokonzentrationen weitgehend vermieden werden.

## Risikosensitivitäten/-stresse

Für das Marktrisiko werden seitens der RVA diverse hypothetische Stresstests durchgeführt, um die Auswirkungen eines Stresses einer einzelnen Risikoart auf die Risikotragfähigkeit der RVA zu analysieren. Diese hypothetischen Stresstests für das Marktrisiko umfassen dabei die Subrisikokategorien Zinsrisiko, Spreadrisiko sowie Aktienrisiko. Die Veränderungen in der Höhe des Risikokapitals werden netto ausgewiesen. Die Entwicklung der zukünftigen Überschussbeteiligung sowie der Verlustabsorptionsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen sind entsprechend berücksichtigt.

Im Hinblick auf das Zinsrisiko wird eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve +/- 100 Basispunkte simuliert. Bei diesen Zinsszenarien wird ein Auf- bzw. Abschlag auf die momentane Swapzinskurve vorgenommen.

Durch die Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 100 Basispunkte nach oben sinkt das Marktrisiko um 96.302 TEuro. Der Rückgang des Risikokapitals für das Marktrisiko resultiert aus einem Rückgang des Zinsrisikos um 76.871 TEuro in Verbindung mit einem Rückgang des Spreadrisikos um 76.681 TEuro. Das SCR sinkt insgesamt um 89.492 TEuro, im Wesentlichen aufgrund des Rückgangs im Marktrisiko. Die versicherungstechnischen Rückstellungen sinken um 482.888 TEuro. Die Eigenmittel verändern sich insgesamt um -538.035 TEuro. Im Ergebnis sinkt die Risikotragfähigkeit um 12 %-Punkte.

Im entgegengesetzten Szenario, Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 100 Basispunkte nach unten, steigt das Marktrisiko um 119.103 TEuro. Der Anstieg des Risikokapitals für das Marktrisiko folgt im Wesentlichen einem Anstieg des Zinsrisikos sowie des Spreadrisikos um 115.183 TEuro bzw. um 87.196 TEuro. Das SCR steigt um 105.284 TEuro, im Wesentlichen aufgrund des Anstiegs im Marktrisiko. Die versicherungstechnischen Rückstellungen steigen um 571.834 TEuro. Die Eigenmittel verändern sich insgesamt um 636.909 TEuro. Die Bedeckungsquote steigt im Stress um 14 %-Punkte.

Das Aktienrisiko wird durch einen weltweiten Aktienkursrückgang gestresst.

Durch den simulierten Schock am Aktienmarkt sinkt das Marktrisiko um 262.197 TEuro. Dies resultiert im Wesentlichen aus einem Rückgang des Aktienrisikos um 282.265 TEuro. Das SCR sinkt um 153.608 TEuro. Die versicherungstechnischen Rückstellungen sinken um 22.908 TEuro. Die Eigenmittel verändern sich insgesamt um -627.725 TEuro, im Wesentlichen aufgrund eines Rückgangs der Marktwerte der Kapitalanlagen. Im Ergebnis sinkt die Risikotragfähigkeit aus diesem Grund um 12 %-Punkte.

Für das Spreadrisiko erfolgt die Simulation eines Anstiegs der Creditspreads in den Segmenten Bank und Corporate. Der Creditspread-Stresstest ist dabei als rein aktivseitiger Stresstest konzipiert.

Im Ergebnis führen die gestiegenen Creditspreads hauptsächlich zu einem Rückgang des Spreadrisikos um 82.728 TEuro. Dies führt insgesamt zu einem Rückgang des Marktrisikos um 68.397 TEuro im Wesentlichen aufgrund des Rückgangs im Spreadrisiko. Das SCR steigt dagegen um 27.870 TEuro, im Wesentlichen aufgrund eines Rückgangs der Risikoabsorption durch latente Steuern. Die versicherungstechnischen Rückstellungen sinken um 21.732 TEuro. Die Eigenmittel verändern sich insgesamt um -539.273 TEuro, im Wesentlichen aufgrund eines Rückgangs der Marktwerte der Kapitalanlagen, was die Bedeckungsquote im Stress um 18 %-Punkte sinken lässt.

## Bedeckungsquote im Stresstest

	Vor Stress	Zinsanstieg, 100BP	Zinsrückgang, 100 BP	Aktienkurs- rückgang	Spreadanstieg Bank, Corporate
31.12.2021					
<b>Bedeckungsquote</b>	174,0%	161,7%	187,8%	162,1%	155,7%

Bei den oben gezeigten Stresstests des Marktrisikos zeigt die Gesellschaft eine ausreichende Risikotragfähigkeit. Im Rahmen der Stresstestberechnungen wurden keine weitergehenden risikoreduzierenden oder eigenmittelerhöhenden Maßnahmen berücksichtigt, welche die Gesellschaft bei Eintritt eines solcher Szenarien ergreifen würde. Grundsätzlich ist aktuell keine Gefährdung der Risikotragfähigkeit zu erkennen, sodass keine Maßnahmen erforderlich sind.

## Kreditrisiko

## C.3 Kreditrisiko

### Risikoexponierung

#### Risikoexponierung

Risiken	Beschreibung	Mapping zu den Solvency II-Modulen	Einstufung
<b>Kreditrisiko</b>	Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten aus dem Ausfall von Gegenparteien (Kreditnehmer, Emittenten, Kontrahenten und Rückversicherungsunternehmen) sowie aus der Migration der Bonität dieser Adressen.		<b>Wesentlich</b>
<b>Ausfallrisiko</b>	Beim Ausfallrisiko handelt es sich um das Risiko, dass Verluste aus dem Ausfall von Gegenparteien entstehen. Darunter fallen:		Wesentlich
Kreditnehmer	- Kreditnehmer (Zinszahlungen und Forderungen),	Gegenparteausfallrisiko	Wesentlich
Emittenten	- Emittenten handelbarer Schuld-/Beteiligungstitel (Schuldverschreibungen, Aktien, Genussscheine o.ä.),	Spreadrisiko	Wesentlich
Aktien	- Kontrahenten (ggf. positive Marktwerte von Derivaten) oder	Aktienrisiko	Wesentlich
Kontrahenten	- Rückversicherungsunternehmen (Absicherung von Verbindlichkeiten)	Gegenparteausfallrisiko	Wesentlich
Rückversicherungsunternehmen		Gegenparteausfallrisiko	Wesentlich
<b>Migrationsrisiko</b>	Das Migrationsrisiko bildet die Gefahr von Wertverlusten ab, die durch eine Verschlechterung der Bonitätseinstufung (Ratingmigration) eines		Wesentlich
Emittenten	- Emittenten handelbarer Schuld-/Beteiligungstitel (Schuldverschreibungen, Genussscheine o.ä.), oder	Spreadrisiko	Wesentlich
Kontrahenten	- Kontrahenten (CVA-Risiko) entstehen. CVA (Credit Valuation Adjustment) stellt hierbei die Wertanpassung von außerbörslich gehandelten Derivaten für erwartete Verluste aus dem Ausfall einer Gegenpartei dar.	Gegenparteausfallrisiko	Wesentlich
<b>Verwertungsrisiko</b>	Das Verwertungsrisiko resultiert sowohl aus der Unsicherheit über die Verwertungsquote vorhandener Sicherheiten als auch aus der Unsicherheit über die Einbringungsquote (Recovery Rate) nach dem Ausfall von Gegenparteien.		Wesentlich
Kreditnehmer		Gegenparteausfallrisiko	Wesentlich
Emittenten		Spreadrisiko	Wesentlich

Kreditrisiken bestehen in einer möglichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Emittenten bzw. Schuldner und der daraus resultierenden Gefahr des teilweisen oder vollständigen Ausfalls von Forderungen oder bonitätsbedingter Wertminderungen. Die Kapitalanlage der Gesellschaft weist grundsätzlich eine hohe Bonität und eine solide Besicherungsstruktur auf. In den dominierenden Branchen Öffentliche Hand und Finanzsektor handelt es sich insbesondere um Forderungen in Form von Staatsanleihen und gesetzlich besicherten deutschen und europäischen Pfandbriefen.

Trotzdem sind aufgrund des hohen Anteils der festverzinslichen Wertpapiere am Gesamtbestand die damit verbundenen Risiken als wesentlich einzustufen.

Die RVA sichert ihr Geschäft in verschiedenen Sparten aus dem Bereich Schaden/Unfall durch Rückversicherungsverträge ab. Trotz spartenspezifischer Anforderungen an die Ratings der Gegenparteien sowie einer breiten Diversifikation des Risikos kann der Ausfall einer Gegenpartei nachhaltig negative Auswirkungen auf die finanzielle Lage der Gesellschaft nach sich ziehen, weshalb das Risiko aus Sicht der Gesellschaft als wesentlich eingeschätzt wird.

Bei der R+V bestehen umfangreiche Investments in Hypothekendarlehen sowie gewerbliche Immobilienfinanzierung. Teile dieses Bestandes werden von der RVA gehalten und stellen somit trotz der hinterlegten Sicherheiten ein wesentliches Risiko dar.

### Risikominderungstechniken / Risikosteuerung

Den Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer und an Versicherungsvermittler wird durch ein effektives Forderungsausfallmanagement begegnet. Zudem wird dem Forderungsausfallrisiko durch angemessene Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen, die nach den Erfahrungswerten aus der Vergangenheit ausreichend bemessen sind.

Das Ausfallrisiko für die Abrechnungsforderungen wird durch die ständige Überwachung der Standard & Poor's-Ratings und die sonstigen am Markt verfügbaren Informationsquellen begrenzt.

Um Kontrahenten- und Emittentenrisiken zu beurteilen, zieht die RVA zur Unterstützung die Einschätzungen internationaler Ratingagenturen heran, die durch eigene Bonitätsanalysen ergänzt werden. Für die wesentlichen Gegenparteien wird die Einhaltung der Limite fortlaufend überprüft. Die Auslastung der Limite und Einhaltung der Anlagerichtlinien wird regelmäßig überwacht.

### Risikokonzentrationen

Zum Umgang mit Risikokonzentrationen wird auf die Ausführungen zu Risikokonzentrationen innerhalb des Marktrisikos verwiesen.

### Risikosensitivitäten/-stresse

Für das Gegenparteiausfallrisiko der RVA ist lediglich die Ausfallwahrscheinlichkeit der Gegenpartei (Probability of Default) ein Risikofaktor. Im Gegenparteiausfallrisiko werden jedoch nur OTC Derivate (im Wesentlichen Devisentermingeschäfte und Swaps) betrachtet, deren Bestand aufgrund ihres geringen Volumens als immateriell eingestuft wird. Aus diesem Grund erfolgen keine Stresstests für das Gegenparteiausfallrisiko der RVA.

Stresstests für das Spreadrisiko, welches gemäß der internen Risikokategorisierung der Standardformel unter dem Marktrisiko geführt wird, sind entsprechend unter dem Marktrisiko in Kapitel C.2 beschrieben.

## C.4 Liquiditätsrisiko

Für eine Versicherung bedeutet Liquiditätsrisiko, dass das Unternehmen nicht in der Lage ist, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Das grundsätzliche Risiko von Marktwertverlusten, die auch durch Liquiditätseffekte verursacht werden können, wird jedoch bereits in den Modulen Zins-, Spread- und Aktienrisiko berücksichtigt und quantifiziert. Eine zusätzliche Kapitalunterlegung ist nicht erforderlich.

Um dem Liquiditätsrisiko zu begegnen, wird die Liquidität der R+V zentral gesteuert. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird eine integrierte Simulation zur Bestands- und Erfolgsentwicklung im Kapitalanlagebereich sowie zur Entwicklung der Cashflows durchgeführt. Basis der Steuerung ist der prognostizierte Verlauf aller wesentlichen Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und der allgemeinen Verwaltung.

Der „bei künftigen Prämien einkalkulierte erwartete Gewinn (EPIFP)“ zum Stichtag 31. Dezember 2021 beträgt 449.011 TEuro.

## C.5 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko wird für die RVA als wesentlich eingestuft.

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeiter- und systembedingten oder externen Vorfällen. Das operationelle Risiko umfasst auch Compliance- und Rechtsrisiken.

Für das operationelle Risiko werden Szenarien identifiziert. Zur Plausibilisierung der Szenarien sowie zur Früherkennung von möglichen negativen Entwicklungen wurden geeignete quantitative oder qualitative Indikatoren entwickelt und dem entsprechenden Szenario zugeordnet. Die Überprüfung der Szenarien findet jährlich statt.

## C.6 Andere wesentliche Risiken

### Länderrisiko

Das Länderrisiko umfasst die Gefahr, dass seitens einer ausländischen Regierung Restriktionen erlassen werden, die den Transfer von Finanzmitteln von Schuldner dieses Landes an ausländische Gläubiger untersagen. Für die RVA wurde dieses Risiko aufgrund existierender Investitionen außerhalb Deutschlands identifiziert. Aufgrund der Höhe der Investments ist dieses Risiko als wesentlich einzustufen. Durch die regulatorisch vorgeschriebene Verwendung von Emissionsratings werden Länderrisiken im engeren Sinn implizit in der Risikomessung der Standardformel (im Spread- und Gegenparteiausfallrisiko) berücksichtigt. Eine darüberhinausgehende Kapitalisierung von bilanziellen Risiken ist nicht erforderlich.



---



---

**Sonstige Angaben**


---



---

## Modellrisiko

Zur Risikomessung werden verschiedene Modelle eingesetzt. Durch den Einsatz dieser Modelle entsteht ein Risiko bezüglich der angemessenen Auswahl und Spezifikation (z.B. Unwägbarkeiten in der Parametrisierung). Aufgrund der Identifikation dieses Risikos in verschiedenen Modulen der Standardformel wird das Modellrisiko für die RVA als wesentlich eingeschätzt. Das Modellrisiko stellt im Wesentlichen das Meta-Risiko der Modellierung selbst dar. Die Angemessenheitsprüfung und der Validierungsprozess als Teile des ORSA-Prozesses sind Maßnahmen zur Begrenzung des Modellrisikos. Eine darüberhinausgehende Betrachtung und Quantifizierung des Modellrisikos als eigenständiges Risiko ist demnach nicht erforderlich.

## Strategisches Risiko

Bei der RVA wurde das strategische Risiko identifiziert. Um weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben, ist es für die Gesellschaft existenziell notwendig auf veränderte Rahmenbedingungen adäquat zu reagieren sowie ein aktives Kostenmanagement zu betreiben. Des Weiteren kann die verspätete oder ausbleibende Steuerung des eigenen Portfolios aufgrund Veränderungen der Marktpreise, Verhalten der Marktteilnehmer in Bezug auf die angebotene Produktpalette oder generellen Trends in der Versicherungsbranche ein strategisches Risiko darstellen. Hinsichtlich der Risikominderung aus Rückversicherung entsteht ein strategisches Risiko insbesondere daraus, dass sich grundsätzlich gegen die Absicherung entschieden werden kann oder die Platzierung der Risiken des Versicherungsunternehmens bei Rückversicherern nicht oder nur in unzureichender Form oder zu deutlich erhöhten Rückversicherungsprämien möglich ist. Aus diesen Gründen wird die Wesentlichkeit des strategischen Risikos festgestellt.

## Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko existiert für die RVA. Es ist wesentlich, da es für die Gesellschaft existenziell notwendig ist, sich einen guten Ruf gegenüber Kunden, Mitarbeitern/ Bewerbern, Öffentlichkeit/ Medien, Verbundpartnern/ Vertrieb, Aufsicht und Investoren/ Anteilseigner zu bewahren und damit weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben. Vor dem Hintergrund des durch neue Medien veränderten Kommunikationsverhaltens und der dadurch erhöhten Verbreitungsgeschwindigkeit von schlechten Unternehmensnachrichten, hat dieses Risiko stark an Bedeutung gewonnen.

## Inflationsrisiko

Das Inflations-/ Deflationsrisiko stellt die Sensitivität der Aktiva oder Passiva gegenüber Änderungen in der Inflationsstrukturkurve, insbesondere also gegenüber Inflationserwartungen sowie gegenüber Änderungen in der Volatilität der Inflationserwartungen dar.

Die Inflation/Deflation geht mit einer Veränderung des nominalen Zinsniveaus einher. Die Folgen eines inflationsbedingten Zinsanstiegs sind höhere Kapitalerträge aus der Neu-/ Wiederanlage sowie stille Lasten (AV) und Abschreibungen (UV) infolge sinkender Marktwerte. Ein deflationsbedingter Zinsrückgang führt zu niedrigeren Kapitalerträgen aus der Neu-/ Wiederanlage, Kapital-/ Zinsausfällen und Aktienkursrückgängen infolge von Bonitätsverschlechterungen sowie zu stillen Reserven infolge steigender Marktwerte. Diese dargestellten Folgen der Inflation/ Deflation für die Kapitalanlage werden in den Submodulen des Marktrisikos berücksichtigt und benötigen somit keine separate Betrachtung. Die von einem Inflationsschock induzierte Erhöhung der Betriebskosten für die Vermögensverwaltung fällt gering aus.

Der Betrag der Schadenabwicklung bzw. anfallende Kosten für die Verwaltung von Versicherungsverträge können infolge einer Inflation ansteigen. Das Risiko der negativen Veränderung von Schadenaufwänden und Kosten wird über das versicherungstechnische Risiko abgebildet. Eine Deflation ist für das versicherungstechnische Risiko nicht relevant, da sich in diesem Zusammenhang kein Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung der Versicherungsverbindlichkeit aufgrund des Betrags der Schadenabwicklung bzw. anfallenden Kosten für die Verwaltung von Versicherungsverträge ergibt. Eine zusätzliche Betrachtung in dieser Risikokategorie ist daher nicht erforderlich.

## C.7 Sonstige Angaben

Im Berichtszeitraum lagen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

## D Bewertung für Solvabilitätszwecke

Ziel ist das Aufstellen einer Bilanz mit Marktwerten oder marktkonsistent bewerteten Aktiva und Passiva (nachfolgend „Solvabilitätsübersicht“) im Sinne der Vorgaben von Solvency II (vergleiche §§ 74-88 VAG). In der Solvabilitätsübersicht sind Vermögenswerte und Verbindlichkeiten grundsätzlich mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bewerten.

In Bezug auf die Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gilt nach § 74 VAG:

- › Der beizulegende Zeitwert entspricht für Vermögenswerte dem Betrag, zu dem die Vermögenswerte zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden könnten.
- › Der beizulegende Zeitwert entspricht für Verbindlichkeiten dem Betrag, zu dem die Verbindlichkeiten zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern übertragen oder beglichen werden könnten. Eine Berichtigung der Bewertung, um die Bonität des Versicherungsunternehmens zu berücksichtigen, findet nicht statt.

Grundsätzlich besteht die Anforderung, verlässliche und beobachtbare Marktpreise anzusetzen, das heißt eine „mark to market“ Bewertung vorzunehmen. Ist dies nicht möglich, so werden konstruierte „Marktpreise“ unter Berücksichtigung aller vorhandenen Marktinformationen verwendet („mark to model“).

Für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die weder zu den versicherungstechnischen Rückstellungen noch zu den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen gehören, gilt weiterhin:

- › Ansatz und Bewertung erfolgen nach International Financial Reporting Standards (IFRS), sofern Konformität zu § 74 VAG nachweisbar ist.
- › Ist die Bewertung nach IFRS temporär beziehungsweise permanent nicht konsistent, so ist eine alternative, zu § 74 VAG konsistente Bewertungsmethode anzuwenden.
- › Einzelne Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind separat zu bewerten.

Die Bewertung erfolgt unter der Annahme der Unternehmensfortführung, also jeweils mit dem Going-Concern-Ansatz.

Für die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der genannten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ist seitens der Rechtsgrundlagen von Solvency II eine dreistufige Bewertungshierarchie vorgegeben. Level 1 sieht eine Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu Marktpreisen vor, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten notiert sind. Sofern die Kriterien von Level 1 nicht erfüllt sind, erfolgt eine Bewertung anhand direkt oder indirekt beobachtbarer Inputfaktoren, z.B. Marktpreisen ähnlicher Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die an aktiven Märkten notiert sind (Level 2). Fehlt es an direkt oder indirekt beobachtbaren Inputfaktoren, so sind in Level 3 der Bewertungshierarchie alternative Bewertungsmethoden heranzuziehen, um die beizulegenden Zeitwerte der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu bestimmen (z.B. Analystenschätzungen, Branchenstudien etc.).

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden ebenfalls gemäß Solvency II ökonomisch bewertet. Anstelle des Vorsichtsprinzips der deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung entspricht der angesetzte ökonomische Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen dem aktuellen Betrag, der bei einer Übertragung der Versicherungsverpflichtungen von einem auf das andere Unternehmen gezahlt würde.

Die Unterschiede zwischen der Bilanz gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) und der ökonomischen Solvabilitätsübersicht begründen sich im Wesentlichen durch ausweisteknische Unterschiede sowie durch abweichende Bewertungsmethoden. Beispiele für wesentliche Unterschiede sind hierbei stille Reserven oder Lasten bei der handelsrechtlichen Bewertung der Kapitalanlagen und die nach HGB vorsichtige Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen, die Bewertung von Investmentfonds sowie der Ausweis von einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen.

Die nachfolgenden Abschnitte geben eine quantitative und qualitative Beschreibung der zugrundeliegenden Bewertungsmethoden sowie Ergebnisse der Solvabilitätsübersicht der RVA einschließlich der wesentlichen Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Bilanzierung zum Stichtag. Die HGB-Vergleichsspalte beinhaltet die HGB-Werte in der nach Solvency II-Vorgaben umgegliederten Bilanzstruktur.

## D.1 Vermögenswerte

### Abgegrenzte Abschlusskosten

Ein Ansatz der abgegrenzten Abschlusskosten ist unter Solvency II grundsätzlich nicht vorgesehen, da die noch nicht fälligen Ansprüche aus dem selbstabgeschlossenen Geschäft an Versicherungsnehmer in der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen (siehe D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen) berücksichtigt werden.

Unter HGB werden in diesem Posten Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern aus noch nicht getilgten Abschlusskosten mit den Nennwerten ausgewiesen.

### Immaterielle Vermögenswerte

Die Position kann entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, Lizenzen an solchen Rechten und Werten sowie geleistete Anzahlungen umfassen. Unter Solvency II können immaterielle Vermögenswerte gemäß IAS 38 aktiviert werden, sofern der Vermögenswert einzeln veräußert werden kann und das Versicherungsunternehmen nachweisen kann, dass für identische oder ähnliche Vermögenswerte ein abgeleiteter Wert vorliegt. Andernfalls sind sie mit Null anzusetzen. Zum Stichtag werden in der Solvabilitätsübersicht keine immateriellen Vermögenswerte angesetzt, da diese nicht einzeln veräußert werden können.

Die Bewertung der immateriellen Vermögenswerte in der HGB-Bilanz erfolgt zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Von der Aktivierung selbst erstellter immaterieller Vermögenswerte des Anlagevermögens nach § 248 Abs. 2 HGB wird abgesehen. Im Ergebnis ergibt sich daraus der in der Tabelle dargestellte Unterschied im Wertansatz zwischen der Handelsbilanz und der Solvabilitätsübersicht.

### Latente Steueransprüche

Latente Steuern werden gemäß Solvency II für alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten berücksichtigt, bei denen der Wertansatz in der Steuerbilanz von dem in der Solvabilitätsübersicht abweicht. Aktive latente Steuern sind zu bilanzieren, wenn Aktivposten in der Solvabilitätsübersicht niedriger oder Passivposten höher anzusetzen sind als in der Steuerbilanz und sich diese Differenzen in der Zukunft mit steuerlicher Wirkung wieder ausgleichen (temporäre Differenzen). Entsprechend sind passive latente Steuern zu bilanzieren, wenn Aktivposten in der Solvabilitätsübersicht höher oder Passivposten niedriger anzusetzen sind als in der Steuerbilanz.

Das Konzept von Berechnung und bilanziellem Ausweis der latenten Steuern in der Solvabilitätsübersicht folgt dabei grundsätzlich den Regelungen der IFRS gemäß IAS 12.

Die RVA geht bei der Berechnung der latenten Steuern in der Solvabilitätsübersicht zweistufig vor: Die latenten Steuern gemäß IFRS werden in geeigneter Weise in die Solvabilitätsübersicht übernommen und die Bewertungsunterschiede zwischen IFRS und Solvency II mit zusätzlichen latenten Steuern belegt. Bei der Berechnung dieser zusätzlichen latenten Steuern werden die aktiven latenten Steuern auf die Höhe der passiven latenten Steuern begrenzt. Die Bewertungsunterschiede werden mit dem individuellen Unternehmenssteuersatz der RVA multipliziert, wobei steuerliche Spezialregelungen zur Anwendung kommen. Am Stichtag bereits beschlossene Steuersatzänderungen werden berücksichtigt.

Die Gesellschaft begründet die Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern mit einem Überhang der passiven latenten Steuern. Für die Sicherstellung der Werthaltigkeit der errechneten aktiven latenten Steuern ist daher der Zeitpunkt entscheidend, zu dem steuerliche Erträge und Aufwendungen anfallen: Um steuerliche Verlustvorträge nutzen zu können, müssen die Aufwendungen zeitlich grundsätzlich vor den Erträgen anfallen.

Die aktiven latenten Steuern der RVA stammen insbesondere aus den folgenden Sondereffekten:

- › Latente Steuern auf die Risikomarge
- › Zweistufige Berechnung der latenten Steuern

Für die Sondereffekte wurde das Vorliegen der benötigten zeitlichen Abfolge von Erträgen und Aufwendungen nachgewiesen. Im Rahmen der Prüfung der Solvabilitätsübersicht durch den Wirtschaftsprüfer wurde u.a. die Werthaltigkeitsanalyse aktiver latenter Steuern überprüft und als angemessen beurteilt.

Unter HGB wurden die latenten Steuern der Gesellschaft in Ausübung des Wahlrechts des § 273 Abs. 1 S. 2 nicht bilanziert.

Die RVA ist ertragsteuerliche Organgesellschaft der DZ BANK AG. Unter Anwendung der wirtschaftlichen Betrachtungsweise werden die latenten Steuern gemäß Solvency II sowie die resultierende Verlustausgleichsfähigkeit auf Ebene der Organgesellschaft ausgewiesen.

### Immobilien für den Eigenbedarf und Sachanlagen

In der Solvabilitätsübersicht wird unter diesem Posten bei der RVA die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen. Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgte die Bewertung zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben wurden. Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 250 Euro und 1.000 Euro lagen, wurden in einen Sammelposten eingestellt, der über fünf Jahre – beginnend mit dem Jahr der Bildung – abgeschrieben wird.

Weiterhin werden in dieser Position auch eigengenutzte Immobilien geführt. Unter Solvency II erfolgt eine Bewertung zum Marktwert. Dieser ergibt sich u.a. aus der Bewertung der zugrundeliegenden Bodenrichtwerte. Eine Aktualisierung erfolgt alle fünf Jahre.

Gemäß HGB werden diese eigengenutzten Immobilien mit den um Abschreibungen geminderten Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bei einer dauernden Wertminderung bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgten linear. Zuschreibungen erfolgten gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB; jedoch maximal auf die um planmäßige Abschreibungen verminderten Anschaffungs- und Herstellungskosten.

	Solvency II-Wert	HGB-Wert
	in TEuro	in TEuro
Geschäfts- oder Firmenwert	-	0
Abgegrenzte Abschlusskosten	-	6
Immaterielle Vermögenswerte	0	78.756
Latente Steueransprüche	684.319	0
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	0	0
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	366.541	96.010
<b>Summe</b>	<b>1.050.860</b>	<b>174.772</b>

### Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)

Alle Kapitalanlagen außer Grundstücke und Gebäude sowie Beteiligungen zählen zu den finanziellen Vermögenswerten, die gemäß Solvency II zum Marktwert bewertet werden. Die Zuordnung der Anlagen zu den Kategorien nach Solvency II weicht ggf. von den Eingruppierungen nach HGB ab. Prinzipiell ist eine Deckungsgleichheit der Anlagen nach Solvency II und HGB gewährleistet.

Grundlegend werden Anlagen, die auf einem aktiven Markt gehandelt werden, entsprechend der zum Bilanzstichtag an den Finanzmärkten notierten Preise bewertet. Außerbörslich gehandelte Wertpapiere werden anhand der an den Finanzmärkten allgemein anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt. Die im Rahmen der Solvabilitätsübersicht offengelegten beizulegenden Zeitwerte entsprechen weitgehend den Zeitwerten, die im Anhang des Geschäftsberichtes gemäß den Vorschriften § 54 ff. der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) veröffentlicht werden.

Grundlegende Unterschiede in der Darstellung der Anlagen nach den deutschen Rechnungslegungsvorschriften und den regulatorischen Anforderungen gemäß Solvency II bestehen im Hinblick auf die Bewertungsmethode und die geforderte Gliederung.

Die Grundlage für die Zugangs- und Folgebewertung von Anlagen nach den deutschen Rechnungslegungsvorschriften bilden die gesetzlichen Vorschriften gemäß § 253 HGB.

Diesen Vorschriften folgend werden Anlagen in Folgeperioden entsprechend zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zu beizulegenden Werten bewertet, wobei die fortgeführten historischen Anschaffungskosten die jeweilige Obergrenze bei der Folgebewertung bilden. Die Erfassung von möglichen Wertminderungen entspricht den Vorschriften § 253 Abs. 3 und 4

## Vermögenswerte

HGB. Niedrigere Wertansätze aus der Vergangenheit werden auf die fortgeführten Anschaffungskosten beziehungsweise den niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 5 HGB zugeschrieben, sofern die Gründe für vorgenommene Wertminderungen nicht mehr existieren.

Weiterführende Angaben zu den Anlagearten, deren Bewertungsmethoden sowie zu weiteren quantitativen und qualitativen Unterschieden zwischen den deutschen Rechnungslegungsvorschriften und den Anforderungen gemäß Solvency II werden nachfolgend gegeben:

### Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Diese Position beinhaltet fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude, welche unter Solvency II zum Zeitwert gemäß IAS 40 bewertet werden. Hiernach werden die beizulegenden Zeitwerte der Immobilien mittels Vergleichswert-, Ertragswert- oder Sachwertverfahren sowie den Vereinbarungen der abgeschlossenen Verträge ermittelt. Die Wertermittlung erfolgt unter anderem unter Berücksichtigung aktueller Marktberichte, veröffentlichter Indizes sowie regionaler beziehungsweise überregionaler Vergleichspreise.

Unter HGB werden Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken mit den um Abschreibungen geminderten Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bei einer dauernden Wertminderung bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear. Zuschreibungen erfolgen gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB; jedoch maximal auf die um planmäßige Abschreibungen verminderten Anschaffungs- und Herstellungskosten.

### Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Die Bilanzposition „Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen“ umfasst alle Anteile an Unternehmen, die dazu bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen.

Zur Ermittlung der Zeitwerte der Beteiligungen der RVA werden im Wesentlichen die folgenden Bewertungsverfahren eingesetzt. Die relative Gewichtung der eingesetzten Bewertungsverfahren wird jeweils in Klammern angegeben:

- › Approximation (0,2 %)
- › Net Asset Value (NAV) (99,8 %)

Da keine Marktpreisnotierungen für Beteiligungen an Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen vorliegen, werden unter Solvency II die Beteiligungen nach der angepassten Equity-Methode bewertet. Es handelt sich dabei um ein nach den Rechtsgrundlagen von Solvency II definiertes Bewertungsverfahren, bei dem Versicherungsunternehmen mit ihrem anteiligen Solvency-II-Eigenkapital angesetzt werden. Der Wertansatz entspricht dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens. Ein dabei vorhandener Überschuss wird mit dem Anteil an der Beteiligung als Zeitwert angesetzt.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden nach HGB zu Anschaffungskosten, bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vermindert um Abschreibungen, bilanziert. Wenn die Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung nicht mehr bestehen, werden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den Zeitwert bis maximal zum Anschaffungswert vorgenommen.

### Aktien – notiert

Unter dieser Position werden an einer öffentlichen Börse notierte Anteile am Kapital eines Unternehmens, zum Beispiel anteilmäßiger Besitz eines Unternehmens, ausgewiesen. Beteiligungen sind hiervon ausgeschlossen. Ansatz und Bewertung der Bilanzposition nach Solvency II erfolgen mit dem jeweiligen Börsenwert.

Für den Buchwert der HGB-Bilanz werden Aktien zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip, bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind. Aktien, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung mit dem am Abschlussstag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Andernfalls erfolgt der Ansatz mit dem Anschaffungswert. Aktien wurden mit ihrem Marktwert angesetzt. Aktien wurden mit ihrem Marktwert angesetzt. Abschreibungen erfolgten ggf. auf den nachhaltigen Wert oder den höheren Anteilswert der Kapitalverwaltungsgesellschaft.

## Aktien – nicht notiert

Diese Bilanzposition beinhaltet nicht an einer öffentlichen Börse notierte Anteile am Kapital eines Unternehmens, zum Beispiel anteilmäßiger Besitz eines Unternehmens. Beteiligungen werden hiervon ausgeschlossen. Ansatz und Bewertung der Bilanzposition nach Solvency II erfolgen grundsätzlich mit durch externe Kurslieferanten gemeldeten Rücknahmepreisen.

Für Beteiligungen des Genossenschaftssektors, die als nicht notierte Aktien geführt werden, dient der Anschaffungswert als Approximation für den Zeitwert.

Für den Buchwert der HGB-Bilanz werden Aktien zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip, bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind. Aktien, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung mit dem am Abschlusstag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Andernfalls erfolgt der Ansatz mit dem Anschaffungswert. Aktien wurden mit ihrem Marktwert angesetzt. Abschreibungen erfolgten ggf. auf den nachhaltigen Wert oder den höheren Anteilswert der Kapitalverwaltungsgesellschaft.

## Staats- und Unternehmensanleihen

Hierunter fallen durch öffentliche Stellen (Zentralstaaten / Bundesstaaten, supranationale staatliche Institutionen, Regionalregierungen oder Kommunalverwaltungen) sowie von Unternehmen ausgegebene Anleihen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Namensschuldverschreibungen sowie übrige Ausleihungen. Ansatz und Bewertung der Bilanzposition erfolgen nach Solvency II mit dem jeweiligen Marktwert. Dieser ergibt sich für börsennotierte Wertpapiere durch Börsenkurse oder Rücknahmepreise. Für Rententitel ohne regelmäßige Kursversorgung erfolgt die Ermittlung grundsätzlich anhand der Discounted Cashflow Methode.

Für den Buchwert der HGB-Bilanz werden Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen, nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden mit dem fortgeführten Anschaffungswert, oder bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB mit dem niedrigeren Zeitwert angesetzt. Die Amortisation einer Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Wenn die Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung im Anlage- und Umlaufvermögen nicht mehr bestehen, werden gem. § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den Zeitwert bis maximal zum fortgeführten Anschaffungswert vorgenommen.

Schuldscheinforderungen, Darlehen und Namensschuldverschreibungen sowie die übrigen Ausleihungen werden mit dem fortgeführten Anschaffungswert angesetzt, soweit nicht Einzelwertberechtigungen vorzunehmen sind. Die Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgt unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

## Strukturierte Schuldtitel

Bei einem strukturierten Produkt wird ein derivatives Finanzinstrument (zum Beispiel eine Option) mit einem nichtderivativen Instrument (zum Beispiel einer Anleihe) kombiniert.

Nach Solvency II wird unter der Position „Strukturierte Schuldtitel“ der jeweilige Marktwert ausgewiesen, wobei keine Zerlegung dieser Schuldtitel erfolgt.

Die Strukturierten Produkte werden mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden bewertet. Hierzu wird ein Shifted Libor-Market Modell verwendet. Eingehende Bewertungsparameter sind hierbei Geldmarkt-/Swapzinskurven, emittenten- und risikoklassenspezifische Credit-Spreads, Volatilitäten und Korrelationen für CMS-Swapsätze, ggf. Devisenkassakurse.

Unter HGB werden bei der R+V Finanzderivate und Strukturierte Schuldtitel in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt. Die derivativen Bestandteile werden mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden bewertet.

## Besicherte Wertpapiere

Unter dieser Bilanzposition werden alle Anleihen gegenüber Zweckgemeinschaften zusammengefasst, die Forderungen gegenüber Dritten bündeln, in verschiedene Qualitätsklassen tranchieren und als Zins und Tilgung an den Inhaber der Anleihe weiterleiten (sogenannte Asset Backed Securities, ABS).

Unter Solvency II werden die Marktwerte der ABS-Produkte nach der Discounted Cashflow Methode ermittelt; dabei werden überwiegend am Markt beobachtbare Werte herangezogen.

Da aktuell alle Besicherten Wertpapiere der RVA dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wird gemäß HGB als Wert dieser Bilanzposition der jeweilige Anschaffungswert, vermindert um in der Vergangenheit vorgenommene Abschreibungen, herangezogen.

## Investmentfonds

Unter der Position „Investmentfonds“ (laut offizieller EIOPA-Übersetzung: „Organismen für gemeinsame Anlagen“) werden alle Investitionen bei Unternehmen, deren alleiniger Zweck in gemeinsamen Anlagen in übertragbare Wertpapiere und / oder andere Kapitalanlagen liegt, ausgewiesen. Investmentfonds umfassen unter anderem Aktienfonds, Rentenfonds, Mischfonds, Geldmarktfonds, Immobilienfonds, Infrastrukturfonds sowie Sonstige Fonds. Die RVA hält Aktien-, Renten- sowie Mischfonds.

Als beizulegender Zeitwert für Anteile an Investmentfonds nach Solvency II werden Börsenkurse, Rücknahmepreise oder Nettoinventarwerte inkl. Fonds-Kasse zum Bilanzstichtag verwendet.

Investmentanteile, die gemäß §341b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung mit dem am Abschlussstag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Andernfalls erfolgt der Ansatz mit dem Anschaffungswert. Bei Wertpapier-Spezialfonds wurde basierend auf den enthaltenen Vermögenswerten der nachhaltige Wert ermittelt. Dabei wurden Inhaberschuldverschreibungen bei gegebener Bonität des Schuldners mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt, ansonsten mit dem Marktwert. Aktien wurden mit ihrem Marktwert angesetzt. Abschreibungen erfolgten ggf. auf den nachhaltigen Wert oder den höheren Anteilswert der Kapitalverwaltungsgesellschaft.

## Derivate

Nach Solvency II werden unter der Bilanzposition „Derivate“ auf der Aktivseite die aktuell positiven Marktpreise aller Derivate zusammengefasst. Insbesondere die Zahlungsströme von Swaps werden unter Solvency II getrennt nach Mittelzuflüssen und -abflüssen dargestellt. Die Derivate mit aktuell negativem Marktwert werden als Gegenposition auf der Passivseite dargestellt.

Derivative Finanzinstrumente werden am Bilanzstichtag mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Hierzu werden bei börsengehandelten Finanzinstrumenten die aktuellen Börsenschlusskurse herangezogen. Für nicht börsengehandelte Finanzinstrumente werden beizulegende Zeitwerte mittels anerkannter Bewertungsmodelle, insbesondere Discounted Cashflow Methoden sowie dem Shifted Libor-Market Modell ermittelt. Grundsätzlich erfolgt dies auf der Basis von am Markt beobachtbaren Parametern, wie zum Beispiel Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung von emittenten- und risikoklassenspezifischen Credit-Spreads und gegebenenfalls weiteren Markt-Parametern (insbesondere Volatilitäten). Anderenfalls werden sonstige anerkannte Bewertungsverfahren zugrunde gelegt.

Zins-Swaps werden anhand des Shifted Libor-Market Modells bewertet, Bewertungsparameter sind Geldmarkt-/Swapzinsstrukturkurven sowie gegebenenfalls Devisenkassakurse.

Vorkäufe / Termingeschäfte werden auf Basis der Discounted Cashflow Methode bewertet, Bewertungsparameter hierbei sind die Zinskurve und der Credit-Spread.

Im Unterschied zu den bilanziellen Richtlinien von Solvency II ist eine gesonderte Bilanzierung von Derivaten mit positiven Marktwerten im Rahmen der handelsrechtlichen Rechnungslegung nicht vorgesehen.

## Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente

Diese Bilanzposition umfasst alle Einlagen außer übertragbaren Einlagen. Dies bedeutet, dass sie zu keinem Zeitpunkt für Zahlungsvorgänge genutzt werden können und dass es nicht ohne nennenswerte Beschränkung oder Gebühren möglich ist, ihre Umwandlung in Bargeld zu verlangen oder sie auf Dritte zu übertragen. Kassen- oder Geldbestände außerhalb der Kapitalanlage werden in der Bilanzposition „Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente“ ausgewiesen.

Der Ausweis in der Solvabilitätsübersicht erfolgt aufgrund des kurzfristigen Charakters mit dem HGB-Buchwert zuzüglich der Stückzinsen. Einlagen bei Kreditinstituten werden gemäß HGB mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Negative Einlagenzinsen werden saldiert mit Erträgen ausgewiesen.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

## Kapitalanlagen

	Solvency II-Wert	HGB-Wert
	in TEuro	in TEuro
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	417.532	136.996
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	219.377	198.012
Aktien	63.220	30.867
davon Aktien - notiert	51.471	30.867
davon Aktien - nicht notiert	11.748	0
Anleihen	4.540.840	4.119.819
davon Staatsanleihen	1.314.169	1.192.321
davon Unternehmensanleihen	2.867.929	2.602.018
davon Strukturierte Schuldtitel	253.184	229.709
davon Besicherte Wertpapiere	105.559	95.772
Investmentfonds	7.384.556	6.124.758
Derivate	88.135	120
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	39.313	39.250
Sonstige Anlagen	0	0
<b>Summe</b>	<b>12.752.972</b>	<b>10.649.821</b>

## Darlehen und Hypotheken

In der Kategorie Darlehen und Hypotheken werden nicht derivative Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind, ausgewiesen. Die RVA hat dieser Kategorie Hypothekendarlehen zugeordnet.

Policendarlehen umfassen Ausleihungen an Versicherungsnehmer, die über Policen besichert sind. Die Policendarlehen werden unter HGB zu Nominalwerten angesetzt. Der Ausweis in der Solvabilitätsübersicht erfolgt mit dem HGB-Buchwert zuzüglich der Stückzinsen.

Ansatz und Bewertung der Hypothekendarlehen erfolgen unter Solvency II mit dem grundsätzlich auf Basis von Zinsstrukturkurven ermittelten Zeitwert. Unter HGB werden Hypothekenforderungen mit dem fortgeführten Anschaffungswert angesetzt, soweit nicht Einzelwertberichtigungen vorzunehmen waren. Die Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

## Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Diese Position entspricht dem Anteil der Rückversicherer am Besten Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen und ist eng mit der Modellierung der versicherungstechnischen Rückstellungen verknüpft. Eine detaillierte Beschreibung



dieser Bilanzposition folgt in der Solvabilitätsübersicht zusammen mit dem Vergleich der Bilanzierung gemäß HGB in Abschnitt D.2.

### **Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern**

Entsprechend dem Ansatz in der HGB-Bilanz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen. Im Gegensatz zur HGB-Bilanz werden in der Solvabilitätsübersicht nur die überfälligen Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern ausgewiesen, wohingegen die nicht überfälligen Forderungen Teil der versicherungstechnischen Rückstellungen sind.

### **Forderungen gegenüber Rückversicherern**

Entsprechend dem Ansatz in der HGB-Bilanz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen. Im Gegensatz zur HGB-Bilanz werden in der Solvabilitätsübersicht nur die überfälligen Forderungen gegenüber Rückversicherern ausgewiesen, wohingegen die nicht überfälligen Forderungen Teil der versicherungstechnischen Rückstellungen sind.

### **Forderungen (Handel, nicht Versicherung)**

Ansatz und Bewertung erfolgen bei dieser Position grundsätzlich nach den Regelungen der IFRS.

Weiterhin resultiert der Unterschied zur HGB-Bilanz aus der Bilanzierung von Forderungen im Zusammenhang mit Rentenzahlungsverpflichtungen. Nach IFRS (IAS 19) wird unter Solvency II auf der Aktivseite der Erstattungsanspruch aus Rentenzahlungsverpflichtungen ausgewiesen. Dieser umfasst Rückdeckungsversicherungen, Forderungen gegenüber Pensionsfonds und Forderungen gegenüber der Unterstützungskasse GmbH.

Im Vergleich dazu werden unter HGB auf der Aktivseite lediglich Rückdeckungsversicherungen und Forderungen an Pensionsfonds (gezahlte Einmalbeiträge für Auslagerungen in früheren Geschäftsjahren) ausgewiesen.

### **Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente**

Ansatz und Bewertung erfolgen bei dieser Position nach den Regelungen der IFRS, das heißt, es werden sogenannte Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente im Sinne der in IAS 7 für die Zahlungsstrom-Rechnung gegebenen Definition erfasst und die Bewertung erfolgt zum Nennwert. Grundsätzlich werden unter diesem Posten Bank- und Kassenguthaben ausgewiesen.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

### **Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte**

Unter dieser Position werden alle sonstigen nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Vermögenswerte bilanziert.

Im Unterschied zu HGB werden keine vorausgezählten Betriebskosten angesetzt.

**Sonstige Vermögenswerte**

	Solvency II-Wert	HGB-Wert
	in TEuro	in TEuro
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	0	0
Darlehen und Hypotheken	1.402.439	1.239.172
davon Policendarlehen	24	15
davon Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	1.089.632	962.786
davon Sonstige Darlehen und Hypotheken	312.782	276.371
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	556.466	554.390
Nichtlebensversicherungen und n.A.d. Nichtlebensversicherung betriebenen KV	556.466	550.323
davon Nichtlebensversicherungen	556.466	550.323
davon n.A.d. Nichtlebensversicherungen betriebene KV	0	0
Lebensversicherungen und n.A.d. LV betriebenen KV	0	4.068
davon n.A.d. Lebensversicherung betriebene KV	0	0
davon Lebensversicherungen	0	4.068
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	0	0
Depotforderungen	0	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	82.027	156.048
Forderungen gegenüber Rückversicherern	11	51.186
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	881.556	859.921
Eigene Aktien	0	0
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	0	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	48.111	48.111
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	133.784	140.965
<b>Summe</b>	<b>3.104.394</b>	<b>3.049.793</b>

**D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen**

Für das Versicherungsgeschäft der RVA ergeben sich in der Segmentierung nach Solvency II die folgenden Geschäftsbereiche:

**Versicherungstechnische Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)**

- › Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung
- › Sonstige Kraftfahrtversicherung
- › See-, Luftfahrt- und Transportversicherung
- › Feuer- und andere Sachversicherungen
- › Allgemeine Haftpflichtversicherung
- › Kredit- und Kautionsversicherung
- › Rechtsschutzversicherung
- › Verschiedene finanzielle Verluste

**Versicherungstechnische Rückstellungen - Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung**

- › Berufsunfähigkeitsversicherung

Versicherungstechnische  
Rückstellungen**Versicherungstechnische Rückstellungen - Krankenversicherung nAd Lebensversicherung**

- › Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen

**Versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung**

- › Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen
- › Versicherung mit Überschussbeteiligung

Die Geschäftsbereiche Berufsunfähigkeitsversicherung, Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen, sowie die Versicherung mit Überschussbeteiligung beinhalten die Unfallversicherung der RVA. Die sonstigen Renten (Renten aus der Allgemeinen Haftpflichtversicherung und der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung) werden dem Lebensversicherungsgeschäft zugeordnet.

Zusätzlich zeichnet die RVA in geringem Maße übernommenes Geschäft, wobei es sich hauptsächlich um gruppeninternes Rückversicherungsgeschäft handelt. Dabei handelt es sich um proportionale Rückversicherungsverpflichtungen aus den Geschäftsbereichen See-, Luftfahrt- und Transportversicherung, Feuer- und andere Sachversicherungen und Allgemeine Haftpflichtversicherung sowie um Nichtproportionale Nichtlebensrückversicherungsverpflichtungen, die den Geschäftsbereichen Nichtproportionale Unfallrückversicherung, Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung, Nichtproportionale Sachrückversicherung oder Nichtproportionale Krankenrückversicherung zugeordnet werden. Die Modellierung des übernommenen Geschäfts unter Solvency II wird aus Materialitätsgründen im folgenden Kapitel nicht beschrieben.

Die RVA betreibt in geringem Umfang Auslandsgeschäft, das jedoch keinen wesentlichen Anteil darstellt. Da auch aus Risikogesichtspunkten ein separater Ausweis aufgrund der Gleichartigkeit des Geschäfts nicht erforderlich ist, wird im Rahmen des Proportionalitätsprinzips bei der Darstellung der Besten Schätzwerte auf einen gesonderten Ausweis dieser Positionen verzichtet und das gesamte Geschäft auf Deutschland geschlüsselt.

In der Solvabilitätsübersicht werden für sämtliche Versicherungsverpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern und Anspruchsberechtigten versicherungstechnische Rückstellungen gebildet. Diese werden auf vorsichtige, verlässliche und objektive Art und Weise berechnet (§ 75 Abs. 1 VAG).

Der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen entspricht dem aktuellen Betrag, den Versicherungsunternehmen zahlen müssten, wenn sie ihre Versicherungsverpflichtungen unverzüglich auf ein anderes Versicherungsunternehmen übertragen würden (§ 75 Abs. 2 VAG). Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt unter Berücksichtigung der von den Finanzmärkten bereitgestellten Informationen sowie allgemein verfügbarer Daten über versicherungstechnische Risiken und hat mit diesen konsistent zu sein (Marktkonsistenz). Die versicherungstechnischen Rückstellungen ergeben sich aus der Summe des Besten Schätzwerts und der Risikomarge.

Bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden weder Übergangsmaßnahmen (nach §§ 351-352 VAG), noch die Volatilitätsanpassung (nach § 82 VAG) angewendet.

**Versicherungstechnische Rückstellungen**

Solvency II-Wert			
	Bester Schätzwert	Risikomarge	Summe
	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	5.273.346	627.621	5.900.966
Krankenversicherung (nAd Nichtlebensversicherung)	197.311	28.244	225.555
Lebensversicherung	2.143.133	11.745	2.154.878
Krankenversicherung (nAd Lebensversicherung)	191.333	12.632	203.965
<b>Summe</b>	<b>7.805.122</b>	<b>680.242</b>	<b>8.485.364</b>

## Bester Schätzwert

Der beste Schätzwert ist Teil der versicherungstechnischen Rückstellung und ein wahrscheinlichkeitsgewichteter, diskontierter Durchschnitt aller zukünftigen Ein- und Auszahlungsströme. Die Abzinsung der Zahlungen erfolgt mit den laufzeitabhängigen Zinssätzen der von der Aufsicht vorgegebenen risikofreien Zinsstrukturkurve unter Berücksichtigung der tatsächlichen Zahlungszeitpunkte.

Bei der Projektion der künftigen Zahlungsströme werden alle ein- und ausgehenden Zahlungsströme berücksichtigt, die zur Abrechnung der Versicherungsverbindlichkeiten während ihrer Laufzeit benötigt werden (§ 77 Abs. 3 VAG): Prämienzahlungen und damit im Zusammenhang stehende Zahlungsströme, sämtliche Zahlungen an Versicherungsnehmer und Anspruchsberechtigte (gegebenenfalls einschließlich künftiger Überschussbeteiligungen, unabhängig davon, ob sie vertraglich garantiert werden oder nicht) sowie sämtliche bei der Bedienung der Versicherungsverpflichtungen anfallenden Aufwendungen.

Wesentliche Änderungen der bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen zugrunde gelegten relevanten Annahmen gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum sind nicht vorhanden.

Die Modelle zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen für den Teilbestand Unfallversicherung werden laufend an veränderte Anforderungen angepasst und weiterentwickelt.

## Bester Schätzwert der Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)

Der beste Schätzwert bestimmt zum größeren Teil den Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen Nichtlebensversicherung und setzt sich aus zwei Komponenten zusammen:

- › Schadenrückstellungen
- › Prämienrückstellungen

Die Schadenrückstellungen sind die Rückstellungen für bereits eingetretene Versicherungsfälle.

Unter den Prämienrückstellungen wird eine Rückstellung für noch nicht eingetretene Schäden und Kosten abzüglich korrespondierender Prämien aus bereits eingegangenen Versicherungsverpflichtungen verstanden.

Die aktuarielle Bewertung der Schadenrückstellungen erfolgt standardmäßig mit Hilfe von marktüblichen schadenversicherungsmathematischen Methoden. Die Schadenrückstellungen werden auf homogenen Risikogruppen ermittelt, die eine gleichartige Schadenabwicklung aufweisen. Die Klassifizierung der homogenen Risikogruppen orientiert sich auch an den Geschäftsbereichen der RVA.

Die Prämienrückstellungen ergeben sich aus der Summe der erwarteten zukünftigen ausgehenden Kosten und Schadenzahlungen aus dem Bestandsgeschäft abzüglich der erwarteten gebuchten eingehenden Prämie, das heißt die zum Bilanzstichtag erwartete Prämie bis zum jeweiligen Ablauf des zum Stichtag haftbaren Geschäfts. Die Prämienrückstellungen werden auf Basis der gleichen homogenen Risikogruppen ermittelt wie die Schadenrückstellungen, um eine in sich konsistente Ermittlung der Besten Schätzwerte sicherzustellen.

Für die RVA ergeben sich für die relevanten Geschäftsbereiche die in der nachfolgenden Tabelle dargestellten Solvency II-Ergebnisse:

Versicherungstechnische  
Rückstellungen**Vt. Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)****Solvency II-Wert**

	Schadenrückstellung	Prämienrückstellung	Risikomarge	Summe
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	823.595	31.458	93.139	948.193
Sonstige Kraftfahrtversicherung	104.325	50.999	12.801	168.125
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	29.036	-6.296	6.248	28.988
Feuer- und andere Sachversicherung	1.125.997	382.956	136.093	1.645.046
Allgemeine Haftpflichtversicherung	1.612.971	-45.049	234.658	1.802.580
Kredit- und Kautionsversicherung	481.163	52.002	81.593	614.759
Rechtsschutzversicherung	285.719	5.599	17.376	308.694
Verschiedene finanzielle Verluste	160.443	90.270	18.182	268.895
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	13.770	-501	6.415	19.685
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	23.532	-2.036	3.001	24.497
Nichtproportionale Sachrückversicherung	65.778	-12.388	18.114	71.505
<b>Summe</b>	<b>4.726.330</b>	<b>547.015</b>	<b>627.621</b>	<b>5.900.966</b>

Die Rückstellungen sind anteilmäßig durch die Geschäftsbereiche Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung, Feuer- und andere Sachversicherungen sowie Allgemeine Haftpflichtversicherung dominiert.

**Bester Schätzwert der Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung**

Zur Bewertung des Besten Schätzwertes der Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung werden die gleichen Methoden wie bei den Besten Schätzwerten der Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung) verwendet. Für die RVA ist im Bereich Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung nur der Geschäftsbereich Berufsunfähigkeitsversicherung für das Unfallversicherungsgeschäft relevant:

**Vt. Rückstellungen -Krankenversicherung (nAd Nichtlebensversicherung)****Solvency II-Wert**

	Schadenrückstellung	Prämienrückstellung	Risikomarge	Summe
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Berufsunfähigkeitsversicherung	212.326	-15.084	28.227	225.468
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	273	-203	17	87
<b>Summe</b>	<b>212.598</b>	<b>-15.288</b>	<b>28.244</b>	<b>225.555</b>

**Grad der Unsicherheit der Schätzung (Nichtlebensversicherung und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung)**

Der Grad der Unsicherheit der Schadenrückstellungen in Bezug auf negative Abweichungen vom Erwartungswert (und somit höheren Schadenrückstellungen) wird getrieben durch spätere Nachmeldungen von Schäden und Nachreservierungen von bereits bekannten Schäden. Im Bereich der Prämienrückstellungen und des bei künftigen Prämien einkalkulierten Gewinns (Expected Profit included in Future Premiums – EPIFP) ergibt sich die Unsicherheit insbesondere aufgrund von zukünftigen Groß- oder Naturkatastrophenschäden.

Die RVA überwacht diese Unsicherheiten, indem sie die Angemessenheit der verwendeten Modelle und Annahmen laufend überprüft und durch Backtesting sowie Überleitungsrechnung („Variation Analysis“) die Ursachen für die etwaigen Abweichungen untersucht. Ferner werden die Unsicherheiten quantifiziert, in dem die Schwankungsbreite (Standardabweichung) der Besten Schätzwerte pro Sparte ermittelt wird.

### Vergleich zur HGB-Bilanzierung (Nichtlebensversicherung und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung)

Die HGB-Positionen „Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle“ und „Rückstellungen für die Verkehrsofferhilfe/Solidarhilfe“ werden in der Regel auf Einzelschadenbasis gestellt und nicht diskontiert. Die Stellung der Reserve erfolgt nach dem Vorsichtsprinzip.

### Vergleich HGB zu Solvency II - Nichtlebensversicherung (außer KV) und KV nAd Nichtlebensversicherung

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
<b>Vt. Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)</b>	<b>9.116.692</b>	<b>5.900.966</b>
Schadenrückstellungen		4.726.330
Rückstellung für nicht abgewickelte Versicherungsfälle	7.352.166	
Rückstellungen für die Verkehrsofferhilfe / Solidarhilfe	2.279	
Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	-7	
Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	50.006	
Prämienrückstellungen		547.015
Rückstellungen für Beitragsüberträge	544.458	
Stornorückstellung	5.389	
Rückstellung für unverbrauchte Kfz-Beiträge	4	
Drohverlustrückstellung	2.439	
Risikomarge		627.621
Schwankungsrückstellung	1.158.639	
Rückstellung für Pharmarisiken	1.319	
<b>Vt. Rückstellungen – Krankenversicherung (nAd Nichtlebensversicherung)</b>	<b>372.491</b>	<b>225.555</b>
Schadenrückstellungen		212.598
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	279.744	
Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	1.824	
Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	960	
Prämienrückstellungen		-15.288
Rückstellungen für Beitragsüberträge	29.442	
Stornorückstellung	197	
Deckungsrückstellung	60.324	
Risikomarge		28.244

Im Vergleich dazu werden die ökonomischen Schadenrückstellungen auf homogenen Risikogruppen ermittelt. Die Berechnung erfolgt grundsätzlich auf Basis schadenversicherungsmathematischer Bewertungsmodelle. Es wird eine beste Schätzung erstellt, welche keine Zuschläge auf Grund von Vorsichtsüberlegungen enthält. Die HGB-Positionen „Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung“ und „Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung“ werden in gleicher Höhe bei den ökonomischen Schadenrückstellungen angesetzt. Die Abweichung zwischen den HGB-Positionen und der ökonomischen Schadenrückstellung ist durch die unterschiedlichen Bewertungsansätze und die Diskontierung begründet.

Die Position „Prämienrückstellungen“ wird nur in der Solvenzbilanz angesetzt. In der HGB-Bilanz existieren folgende vergleichbare Positionen: „Rückstellungen für Beitragsüberträge“, die „Stornorückstellung“, die „Rückstellung für unverbrauchte Kfz-Beiträge“ und die „Drohverlustrückstellung“ sowie die „Deckungsrückstellung“.

Versicherungstechnische  
Rückstellungen

In der HGB-Bilanz ist die Position „Risikomarge“, anders als in der Solvenzbilanz, nicht vorgesehen. Es gibt keine HGB-Bilanzposition, die einen ähnlichen Charakter wie die Risikomarge aufweist.

„Schwankungsrückstellungen“ und die „Rückstellung für Pharmarisiken“ werden unter Solvency II als Eigenmittel angesetzt. Unter HGB werden diese als versicherungstechnische Rückstellung ausgewiesen.

Im Detail ergibt sich für die einzelnen Geschäftsbereiche:

### Vergleich HGB zu Solvency II je Geschäftsbereich - Nichtlebensversicherung (außer KV) und KV nAd Nichtlebensversicherung

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
<b>Vt. Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)</b>	<b>9.116.692</b>	<b>5.900.966</b>
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	1.193.305	948.193
Sonstige Kraftfahrtversicherung	289.903	168.125
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	59.121	28.988
Feuer- und andere Sachversicherung	2.267.636	1.645.046
Allgemeine Haftpflichtversicherung	3.060.850	1.802.580
Kredit- und Kautionsversicherung	1.376.149	614.759
Rechtsschutzversicherung	395.440	308.694
Verschiedene finanzielle Verluste	366.406	268.895
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	15.601	19.685
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	23.062	24.497
Nichtproportionale Sachrückversicherung	69.219	71.505
<b>Vt. Rückstellungen - Krankenversicherung (nAd Nichtlebensversicherung)</b>	<b>372.491</b>	<b>225.555</b>
Berufsunfähigkeitsversicherung	<b>372.491</b>	<b>225.468</b>
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	0	87

### Bester Schätzwert der Lebensversicherung

Bester Schätzwert für den Kapitalversicherungsteil der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr (UBR)

Die Projektion von Prämien, garantierten Leistungen und Kostenaufwendungen erfolgt für die wesentlichen Bestände einzelvertraglich bis zum Ablauf. Das nicht einzelvertraglich modellierte Geschäft wird durch einen angemessenen Skalierungsansatz berücksichtigt.

Neben den Produkt- und Bestandsdaten zu Beginn der Projektion gehen insbesondere Annahmen zur Entwicklung der Bestände über die Projektionsphase ein. Dies sind Annahmen zur Biometrie und zum Versicherungsnehmerverhalten, wie z.B. Sterbe- und Stornowahrscheinlichkeiten.

Bei der Projektion der Kosten wurde eine Inflation berücksichtigt.

Für die Bestimmung der Leistungen aus Überschussbeteiligung werden Kapitalanlageergebnisse, Risiko- und sonstige Überschüsse für jedes Jahr im Projektionszeitraum ermittelt und auf Versicherungsnehmer und Unternehmen aufgeteilt.

Der Wert der Versicherungsnehmer-Optionen wird durch eine stochastische Simulation ermittelt. Mit dem Rückkaufsrecht und dem Kapitalwahlrecht werden die wesentlichen Optionen der Versicherungsnehmer berücksichtigt.

Das Modell zur Bewertung des Besten Schätzwertes wird laufend an veränderte Anforderungen angepasst und weiterentwickelt.

## Bester Schätzwert der anerkannten Haftpflicht- und Kraftfahrzeughaftpflicht-Renten

Zur Ermittlung des Schätzwerts der garantierten Leistungen werden alle anerkannten Haftpflicht-Renten einzelvertraglich hochgerechnet.

Der daraus resultierende Zahlungsstrom der zukünftigen Leistungen des Bestandes wird zur Bewertung mit der maßgeblichen Zinskurve diskontiert. Bei Anerkennung der Rente wird ein Einmalbeitrag gestellt, weshalb es bei anerkannten Haftpflicht- und Kraftfahrzeughaftpflicht-Renten keine zukünftigen Beiträge gibt.

Als biometrische Rechnungsgrundlage wird die Sterbetafel DAV 2006 HUR 2. Ordnung verwendet.

Die Kosten werden durch einen Verwaltungskostenzuschlag von 2 % der laufenden Renten pauschal berücksichtigt.

Bei Rentenansprüchen aus Haftpflicht- und Kraftfahrzeughaftpflicht-Versicherungen sehen die vertraglichen Regelungen weder ein Kapitalwahlrecht noch eine Rückkaufoption vor. Daher wird der Wert der Optionen und Garantien mit Null bewertet.

Ferner ist eine Überschussbeteiligung vertraglich nicht vereinbart.

## Vt. Rückstellungen - Lebensversicherung

Solvency II-Wert			
	Bester Schätzwert	Risikomarge	Summe
	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der KV in Zusammenhang stehen	70.761	3.030	73.792
Versicherung mit Überschussbeteiligung	2.072.371	8.715	2.081.086
<b>Summe</b>	<b>2.143.133</b>	<b>11.745</b>	<b>2.154.878</b>

## Grad der Unsicherheit

Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen und des bei künftigen Prämien einkalkulierten Gewinns (Expected Profit included in Future Premiums – EPIFP) ist aufgrund der verwendeten Grundlagen, Methoden und Annahmen, die in die Berechnung eingehen, mit Unsicherheiten behaftet. Im Rahmen von internen und externen Prüfungen werden sämtliche Annahmen und Methoden auf Angemessenheit untersucht, so dass die bestehenden Unsicherheiten als kontrollierbar eingestuft werden können. Darüber hinaus werden Sensitivitätsberechnungen angestellt, um ein Verständnis der Wirkungsweise der Annahmen zu erlangen und die gewonnenen Erkenntnisse in die Festlegung der Annahmen einfließen zu lassen.

Die wesentlichen Unsicherheitsfaktoren für die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen und des EPIFP ergeben sich aus den folgenden Sachverhalten:

### Nicht-ökonomische Annahmen

Die Herleitung der Rechnungsgrundlagen nach bester Schätzung umfasst Annahmen zur Biometrie (Sterblichkeit), Kosten und zum zukünftigen Verhalten von Versicherungsnehmern (Storno und die Ausübung vertraglicher Optionen). Diese Annahmen werden entweder auf Basis historischer Beobachtungen hergeleitet oder beruhen auf Expertenschätzungen. Das tatsächliche Eintreten ist jedoch von zukünftigen Ereignissen abhängig und unterliegt daher einer Schätzunsicherheit.

### Ökonomische Annahmen

Bei der Berechnung des Wertes der Optionen und Garantien werden Kapitalmarktszenarien verwendet, die mit den am Finanzmarkt beobachtbaren Preisen in Einklang stehen (Marktkonsistenz). Zur Erzeugung der Kapitalmarktszenarien wird ein ökonomischer Szenariogenerator genutzt, dessen Kalibrierung für einen langen, über den liquiden Teil des Kapitalmarkts hinausgehenden Projektionszeitraum erfolgt und somit ein Prognoserisiko enthält.



Versicherungstechnische  
Rückstellungen

## Managementregeln

Die entsprechenden Parameter im Modell dienen dazu, die erwarteten zukünftigen Handlungen des Managements realistisch abzubilden und sind mit dem Management abgestimmt. Da die Entscheidungen des Managements letztlich von den Rahmenbedingungen und der jeweiligen konkreten Situation abhängen und zudem ermessensabhängig sind, bildet eine modellhafte Implementierung immer nur eine begrenzte Auswahl an Handlungsoptionen ab. Daher besteht auch für die Festlegung der Managementregeln eine Unsicherheit.

Unter die Managementregeln mit den größten Ergebnisauswirkungen auf die versicherungstechnischen Rückstellungen fallen insbesondere:

- › Annahmen zur Steuerung der Kapitalanlagen
- › Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung
- › Annahmen zur Höhe und Struktur der Überschussbeteiligung

## Bester Schätzwert der Krankenversicherung nAd Lebensversicherung

Die Ermittlung des Besten Schätzwerts der anerkannten Unfallrenten erfolgt analog der Bewertung der Haftpflicht- und Kraftfahrzeughaftpflicht-Renten.

Eine Überschussbeteiligung ist für Renten in der Leistungsart „Unfallrente“ vereinbart, welche die R+V seit 1994 anbietet. Für andere Unfallrenten gibt es keine Überschussbeteiligung. Eine Berücksichtigung der Überschussbeteiligung kann entfallen, da der erzielte Zins das Produkt aus Beteiligungsquote an Kapitalerträgen und Rechnungszins nicht oder nicht wesentlich übersteigt.

### Vt. Rückstellungen - Krankenversicherung nAd Lebensversicherung

Solvency II-Wert			
	Bester Schätzwert	Risikomarge	Summe
	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Krankenversicherungs-Verpflichtungen in Zusammenhang stehen	191.333	12.632	203.965
<b>Summe</b>	<b>191.333</b>	<b>12.632</b>	<b>203.965</b>

## Vergleich zur HGB-Bilanzierung (Lebensversicherung und Krankenversicherung nAd Lebensversicherung)

Die Abweichung zwischen den Rückstellungen nach HGB und Solvency II ist im Wesentlichen durch unterschiedliche Bewertungsansätze begründet. Bewertungsunterschiede ergeben sich aus den biometrischen Rechnungsgrundlagen, der Bewertung der Überschussbeteiligung und dem Diskontsatz.

Biometrische Rechnungsgrundlagen sind unter HGB nach dem Vorsichtsprinzip und unter Solvency II auf Basis beobachteter Daten gewählt.

Die HGB-Rückstellungen enthalten die RfB. Der gebundene Teil der RfB ist unter Solvency II im Erwartungswert der garantierten Leistung enthalten. Der ungebundene Teil der RfB ist hingegen nicht Teil der Rückstellungen, sondern wird in die Eigenmittelposition Überschussfonds überführt. Zudem erfolgt eine Bewertung der Leistungen aus Überschussbeteiligung.

Für die Ermittlung der Deckungsrückstellung nach HGB wird das Minimum aus dem Rechnungszins für die Beitragskalkulation und dem Höchstrechnungszins gemäß Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) verwendet. Dieses Minimum liegt derzeit in den relevanten Laufzeiten über dem risikolosen Zins des Besten Schätzwertes. Durch die Zinszusatzrückstellungen unter HGB reduziert sich die Bewertungsdifferenz zum Besten Schätzwert.

**Vergleich HGB zu Solvency II - Krankenversicherung nAd Lebensversicherung und Lebensversicherung**

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
<b>Krankenversicherung (nAd Lebensversicherung)</b>	<b>200.496</b>	<b>203.965</b>
Bester Schätzwert Renten		191.333
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	200.496	
Risikomarge		12.632
<b>Lebensversicherung</b>	<b>2.148.171</b>	<b>2.154.878</b>
Bester Schätzwert UBR		2.072.371
Deckungsrückstellungen	1.809.030	
Rückstellungen für Beitragsüberträge	5.300	
Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	203.807	
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	25.457	
Stornorückstellung	14	
Ansammlungsguthaben / gutgeschriebene Überschussanteile	34.261	
Bester Schätzwert Renten		70.761
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	70.301	
Risikomarge		11.745

Im Detail ergibt sich für die einzelnen Geschäftsbereiche der Lebensversicherung und Krankenversicherung nAd Lebensversicherung:

**Vergleich HGB zu Solvency II je Geschäftsbereich - Krankenversicherung nAd Lebensversicherung und Lebensversicherung**

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
<b>Vt. Rückstellungen – Krankenversicherung (nAd Lebensversicherung)</b>	<b>200.496</b>	<b>203.965</b>
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Krankenversicherungs-Vpflichtungen in Zusammenhang stehen	200.496	203.965
<b>Vt. Rückstellungen - Lebensversicherung</b>	<b>2.148.171</b>	<b>2.154.878</b>
Versicherung mit Überschussbeteiligung	2.077.869	2.081.086
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der KV in Zusammenhang stehen	70.301	73.792

**Risikomarge**

Die Risikomarge stellt sicher, dass der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen dem Betrag entspricht, den Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen bei Bestandsübernahme erwartungsgemäß benötigen, um die Versicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen zu erfüllen.

Für die Ermittlung der Risikomarge wird ein Betrag an anrechnungsfähigen Eigenmitteln berechnet, der der Solvenzkapitalanforderung entspricht, die für die Bedeckung der Versicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen während ihrer Laufzeit erforderlich ist. Zur Berücksichtigung der Kapitalbereitstellungskosten wird der ermittelte Kapitalbetrag mit einem Kapitalkostensatz verzinst.

Es wird die Vereinfachungsmethode 1 (gemäß Leitlinie 62 EIOPA BoS 14/166) verwendet, der die Annahme zugrunde liegt, dass sich die zukünftigen SCR proportional zu den besten Schätzwerten entwickeln. Die für die Risikomarge relevanten

Teile des SCR werden separat fortgeschrieben. Die Proportionalitätsfaktoren basieren dabei auf den Verhältnissen der zukünftigen besten Schätzwerte zu den gegenwärtigen besten Schätzwerten. Ausnahme bilden die zukünftigen SCR des Prämien- und Reserverisikos, welche vollständig berechnet werden.

Die Zeitreihe der zukünftigen SCR wird mit dem laufzeitabhängigen, risikofreien Zinssatz diskontiert und zum Barwert summiert. Nach dem Kapitalkostenansatz wird der Barwert mit dem regulatorisch vorgegebenen Kapitalkostensatz von 6 % multipliziert.

Die Höhen der Risikomargen der Geschäftsbereiche der RVA sind in den Abschnitten zu den „Besten Schätzwerten“ dargestellt.

### **Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen**

In der Solvabilitätsübersicht wird unter der Position „Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen“ die Summe der Besten Schätzwerte der Prämien- und Schadenrückstellungen, die aus zedierten Rückversicherungsverträgen resultieren, ausgewiesen.

Im Gegensatz zur HGB-Rechnungslegung, welche die Einforderbaren Beträge aus der Rückversicherung saldiert mit den Schadenrückstellungen auf der Passivseite der Bilanz ausweist, erfolgt der Ausweis in der Solvabilitätsübersicht auf der Aktivseite der Bilanz.

Gemessen an den versicherungstechnischen Rückstellungen des Bruttogeschäfts ist diese Position von untergeordneter Bedeutung.

### **Beste Schätzwert der Einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen**

Die Modellierung der Einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen erfolgt auf Basis einer Zahlungsstrom-Projektion mittels aktuarieller Verfahren, getrennt nach dem Anteil der Prämien- und Schadenrückstellung. Das Verfahren zur Berechnung dieser Rückstellungen folgt den Vorgaben der Standardformel (§ 86 VAG) an die Berechnung von Rückversicherungsabgaben. Insbesondere wird auf Grundlage des Abrechnungsturnus für Rückversicherungsverträge die zeitliche Differenz zwischen dem Erhalt der Beträge und den Auszahlungen an die Anspruchsteller berücksichtigt (§ 86 (2) VAG), sowie mittels Bonitätseinschätzungen eine Anpassung der Zahlungsströme um den erwarteten Ausfall der jeweiligen Gegenparteien vorgenommen (§ 86 (3) VAG).

Nach denselben Grundsätzen wie für versicherungstechnische Rückstellungen des Bruttogeschäfts wird hierbei nur das sich zum Stichtag im Bestand befindliche Geschäft berücksichtigt. Die Vertragsgrenzen werden berücksichtigt.

Die Projektion der Zahlungsströme aus dem mittels Rückversicherung abgegebenen Geschäft setzt für diese Geschäftsart auf Daten für das selbst abgeschlossene Geschäft auf.

In der nachfolgenden Tabelle ist die Position „Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen“ der Solvabilitätsübersicht per 31. Dezember 2021 dargestellt:

**Einforderbare Beträge aus RV**

Solvency II-Wert

	Schadenrückstellung	Prämienrückstellung	Summe
	in TEuro	in TEuro	in TEuro
<b>Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)</b>			
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	0	-536	-536
Sonstige Kraftfahrtversicherung	11.563	-3.431	8.132
See-, Luftfahrt- und Transport-versicherung	225	-333	-108
Feuer- und andere Sachversicherung	517.359	-25.046	492.313
Allgemeine Haftpflichtversicherung	16.927	-6.773	10.154
Kredit- und Kautionsversicherung	9.762	0	9.762
Rechtsschutzversicherung	0	-48	-48
Verschiedene finanzielle Verluste	38.280	-3.263	35.017
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	10	-14	-4
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	69	4	73
Nichtproportionale Sachrückversicherung	1.755	-45	1.710
<b>Summe</b>	<b>595.950</b>	<b>-39.484</b>	<b>556.466</b>

Derjenige Teil der Schadenrückstellungen, der aus anerkannten Rentenfällen in den Bereichen Kraftfahrzeughaftpflicht und allgemeine Haftpflichtversicherung (Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen), sowie aus anerkannten Rentenfällen im Bereich der Unfallversicherung (Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen) resultiert, wird aufgrund des geringen Volumens aus Proportionalitätsgründen anhand der HGB-Deckungsrückstellung bewertet. Der Ausweis der Rückstellungen für anerkannte Rentenfälle unter Solvency II erfolgt zusammen mit dem Nichtlebensversicherungsgeschäft (außer KV) bzw. der Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung. Die HGB-Ausweise werden entsprechend der Unterteilung in Geschäftsbereiche nach Solvency II vorgenommen.

Negative Beste Schätzwerte der Prämienrückstellungen für das abgegebene Geschäft weisen darauf hin, dass die zukünftig zu leistenden Prämien die erwartete Entlastung durch die jeweiligen Gegenparteien übersteigen. Tendenziell sind Mittelabflüsse aus Rückversicherungsverträgen im Erwartungswert üblich.

**Vergleich zur HGB-Bilanzierung**

In der HGB-Bilanz werden die Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen unter der Bezeichnung „Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft“ auf der Passiv-Seite der Bilanz gezeigt.

Die Abweichungen zwischen HGB- und Solvency II-Schadenrückstellungen sind durch die unterschiedlichen Bewertungsmethoden und die Diskontierung der Zahlungsströme begründet.

In der nachfolgenden Tabelle ist der Vergleich dieser HGB-Position zur Position „Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen“ der Solvabilitätsübersicht gegenübergestellt:

## Sonstige Verbindlichkeiten

**Vergleich HGB zu Solvency II**

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
<b>Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)</b>	<b>550.323</b>	<b>556.466</b>
Schadenrückstellungen		595.950
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	547.313	
Prämienrückstellungen		-39.484
Rückstellungen für Beitragsüberträge	3.009	
<b>Lebensversicherung</b>	<b>4.068</b>	<b>0</b>
Bester Schätzwert Renten		0
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	4.068	

Im Detail ergibt sich für die einzelnen Geschäftsbereiche:

**Vergleich HGB zu Solvency II je Geschäftsbereich**

	HGB-Wert	Solvency II-Wert
	in TEuro	in TEuro
<b>Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)</b>	<b>550.323</b>	<b>556.466</b>
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	0	-536
Sonstige Kraftfahrtversicherung	5.683	8.132
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	134	-108
Feuer- und andere Sachversicherung	478.003	492.313
Allgemeine Haftpflichtversicherung	14.711	10.154
Kredit- und Kautionsversicherung	12.613	9.762
Rechtsschutzversicherung	0	-48
Verschiedene finanzielle Verluste	37.604	35.017
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	11	-4
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	205	73
Nichtproportionale Sachrückversicherung	1.359	1.710
<b>Lebensversicherung</b>	<b>4.068</b>	<b>0</b>
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der KV in Zusammenhang stehen	4.068	0

**D.3 Sonstige Verbindlichkeiten****Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen**

Die Bilanzierung der anderen Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen entspricht nach Solvency II den Vorschriften der IFRS. Die Position umfasst unter anderem Rückstellungen für Altersteilzeitmodelle, Jubiläumsverpflichtungen und Wertguthaben für Lebensarbeitszeitkonten, die nach IAS 19 bilanziert werden. Die Bewertung der vertraglichen Altersteilzeit- und Jubiläumsverpflichtungen der R+V erfolgt gemäß IAS 19 auf Basis der zu den Rentenzahlungsverpflichtungen erläuterten Prämissen. Die Rückstellung für Altersteilzeit umfasst das rückständige Arbeitsentgelt sowie die noch zu zahlenden Aufstockungsbeträge zum Gehalt und zur Altersversorgung. Bei den Aufstockungsbeträgen wurde ein versicherungsmathematischer Abschlag vorgenommen. Als Rechnungsgrundlage wurden, ebenso wie für die Berechnung der Jubiläumsrückstellung, die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck verwendet.

Ansatz und Bewertung der weiteren Rückstellungen dieser Bilanzposition erfolgt entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung sind auf die nach IAS 19 bewerteten Rückstellungen sowie auf die nach IFRS nicht anzusetzenden Rückstellungen für drohende Verluste aus dem Kapitalanlagebereich zurückzuführen.

## **Rentenzahlungsverpflichtungen**

Die Bilanzierung der Rentenzahlungsverpflichtungen nach Solvency II entspricht den Vorschriften der IFRS.

Die Bewertung der leistungsorientierten Altersversorgungssysteme der R+V erfolgt gemäß IAS 19 nach Anwartschaftsbarwertverfahren und basiert auf versicherungsmathematischen Gutachten. Der Berechnung liegen aktuelle Sterbe-, Invaliditäts- und Fluktuationswahrscheinlichkeiten, erwartete Anwartschafts-, Gehalts- und Rentensteigerungen sowie ein realitätsnaher Rechnungszins zugrunde. Der Rechnungszins orientiert sich an den Zinssätzen, die für langfristige Industriefinanzierungen von Emittenten bester Bonität gelten. Als Rechnungsgrundlage für die Sterblichkeits- und Invaliditätsannahmen dienen die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck.

Die Bewertung der Rentenzahlungsverpflichtungen nach HGB erfolgt entsprechend den Vorschriften des § 253 Abs. 1 HGB inkl. Einmalbeiträgen aus Auslagerungen an Pensionsfonds aus früheren Geschäftsjahren (§ 246 Abs. 2 S. 2 HGB kommt nicht zur Anwendung).

Der Unterschied zur HGB-Bilanz resultiert aus den unterschiedlichen Bewertungsansätzen nach IFRS und HGB.

## **Latente Steuerschulden**

Siehe hierzu die Erläuterungen unter D.1 (Vermögenswerte).

## **Derivate**

Siehe hierzu die Erläuterungen unter D.1 (Vermögenswerte).

## **Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

## **Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern**

Entsprechend dem Ansatz in der HGB-Bilanz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen. Im Gegensatz zur HGB-Bilanz werden in der Solvabilitätsübersicht nur die überfälligen Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern ausgewiesen, wohingegen die nicht überfälligen Forderungen Teil der versicherungstechnischen Rückstellungen sind.

## **Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern**

Entsprechend dem Ansatz in der HGB-Bilanz erfolgt die Bewertung mit dem Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen. Im Gegensatz zur HGB-Bilanz werden in der Solvabilitätsübersicht nur die überfälligen Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern ausgewiesen, wohingegen die nicht überfälligen Forderungen Teil der versicherungstechnischen Rückstellungen sind.

## **Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)**

Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

Quantitative oder qualitative Unterschiede zur deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung bestehen nicht.

Alternative  
Bewertungsmethoden**Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten**

Unter dieser Bilanzposition werden alle sonstigen nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Verbindlichkeiten erfasst, die unter keiner anderen Position bilanziert werden. Entsprechend dem IFRS-/HGB-Ansatz erfolgt die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der Wert aus der Solvabilitätsübersicht entspricht dem IFRS-Ansatz.

**Sonstige Verbindlichkeiten**

	Solvency II-Wert	HGB-Wert
	in TEuro	in TEuro
Eventualverbindlichkeiten	0	0
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	150.207	159.676
Rentenzahlungsverpflichtungen	101.720	77.643
Depotverbindlichkeiten	0	0
Latente Steuerschulden	1.757.703	0
Derivate	54.983	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	757.701	704.314
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	17.156	281.011
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	22.323	25.064
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	12.795	12.795
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0
davon nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	0	0
davon in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	0	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	1.857	1.857
<b>Summe</b>	<b>2.876.445</b>	<b>1.262.360</b>

**D.4 Alternative Bewertungsmethoden**

Die nachfolgende Tabelle stellt die angewandten Bewertungshierarchien für die relevanten Bilanzpositionen der RVA im Überblick dar.

## Alternative Bewertungsmethoden

Solvency II-Bewertungshierarchie	Bewertungslevel		
	Notierte Marktpreise auf aktiven Märkten	Notierte Marktpreise ähnlicher Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	nicht am Markt beobachtbare Bewertungsparameter
	Level 1	Level 2	Level 3
<b>Aktiva</b>			
Immobilien für den Eigenbedarf und Sachanlagen			X
Immobilien (außer zur Eigennutzung)			X
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen			X
Aktien			
davon Aktien - notiert	X		
davon Aktien - nicht notiert			X
Anleihen			
davon Staatsanleihen	X	X	
davon Unternehmensanleihen	X	X	X
davon Strukturierte Schuldtitel		X	
davon Besicherte Wertpapiere			X
Investmentfonds	X	X	X
Derivate		X	
Darlehen und Hypotheken			X
Sonstige Vermögenswerte		X	X
<b>Passiva</b>			
Rentenzahlungsverpflichtungen			X
Derivate		X	
Sonstige Verbindlichkeiten			X

Für weitere Informationen zur Bewertung der einzelnen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, siehe die Erläuterungen unter D.1 (Vermögenswerte), bzw. D.3 (sonstige Verbindlichkeiten).

## D.5 Sonstige Angaben

Im Berichtszeitraum lagen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.



# E Kapitalmanagement

## E.1 Eigenmittel

### Kapitalmanagementstrategie

Dem Zusammenspiel zwischen Kapital- und Risikomanagement kommt eine wichtige Funktion bei der Sicherstellung der Gesamtsolvabilität zu. Darüber hinaus erfordern die Volatilität der Soll- und Ist-Werte aufgrund der Verankerung des Marktwertprinzips in der Solvency II-Richtlinie sowie die Anforderung, dass der Risikokapitalbedarf jederzeit mit anrechnungsfähigen Eigenmitteln zu bedecken ist, einerseits eine kontinuierliche Beobachtung der Bedeckung und andererseits ein angemessenes, zukunftsorientiertes Management der Eigenmittel. Im Rahmen des Kapitalmanagements sind mögliche Maßnahmen zu beurteilen, die einer Verbesserung oder Wiederherstellung der Eigenmittelausstattung unter Normalbedingungen sowie in Stresssituationen dienen können.

Die vorausschauende Gegenüberstellung der Kapitalanforderungen und der verfügbaren Eigenmittel über den Planungshorizont findet im mittelfristigen Kapitalmanagementplan statt.

Das Kapitalmanagement liegt – als wesentlicher Teil des Risikomanagements – in der Verantwortung des Vorstands der RVA. Ein zentraler Aspekt des Kapitalmanagementprozesses stellt die Erstellung des mittelfristigen Kapitalmanagementplans dar. Die Aufgabe des Kapitalmanagementplans liegt darin, die jederzeitige Bedeckung der Kapitalanforderungen der RVA zu gewährleisten. Der mittelfristige Kapitalmanagementplan berücksichtigt insbesondere folgende Aspekte:

- › geplante Kapitalemissionen;
- › die Fälligkeit von Eigenmittelbestandteilen unter Einbeziehung sowohl der vertraglich vereinbarten Fälligkeit als auch einer vorzeitigen Rückzahlungs- oder Tilgungsmöglichkeit;
- › die Auswirkung einer Emission, Tilgung, Rückzahlung oder anderweitigen Veränderung der Bewertung von Eigenmittelbestandteilen auf die Anrechnungsgrenzen zur Bedeckung von SCR und MCR (Tiering);
- › die Anwendung und die Implikationen der Ausschüttungsstrategie;
- › die Ergebnisse der im Rahmen des ORSA durchgeführten Projektionen.

Der Betrachtungshorizont des Kapitalmanagementplans ergibt sich aus dem Geschäftsplanungshorizont der RVA.

Der Kapitalmanagementplan berücksichtigt die Ergebnisse der im ORSA durchgeführten Projektionen und stellt daraus die im Verlauf der Planungsperiode resultierende Entwicklung der Bedeckung dar. Der Kapitalmanagementplan spiegelt somit die Wechselwirkung zwischen der Kapitalplanung und dem Risikoprofil des Unternehmens sowie die Verzahnung der beiden Prozesse wider.

Aufgrund der gesetzlich geforderten Verzahnung des Kapitalmanagementprozesses mit dem ORSA orientiert sich die Frequenz der Aktualisierung des Kapitalmanagementplans an der Frequenz des ORSA-Prozesses. Somit ist der Kapitalmanagementplan einerseits jährlich infolge eines regulären ORSA und andererseits infolge eines adhoc ORSA zu aktualisieren.

Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Änderungen im Hinblick auf die zugrunde gelegten Ziele, Annahmen und Maßnahmen der Kapitalmanagementstrategie.

### Gesamteigenmittel

Die Gesamteigenmittel setzen sich aus den Basiseigenmitteln und den ergänzenden Eigenmitteln zusammen. Basiseigenmittel sind der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten abzüglich des Betrages der eigenen Aktien, nichtanzuerkennender Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten sowie vorhersehbarer Dividenden und Ausschüttungen.

Ergänzende Eigenmittel sind solche, die nicht zu den Basiseigenmitteln zählen, und die zum Ausgleich von Verlusten eingefordert werden können, sofern die Aufsicht diese nach einer Kriterienprüfung genehmigt. Derzeit strebt die RVA keine Genehmigung ergänzender Eigenmittel an.

Gemäß § 91 VAG werden die gesamten Eigenmittel je nach Ausprägung beziehungsweise Erfüllungsgrad der regulatorisch vorgegebenen Merkmale in drei unterschiedliche Klassen, sogenannte „Tiers“, unterteilt. Die Einstufung erfolgt gemäß den nachfolgenden Mindestanforderungen:

- › Ständige Verfügbarkeit
- › Nachrangigkeit
- › Ausreichende Laufzeit

Zusätzlich ist zu berücksichtigen, ob und inwieweit ein Eigenmittelbestandteil frei ist von Verpflichtungen oder Anreizen zur Rückzahlung des Nominalbetrags, obligatorischen festen Kosten und sonstigen Belastungen.

Zum Stichtag werden alle Basiseigenmittel der RVA gemäß den oben genannten Kriterien als Tier 1 klassifiziert. Nachrangige Verbindlichkeiten und Latente Netto-Steueransprüche liegen zum Stichtag nicht vor.

### Basiseigenmittel

	Gesamt	Tier 1	Tier 2	Tier 3
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
<b>2021</b>				
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	116.603	116.603	0	0
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	549.814	549.814	0	0
Überschussfonds	172.100	172.100	0	0
Ausgleichsrücklage	4.707.901	4.707.901	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	0	0	0	0
<b>Basiseigenmittel nach Abzügen</b>	<b>5.546.418</b>	<b>5.546.418</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>2020</b>				
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	116.603	116.603	0	0
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	549.814	549.814	0	0
Überschussfonds	193.856	193.856	0	0
Ausgleichsrücklage	4.244.771	4.244.771	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	0	0	0	0
<b>Basiseigenmittel nach Abzügen</b>	<b>5.105.044</b>	<b>5.105.044</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Das Grundkapital der RVA beträgt 116.603 TEuro und ist in 4.528.269 Stück vinkulierte Namensaktien aufgeteilt. Die Kapitalrücklage gemäß § 272 HGB – enthalten in der Position „Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio“ – beläuft sich zum Stichtag auf 549.814 TEuro.

Der Überschussfonds der RVA für das Unfallversicherungsgeschäft mit Beitragsrückgewähr zählt nach § 93 Abs. 1 VAG zu den Tier 1-Eigenmitteln. Der Überschussfonds wird als Barwert der Auszahlungen aus der zum Bewertungsstichtag nicht festgelegten handelsrechtlichen Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) ermittelt.

Für die Gesellschaft ergeben sich zum Stichtag keine Eigenmittel durch latente Steuern.

Gemäß Solvency II wird die Ausgleichsrücklage ermittelt, indem vom Überschuss der Aktiva über die Passiva die separat ausgewiesenen Basiseigenmittel, die vom Unternehmen gehaltenen eigenen Aktien, vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte sowie Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten abgezogen werden.

**Eigenmittel****Ausgleichsrücklage**

	HGB-Wert	Umbewertung	Solvency II- Wert
	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Gewinnrücklage/Verlustrücklage	107.743	107.743	-
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	17	17	-
Bewertungsunterschiede	-	4.600.141	-
Anlagen	10.649.821	2.103.151	12.752.972
Sonstige Vermögenswerte	3.224.565	246.370	3.470.935
Vt. Rückstellungen	11.660.081	3.174.717	8.485.364
Überschussfonds / freie RfB	177.769	5.669	172.100
Sonstige Verbindlichkeiten	1.262.360	143.618	1.118.742
Latente Steuerschulden nach Saldierung	0	-1.073.384	1.073.384
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte	-	0	-
<b>Ausgleichsrücklage</b>		<b>4.707.901</b>	

Die Ausgleichsrücklage enthält zum Stichtag unter anderem die Gewinnrücklage nach HGB in Höhe von 107.743 TEuro sowie Anpassungen durch Neubewertung der Kapitalanlagen (2.103.151 TEuro) und der versicherungstechnischen Rückstellungen (3.174.717 TEuro). Die Umbewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen beinhaltet die unter HGB zu bilanzierenden Schwankungsrückstellungen (1.158.639 TEuro), welche unter Solvency II in der Ausgleichsrücklage als Eigenmittel angesetzt werden. Weiterhin liegen Latente Steuerschulden nach Saldierung in Höhe von 1.073.384 TEuro vor, welche unter HGB nicht angesetzt werden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Wert der Ausgleichsrücklage um 10,9 % verändert.

**Anrechnungsfähige Eigenmittel**

Zur Bestimmung der anrechnungsfähigen Eigenmittel gemäß Solvency II sind neben der Eigenmittelgüte, d.h. der Klassifizierung in Tiers, zusätzlich quantitative Anforderungen an die Zusammensetzung der zur Bedeckung heranzuziehenden Eigenmittel zu beachten. Dabei ist grundsätzlich zwischen Anforderungen im Zusammenhang mit der Bedeckung des SCR und Anforderungen im Zusammenhang mit der Bedeckung des MCR zu unterscheiden. Da zum Stichtag die Eigenmittelbestandteile vollständig als Tier 1-Eigenmittel klassifiziert werden, kommen die quantitativen Anrechnungsgrenzen zur Bedeckung des SCR und MCR nicht zum Tragen.

**Anrechnungsfähige Eigenmittel**

	Gesamt	Tier 1	Tier 2	Tier 3
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
<b>2021</b>				
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	5.546.418	5.546.418	0	0
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	5.546.418	5.546.418	0	0
<b>2020</b>				
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	5.105.044	5.105.044	0	0
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	5.105.044	5.105.044	0	0

## Vergleich zum HGB-Eigenkapital

Die Unterschiede zum HGB-Eigenkapital umfassen zum Stichtag im Wesentlichen den Überschussfonds (172.100 TEuro) und die in der Ausgleichsrücklage enthaltenen Umbewertungen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten einschließlich der latenten Netto-Steueransprüchen (4.600.141 TEuro). Die Veränderungen der versicherungstechnischen Rückstellungen beziehen sich auf Bewertungs- und Ansatzunterschiede zwischen HGB und Solvency II. Die Berechnung der Schadenrückstellungen für die Bereiche Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung) und Krankenversicherung nAd Nichtlebensversicherung erfolgt unter Solvency II nach den marktkonformen Prinzipien des Besten Schätzwerts, die den Wert im Vergleich zu HGB reduzieren und sich in Höhe von 2.690.348 TEuro positiv auf die Eigenmittel auswirken. Zusätzlich werden die Schwankungsrückstellungen und ähnliche Rückstellungen gemäß HGB (1.158.639 TEuro) unter Solvency II als Eigenmittel angesetzt. Die Prämienrückstellung (531.728 TEuro) als Bilanzgröße für noch nicht eingetretene Verpflichtungen wirkt sich aufgrund des erstmaligen Ansatzes negativ auf die Eigenmittel unter Solvency II aus. Unterschiede zur Bewertung unter HGB ergeben sich aufgrund des Ansatzverbots für nicht realisierte Gewinne unter HGB nach dem Realisationsprinzip. Weiterhin resultiert der Ansatz einer Risikomarge (680.242 TEuro) in einer zusätzlichen Verpflichtung unter Solvency II.

Insgesamt ergeben sich anrechnungsfähige Eigenmittel in Höhe von 5.546.418 TEuro.

## E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Der Solvenzkapitalbedarf (SCR) wird im Standardmodell unter dem Grundsatz der Unternehmensfortführung so ermittelt, dass alle quantifizierbaren Risiken, denen ein Versicherungsunternehmen ausgesetzt ist, berücksichtigt werden. Er wird als Value at Risk (VAR) zu einem Konfidenzniveau von 99,5% über einen Zeitraum von einem Jahr berechnet.

Grundsätzlich folgt die Berechnung des SCR einem modularen Aufbau. In dieser Struktur werden Risiken, die einen ähnlichen Ursprung aufweisen, zu sogenannten Risikomodulen zusammengefasst, wobei bei der RVA folgende Risiken berücksichtigt werden:

- › Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko
- › Lebensversicherungstechnisches Risiko
- › Krankenversicherungstechnisches Risiko
- › Marktrisiko
- › Gegenparteiausfallrisiko
- › Operationelles Risiko

Die jeweiligen Risikomodule setzen sich zusätzlich aus verschiedenen Subrisikomodulen zusammen. Für diese werden die jeweiligen Kapitalanforderungen bestimmt und anschließend zum SCR der übergeordneten Risikokategorie aggregiert. Gemäß diesem Aufbau werden die einzelnen Risikokategorien zur sogenannten Basis Solvenzkapitalanforderung (BSCR) aggregiert. Um anschließend das Gesamt SCR zu ermitteln, wird einerseits die Kapitalanforderung für operationelle Risiken zum Basis-SCR hinzugerechnet und andererseits wird der Einfluss risikomindernder Effekte (Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen und Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern) berücksichtigt.

Für die aktuelle Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen werden, außer für das Gegenparteiausfallrisiko und das Stornorisiko, keine vereinfachten Berechnungen verwendet. Im Gegenparteiausfallrisiko wird zwischen zwei Typen unterschieden: Derivate, Sichteinlagen und Rückversicherungsverträge werden in einem ratingbasierten Ansatz als Typ-1-Exponierung behandelt, für Hypothekendarlehen und Außenstände wird als Typ-2-Exponierung eine vereinfachte Berechnung verwendet. Die jeweiligen Risikobeiträge werden mit einem Varianz-Kovarianz-Ansatz zum SCR des Moduls aggregiert. Im Stornorisiko als Subrisikomodul des lebensversicherungstechnischen Risikos werden die einzelnen Kapitalanforderungen vereinfacht auf Basis von Vertragsgruppen berechnet.

Für die aktuelle Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen werden keine unternehmensspezifischen Parameter angewendet.

Verwendung des  
durationsbasierten  
Untermoduls Aktienrisiko  
bei der Berechnung der  
Solvenzkapitalanforderung

Die Basissolvenzkapitalanforderung (BSCR) beträgt zum Stichtag 4.131.743 TEuro. Die Ermittlung erfolgt durch Aggregation der Risikomodule mittels einer Wurzelformel sowie einer vorgegebenen Korrelationsmatrix, welche die Abhängigkeiten der Risikomodule berücksichtigt. Der daraus entstehende Diversifikationseffekt beträgt 1.251.572 TEuro. Das SCR der RVA setzt sich aus dem BSCR und dem operationellen Risiko (OpRisk) in Höhe von 174.625 TEuro zusammen, abzüglich der Risikominderung durch latente Steuern (die ausschließlich aus der Umkehrung latenter Steuerverbindlichkeiten resultiert) in Höhe von 1.073.384 TEuro und abzüglich der Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellung in Höhe von 45.551 TEuro und beträgt somit 3.187.432 TEuro. Das MCR liegt bei 1.031.790 TEuro, dies entspricht 32,4 % des SCR-Wertes. Die Aufteilung des SCR auf die einzelnen Risikokategorien kann der folgenden Tabelle entnommen werden:

### SCR / MCR

	BRUTTO 2021	NETTO 2021
	in TEuro	in TEuro
Marktrisiko	2.009.697	1.946.434
Gegenparteiausfallrisiko	76.494	75.565
Lebensversicherungstechnisches Risiko	27.743	16.243
Krankenversicherungstechnisches Risiko	212.469	212.469
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	3.056.912	3.056.912
Diversifikation	-1.251.572	-1.221.432
Risiko immaterielle Vermögenswerte	0	0
<b>Basissolvenzkapitalanforderung</b>	<b>4.131.743</b>	<b>4.086.192</b>
Operationelles Risiko		174.625
Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	-45.551	
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern		-1.073.384
<b>Solvenzkapitalanforderung</b>		<b>3.187.432</b>
<b>Mindestkapitalanforderung</b>		<b>1.031.790</b>

Das Nichtlebensversicherungstechnische Risiko nimmt mit 3.056.912 TEuro die größte Risikoposition der RVA ein, gefolgt vom Marktrisiko mit 2.009.697 TEuro.

Zum Stichtag liegen ausreichende Eigenmittel zur Bedeckung des Risikokapitals des Unternehmens vor. Die aufsichtsrechtliche Bedeckungsquote des SCR liegt bei 174 %, die des MCR bei 538 %. Die sehr gute Bedeckungsquote wird dabei auch ohne Anwendung der genehmigungspflichtigen Instrumente der Übergangsmaßnahmen und der Volatilitätsanpassung erreicht.

Aufgrund aufsichtsrechtlicher Anforderungen gemäß DVO Artikel 297 Abs. 2 a sind wir zu folgender Aussage verpflichtet: Der endgültige Betrag der Solvenzkapitalanforderung unterliegt noch der aufsichtlichen Prüfung.

## E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Die Durationsmethode für das Aktienrisiko wird bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung nicht angewendet.

## E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Ein internes Modell kommt bei der RVA nicht zur Anwendung.

## **E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung**

Zum Bilanzstichtag und während des Berichtszeitraumes lag stets eine ausreichende Bedeckung des SCR sowie MCR vor. Gegenwärtig sind keine Risiken bekannt, die zu einer Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung oder Mindestkapitalanforderung führen.

## **E.6 Sonstige Angaben**

Im Berichtszeitraum lagen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

# Abkürzungsverzeichnis

## Abkürzungsverzeichnis (I/IV)

a.G.	auf Gegenseitigkeit	bzgl.	bezüglich
A.o. Abschreibungen	Außerordentliche Abschreibungen	bzw.	beziehungsweise
ABS	Asset-Backed-Securities	CA	Condor Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft
Abs.	Absatz	ca.	circa
abzgl.	abzüglich	CAA	Commissariat aux Assurances
AG	Aktiengesellschaft	CCNL	Contratto collettivo nazionale di lavoro
AktG	Aktiengesetz	CDL	Condor-Dienstleistungs GmbH
ALV	Arbeitslosigkeitzusatzversicherung	CL	Condor Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft
ALM	Asset-Liability-Management	CMS	Constant Maturity Swaps
Art.	Artikel	CPF	CHEMIE Pensionsfonds AG
AU	Arbeitsunfähigkeitsversicherung	CRA	Credit Rating Agency
AUZ	Aktuarieller Unternehmenszins	CRM	Customer Relationship Management
AWV	Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung	CVA	Credit Valuation Adjustment
ATZ	Altersteilzeit	d.h.	das heißt
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	DAV	Deutsche Aktuarvereinigung e.V.
BÄK	Bundesärztekammer	DB	Direktionsbetrieb
bAV	betriebliche Altersvorsorge	DBO	Defined Benefit Obligation
BCM	Business Continuity Management	DeckRV	Deckungsrückstellungsverordnung
BKK	Betriebskrankenkasse	DIIR	Deutsches Institut für Interne Revision
bKV	betriebliche Krankenversicherung	DQ	Data Quality
BLU	Bestandssystem Leben Unfall	DVO	Durchführungsverordnung
BoS	Board of Supervisors	DZ BANK AG	Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
BP	Basispunkte	e.V.	eingetragener Verein
BSCR	Basic Solvency Capital Requirement (Basissolvvenzkapitalanforderung)	EBA	European Banking Authority
BSM	Branchensimulationsmodell	EbAV	Einrichtung der betrieblichen Altersversorgung
bspw.	beispielsweise	EDV	Elektronische Datenverarbeitung
BU	Berufsunfähigkeitsversicherung	EFSF	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
BUC	Berufsunfähigkeitsversicherung Chemie	eG	Eingetragene Genossenschaft
BUZ	Berufsunfähigkeitszusatzversicherung	ehem.	ehemalige
BVR	Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken	Einford.	Einforderbar

## Abkürzungsverzeichnis (II/IV)

EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority	i.R.	in Ruhestand
EPIFP	Expected Profit included in Future Premiums	IAS	International Accounting Standards
ERB	eigene Risikobeurteilung	ICAAP	Internal Capital Adequacy Assessment Process
ESG	Environment, Social, Governance	IDD	Insurance Distribution Directive
ESM	Europäischer Stabilisierungsmechanismus	IDV	Individuelle Datenverarbeitung
etc.	et cetera	IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
EU	Europäische Union	IFRS	International Financial Reporting Standards
EUR	Euro	IIA	Institute of Internal Auditors
EVT	Ertragsschadenversicherung Tier	IK	Investitionskommission
EWR	Europäische Wirtschaftsraum	IKS	Internes Kontrollsystem
EWU	Europäische Währungsunion	inkl.	Inklusive
EZB	Europäische Zentralbank	IRKS	Integrierte Risiko- und Kapitalsteuerung
FD	Filialdirektion	ISRK	Interne Schadenregulierungskosten
FLV	Fondsgebundene Lebensversicherung	IVASS	Istituto per la vigilanza sulle assicurazioni
Fondsgeb.	Fondsgebunden	KA	KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-AG
FRV	Fondsgebundene Rentenversicherung	Kfz	Kraftfahrzeug
GA	Generalagentur	KL	KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG
GAAP	Generally Accepted Accounting Principles	KS	KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.	KTV	Kautionsversicherung
ggf.	gegebenenfalls	KV	Krankenversicherung
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung	KVG	Kapitalverwaltungsgesellschaft
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	KWG	Kreditwesengesetz
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte	LA	Lenkungsausschuss
grds.	grundsätzlich	LAN	Local Area Network
GwG	Geldwäschegesetz	lfd.	laufend
HGB	Handelsgesetzbuch	LÜB	Leistungen aus Überschussbeteiligung
HRB	Handelsregister Abteilung B	LV	Lebensversicherung
HUR	Haftpflcht-Unfallrenten	LVRG	Lebensversicherungsreformgesetz
HZV	Haftpflcht-Zusatzversicherung	MaGO	Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen
i.L.	in Liquidation	MARS	Maklerabrechnungssystem



## Sonstige Angaben

## Abkürzungsverzeichnis (III/IV)

MCR	Minimum Capital Requirement (Mindestkapitalanforderung)	RechVersV	Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen
Mgm.	Management	RfB	Rückstellung für Beitragsrückerstattung
Mio	Million	RMF	Risikomanagementfunktion
NAA	Nicht alltägliche Anlagen	RSA	Risk-Self-Assessment
nAd	nach Art der	RSR	Regular Supervisory Report (Regelmäßiger Aufsichtlicher Bericht)
NAT	Nicht alltägliche Anlagetätigkeiten	RV	Rückversicherung
NAV	Net-Asset Value	RVA	R+V Allgemeine Versicherung AG
NPP	Neue-Produkte-Prozess	RVD	R+V Direktversicherung AG
NPS	Net Promoter Score	RVK	R+V Krankenversicherung AG
Nr.	Nummer	RVL	R+V Lebensversicherung AG
o.ä.	oder ähnliches	RVL aG	R+V Lebensversicherung a.G.
OFS	Other Financial Sector	RVLux	R+V Luxembourg Lebensversicherung S.A.
OPK	Omnikanal- und Produktkommission	RVV	R+V Versicherung AG
OpRisk	Operationelles Risiko	RZ	Rechenzentrum
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment	RZV	Risikozusatzversicherung
OSN	Overall Solvency Needs (Gesamtsolvabilitätsbedarf)	S&P	Standard and Poor's
OTC	Over-the-counter	S.	Seite
pAV	private Altersvorsorge	S.p.A.	Società per azioni
PEPP	Pandemic Emergency Purchase Programme	SaaS	Software as a Service
PF	R+V Pensionsfonds AG	saG	selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft
PG	Patentgesetz	SAS	Secure Access Services
PK	R+V Pensionskasse AG	SBK	Sicherheits- und BCM-Konferenz
PKV	Private Krankenversicherung	SCR	Solvency Capital Requirement (Solvenzkapitalanforderung)
PMP	Produkt-Management-Prozess	SFCR	Solvency and Financial Condition Report (Bericht über Solvabilität und Finanzlage)
PSG	Pflegestärkungsgesetz	SII	Solvency II
PVaG	R+V Pensionsversicherung a.G.	sog.	sogenannte
QPPM	Quasi Peak Programme Meter	SPOF	Single Point of Failure
QRT	Quantitative Reporting Templates	SPV	Soziale Pflegeversicherung
R4/2011	BaFin Rundschreiben 4/2011	SRK	Schadenregulierungskosten
RAS	Remote Access Services	SV	Schadenversicherung

## Abkürzungsverzeichnis (IV/IV)

SWOT	Strengths-Weaknesses-Opportunities-Threats	VD	Vertriebsdirektion
TEuro	Tausend Euro	ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
u.a.	unter anderem	Verbindl.	Verbindlichkeiten
Überschussf.	Überschussfonds	VMF	Versicherungsmathematische Funktion
UBR	Unfallversicherungsgeschäft mit Beitragsrückgewähr	VT	Versicherungstechnik
UFR	Ultimate Forward Rate	Vt.	Versicherungstechnisch
üG	übernommenes Rückversicherungsgeschäft	VTV	Vereinigte Tierversicherung Gesellschaft Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
U-Kasse	Unterstützungskasse	VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
USA	Vereinigte Staaten von Amerika	VVG	Versicherungsvertragsgesetz
USD	US-Dollar	VVS	Vertriebsverwaltungssystem
usw.	und so weiter	WertV	Wertermittlungsverordnung
UZV	Unfallzusatzversicherung	WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
VaG	Verein auf Gegenseitigkeit	WLAN	Wireless Local Area Network
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz	z.B.	zum Beispiel
VaR	Value at Risk	ZÜRS	Zonierungssystem für Überschwemmung, Rückstau und Starkregen

Informationen erhalten Sie in den Volksbanken und Raiffeisenbanken,  
R+V-Agenturen sowie bei der Direktion der Gesellschaften der  
R+V Versicherungsgruppe, Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden.

Telefon: 0800 533-1112

Kostenfrei aus allen deutschen Fest- und Mobilfunknetzen

[www.ruv.de](http://www.ruv.de)

**R+V** Du bist nicht allein.